

Zeit zu handeln.

**Für soziale Sicherheit,
Frieden und
Klimagerichtigkeit!**

Wahlprogrammentwurf

DIE LINKE.

**Zeit zu handeln:
Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!**

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021. Vorgelegt von Katja Kipping und Bernd Riexinger

Inhaltsverzeichnis

<u>EINLEITUNG.....</u>	<u>7</u>
<u>GUTE ARBEIT, GUTE LÖHNE – DEMOKRATIE GILT AUCH IM BETRIEB!</u>	<u>14</u>
LÖHNE, DIE FÜR EIN GUTES LEBEN REICHEN. SCHLUSS MIT DEM NIEDRIGLOHN.....	14
SOZIALE ABSICHERUNG IN JEDEM ARBEITSVERHÄLTNIS.....	15
ARBEITSZEITEN, DIE ZUM LEBEN PASSEN	15
GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN, WENIGER BELASTUNGEN	16
KEIN UMBAU AUF DEM RÜCKEN DER BESCHÄFTIGTEN: WEITERBILDUNGSANSPRUCH FÜR ALLE.....	17
MEHR RECHTE FÜR SAISONBESCHÄFTIGTE UND BESCHÄFTIGTE IN PRIVATHAUSHALTEN	18
MEHR DEMOKRATIE IM BETRIEB:	18
RECHTE VON BESCHÄFTIGTEN UND GEWERKSCHAFTEN STÄRKEN	18
<u>GUTE RENTE, GUTES LEBEN – SOLIDARISCHE ERWERBSTÄTIGENVERSICHERUNG</u>	<u>21</u>
<u>SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE.....</u>	<u>24</u>
SOZIALE GARANTien: EINE GERECHTE VERSICHERUNG GEGEN ERWERBSLOSIGKEIT	24
EINE BEDARFSGERECHTE UND SANKTIONSFREE INDIVIDUELLE MINDESTSICHERUNG	26
SOFORTMAßNAHMEN: ERHÖHUNG DER REGELSÄTZE UND ABSCHAFFUNG DER SANKTIONEN	26
KINDERARMUT ÜBERWINDEN: KINDERGRUNDSECURITy.....	28
FAMILIEN DORT UNTERSTÜTZEN, WO SIE ES BRAUCHEN	28
ALLEINERZIEHENDE UND EIN-ELTERN-FAMILIEN STÄRKEN	30
SELBSTBESTIMMT IM ALTER	30
<u>PFLEGENOTSTAND STOPPEN! SYSTEMWECHSEL IN GESUNDHEIT UND PFLEGE.</u>	<u>31</u>
EINE NEUE SOLIDARISCHE GESUNDHEITSVERSICHERUNG!	32
EINE SOLIDARISCHE PFLEGE-VOLLVERSICHERUNG.....	33
PFLEGENDE ANGEHÖRIGE ENLASTEN!	33
ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENST STÄRKEN!.....	34
SOZIALE UNGEILICHKEIT IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG BEKÄMPFEN!	34
AMBULANTER BEREICH: GUTE VERSORGUNG VOR ORT, IN STADT UND LAND	35
DIE MACHT DER PHARMAINDUSTRIE BRECHEN! GESUNDHEITSFORSCHUNG DEMOKRATISIEREN!.....	36
<u>KEINE PROFITE MIT DER MIETE: ZUHAUSE FÜR ALLE!</u>	<u>38</u>
MIETENWAHNSINN UND VERDRÄNGUNG STOPPEN, HOHE MIETEN SENKEN UND GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSWIRTSCHAFT AUFBAUEN	38
MIETEN DECKELN BUNDESWEIT!	39
SOZIALEN UND GEMEINNÜTZIGEN WOHNUNGSBAU STÄRKEN	39
WOHNRAUM IST KEINE WARE. RECHTE VON MIETER*INNEN STÄRKEN!.....	39

KLIMAGERECHTIGKEIT STATT VERDRÄNGUNG!	40
BAULAND IN GEMEINSCHAFTSHAND!	41
SPEKULATION STOPPEN – GEWINNE ABSCHÖPFEN!	41
IMMOBILIEN-KONZERNE AN DIE KETTE LEGEN!	41
WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT – WOHNUNGEN ZUERST!	42
STÄDTE ZUKUNFTSFEST MACHEN – LEBEN IN DIE DÖRFER BRINGEN!	42
<u>GUTE BILDUNG: GERECHT, GEBÜHRENFREI, EIN LEBEN LANG</u>	<u>44</u>
GUTE KITAS.....	45
EINE SCHULE FÜR ALLE	46
GUT AUSGEBILDET	48
GUTE WEITERBILDUNG	49
GUTES STUDIUM, GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN, GUTE FORSCHUNG.....	49
<u>ÖKOLOGISCHER UND SOZIALER SYSTEMWECHSEL: FÜR EINEN LINKEN GREEN NEW DEAL</u>	<u>54</u>
INVESTIEREN IN GUT BEZAHLTE, KLIMANEUTRALE JOBS UND DIE INFRASTRUKTUR FÜR EIN BESSERES LEBEN.	55
ARBEITSPLATZ- UND EINKOMMENSGARANTIEN. EINSTIEG IN EIN NEUES WOHLSTANDSMODELL.....	57
INDUSTRIEARBEITSPLÄTZE MIT ZUKUNFT SCHAFFEN.	57
DEMOKRATIE IN DER WIRTSCHAFT. GENOSSENSCHAFTEN UND SOLIDARISCHE ÖKONOMIE FÖRDERN	58
<u>GERECHTE MOBILITÄT: ÖKOLOGISCH UND BEZAHLBAR FÜR ALLE – MIT GUTEN</u>	
<u>ARBEITSPLÄTZEN.....</u>	<u>60</u>
MOBILITÄT FÜR ALLE – MIT WENIGER VERKEHR.....	60
BAHN FÜR ALLE! SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE VERKEHRSPLANUNG	61
AUTOMOBILINDUSTRIE SOZIAL UND ÖKOLOGISCH UMBauen.....	62
FLUGVERKEHR REDUZIEREN	62
GÜTERVERKEHR VERRINGERN UND AUF DIE SCHIENE BRINGEN	63
<u>KLIMAGERECHTIGKEIT UND ENERGIEWENDE.....</u>	<u>65</u>
RAUS AUS DER KOHLE, ÜBERGÄNGE GERECHT GESTALTEN.....	66
IN ERNEUERBARE ENERGIE INVESTIEREN, ENERGIEKONZERNE ENTMACHEN	66
STROMPREISE STÄRKER KONTROLlieren, ENERGIE FÜR ALLE BEZAHLBAR MACHEN.....	68
GRÜNER WASSERSTOFF ALS NEUE SÄULE DER ENERGIEWENDE.....	69
<u>FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT. GESUNDE NAHRUNGSMITTEL FÜR ALLE.....</u>	<u>70</u>
<u>DIE VIelfalt der Natur und Tiere schützen</u>	<u>72</u>
Tierschutz stärken	72
Böden und Meere schützen	73

EINE ABFALLWIRTSCHAFT, DIE RESSOURCEN SCHONT	73
<u>MEHR RECHTE FÜR VERBRAUCHER*INNEN.....</u>	<u>75</u>
VERBRAUCHERSCHUTZ BEI FINANZPRODUKTEN!	76
<u>GERECHTIGKEIT FÜR DIE MENSCHEN IN OSTDEUTSCHLAND. EINE ZUKUNFT FÜR DIE REGIONEN ...</u>	<u>77</u>
ZUKUNFTSWIRTSCHAFT IN OSTDEUTSCHLAND	77
TARIFVERTRÄGE UND GUTE ARBEIT.....	79
GLEICHE RENTE FÜR GLEICHE LEBENSLEISTUNG	80
GUTES LEBEN AUCH AUF DEM LAND: SOZIALE ZENTREN	80
<u>STARKE KOMMUNEN, GUTE LEBENSQUALITÄT.....</u>	<u>81</u>
<u>MIT STEUERN UMSTEUERN</u>	<u>81</u>
EINKOMMENSTEUER GERECHT REFORMIEREN.....	84
<u>DIE MACHT DER BANKEN UND FINANZMÄRKTE BRECHEN.....</u>	<u>86</u>
FINANZKRIMINALITÄT STOPPEN!	87
GELDWÄSCHE BEKÄMPFEN.....	87
STEUEROASEN TROCKENLEGEN	87
<u>FÜR EINE DIGITALISIERUNG, DIE DEN MENSCHEN NÜTZT</u>	<u>89</u>
BESCHÄFTIGTE UND IHRE RECHTE STÄRKEN.....	89
DIE MACHT DER INTERNETKONZERNE UND PLATTFORMEN BEGRENZEN.....	89
DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜR ALLE AUSBAUEN	90
DATENSICHERHEIT UND DATENSCHUTZ.....	91
BÜRGER*INNENRECHTE SCHÜTZEN	92
DIGITALE ZAHLUNGSSYSTEME REGULIEREN	93
ÖFFENTLICHE VERWALTUNG DEMOKRATISCH UND DIGITAL	93
SCHULE UND LERNEN DIGITAL UNTERSTÜTZEN	94
DIGITALISIERUNG IM GESUNDHEITSWESEN	95
ÖPNV FÜR ALLE DURCH DIGITALISIERUNG VERBESSERN	95
NACHHALTIGE DIGITALISIERUNG: ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE	96
<u>FÜR GERECHTIGKEIT, SELBSTBESTIMMUNG UND VIELFALT DER GESCHLECHTER</u>	<u>98</u>
LINKER FEMINISMUS – ZEIT FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES, SICHERES UND GERECHTES LEBEN.....	98
(SORGE)ARBEIT UND ZEIT UMVERTEILEN.....	98
NIEMALS AM LEBEN SPAREN – KEINE KÜRZUNGEN ZU LASTEN VON FRAUEN UND FAMILIEN	99

GEWALT AN FRAUEN BEENDEN	100
UNSER FEMINISMUS: SOLIDARISCH UND INTERNATIONAL	101
REPRODUKTIVE GERECHTIGKEIT: FREIE ENTSCHEIDUNG FÜR EIN LEBEN MIT UND OHNE KINDER FÜR ALLE	102
FÜR KÖRPERLICHE UND SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG UND GLEICHSTELLUNG ALLER LEBENSWEISEN	102
OFFENSIV UND SOZIAL FÜR LSBTIQ*	103
GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG: QUEERE COMMUNITIES STÄRKEN.....	103
DISKRIMINIERUNG BEKÄMPFEN	104
SELBSTBESTIMMUNG FÜR TRANS- UND INTERGESCHLECHTLICHE MENSCHEN	104
QUEERE GEFLÜCHTETE ABSICHERN UND STÄRKEN!	105
 <u>SELBSTBESTIMMT LEBEN IN EINER INKLUSIVEN UND BARRIEREFREIEN GESELLSCHAFT</u>	<u>106</u>
 <u>FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG. WAFFENEXPORTE VERBieten</u>	<u>108</u>
RÜSTUNGSEXPORTE STOPPEN	108
KEINE DROHnen FÜR DEN KRIEG.....	109
FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE WELT	110
BUNDESWEHR UMBauen	110
AUSLANDSEINSÄTZE BEENDEN	111
KOOPERATION STATT KONFRONTATION: FÜR EIN INKLUSIVES SICHERHEITSSYSTEM	111
ZIVILE KONFLIKTLÖSUNG UND KONFLIKTPRÄVENTION	112
 <u>SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT</u>	<u>113</u>
 SOZIAL UND ÖKOLOGISCH GERECHTE WELTWIRTSCHAFT –FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN.....	113
ENTWICKLUNG DURCH GERECHTIGKEIT	115
KLIMAGERECHTIGKEIT GLOBAL.....	116
GERECHTE STEUERN WELTWEIT	116
UNO UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN	117
MENSCHENRECHTE DURCHSETZEN	118
DEUTSCHEN UND EUROPÄISCHEN KOLONIALISMUS AUFArbeiten.....	118
 <u>FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA!.....</u>	<u>119</u>
 INVESTIEREN STATT ZUKUNFT BLOCKIEREN!	120
EUROPAWEIT: REICHTUM VON OBEN NACH UNten VERTEILEN	120
EUROPÄISCHE ZENTRALBANK DEMOKRATISCH KONTROLlieren UND SOZIAL & ÖKOLOGISCH NUTZEN.....	121
DIE WIRTSCHAFT UMBauen	121
SOZIALE ABSICHERUNG UND GUTE ARBEIT	122
DEMOKRATIE STATT HERRSCHAFT DER LOBBYisten	122
EUROPÄISCHE ENTSPANNUNGSPOLITIK STATT AUFRÜSTUNG	123
MENSCHENRECHTE STATT FESTUNG EUROPA	124
 <u>EINE SOLIDARISCHE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT</u>	<u>125</u>

UNSERE AGENDA GEGEN RASSISMUS: SOZIALE OFFENSIVE UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE.....	125
MENSCHLICHKEIT VERTEIDIGEN: MENSCHEN RETTEN, FLUCHTWEGE FREI MACHEN, FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN	127
WER FLUCHTURSACHEN WIRKLICH BEKÄMPFEN WIL	129
<u>DIE DEMOKRATIE STÄRKEN</u>	<u>130</u>
RECHTEN TERROR UND GEWALT STOPPEN	130
SICHERHEIT FÜR ALLE STATT ÜBERWACHUNGSSTAAT	132
FÜR EINE DEMOKRATISCHE POLIZEI!.....	133
UNABHÄNGIGKEIT DER POLITIK SICHERN	135
DIE DEMOKRATIE DEMOKRATISIEREN!.....	136
<u>KULTUR: VIELFÄLTIG UND FÜR ALLE ZUGÄNGLICH.....</u>	<u>137</u>
DEMOKRATISIERUNG DER MEDIEN	139
WIR VERTEIDIGEN DIE FREIHEIT ZUR UND VON DER RELIGION UND DIE TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE	140
SPORT IST KEIN LUXUS	141
SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG DER DROGEN	142
<u>WIE WIR DAS LAND VERÄNDERN.....</u>	<u>144</u>

Einleitung

Über die Zukunft wird jetzt entschieden. Wir wollen eine Zukunft im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, von Frieden und Klimagerechtigkeit. Wir wollen eine Wirtschaft, in der sich kein*e Beschäftigte*r zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden muss. Wir treten an, um neue Grundlagen zu schaffen: Mit einem neuen Normalarbeitsverhältnis, in dem die Arbeit für alle sinnvoll gestaltet wird, gut entlohnt, tariflich abgesichert ist, mit kürzeren Arbeitszeiten. Für einen erneuerten demokratischen Sozialstaat, der gerecht finanziert ist und alle sicher vor Armut und sozialem Absturz schützt. Wir treten an, um ein neues Wohlstandsmodell durchzusetzen: die fundamentalen Dienstleistungen, die eine Gesellschaft tragen – Gesundheit, Pflege, Bildung, Erziehung, Wohnen, Nahverkehr, Energieversorgung –, sollen öffentlich und gemeinwohlorientiert organisiert und bedarfsgerecht ausgestattet werden. Menschen vor Profite. Das ist ein Beitrag zu einer erneuerten, starken Demokratie.

Viele Menschen haben in der Corona-Krise unglaubliches geleistet: Im Krankenhaus und Pflegeheim, bei der Versorgung der Mitmenschen, beim Unterricht von Kindern. Wir haben Solidarität erfahren und geübt. Wir haben gesehen, was wir leisten können und was der Staat nicht leistet. Viele fühlten sich vom Staat allein gelassen. Wer dachte, die Regierung wird uns gut durch Corona und die Krise führen, ist enttäuscht worden: Keine zusätzlichen Pflegekräfte, kein Plan für Bildungsgerechtigkeit, kein Eingreifen in die Wirtschaft, um zu produzieren, was dringend gebraucht wird: Masken, Beatmungsgeräte, Luftfilter, Impfstoff. Kein Notfallplan für Schulen oder Kitas, für den Stress in den Familien und das Leiden der Kinder, keine Evakuierung von Not- und Sammelunterkünften. Nach Jahrzehnten, in denen die Grundlagen von Solidarität und Demokratie ausgehöhlt und die Bevölkerung aufgerufen wurde, vor allem für sich selbst zu sorgen, werden sie nun von der Regierung zur Solidarität gemahnt. Aber der Staat hat die Aufgabe, die Gesellschaft krisenfest zu organisieren und solidarische Strukturen aufzubauen. Dabei hat die Regierung versagt. Die Sorgen für viele Menschen sind groß: Kann ich mir meine Wohnung noch leisten? Reicht das Geld über den Monat? Wird das Alter von Armut und mangelnder Pflege geprägt sein? Hinterlassen wir für unsere Kinder und Enkel einen zerstörten Planeten?

Wir wollen den Grundstein legen für eine Zukunft, die nicht von Markt und Profit bestimmt wird. In der Gesundheit, Pflege und Wohnen nach Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden. In der wir die Arbeit so gestalten und verteilen, dass sie zum Leben passt und die Löhne für ein gutes Leben reichen. In der alle genug haben, um ein Leben in Würde und Respekt führen zu können und niemand Angst vor Altersarmut haben muss. In der der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut und kostenfrei ist und das Klima schont. Gemeinsam können wir das Land verändern. Wenn wir Vielen uns nicht spalten lassen und für eine Politik eintreten, die dem Gemeinwohl dient, statt den Wenigen oben.

Wenn wir dieses Jahr um Ihre Stimmen bei der Bundestagswahl bitten, dann meinen wir genau das: Es ist Zeit, sich für eine Zukunft für alle zu entscheiden. Jetzt!

In den kommenden Jahren stehen wir vor zwei großen Herausforderungen: Wirtschaft und Gesellschaft müssen innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte klimaneutral umgebaut werden. Und die Folgen von Corona müssen sozial und solidarisch bewältigt werden. Ohne ein entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise ist die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder auf diesem Planeten in Gefahr. Bereits jetzt zerstört der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Notwendig ist ein grundlegendes Umsteuern.

Um beide Herausforderungen werden große Kämpfe geführt werden. Die Konzerne werden ihre kurzfristigen Profite verteidigen. Sie werden versuchen, die Krise zu nutzen, um Löhne und soziale Standards zu drücken. Sie werden nach Unterstützung aus Steuergeldern rufen und dann die eigenen Steuern senken wollen. Die Parteien, die den Konzernen nahestehen, werden vorschlagen, öffentliches Eigentum zu privatisieren, Reiche und Unternehmen zu entlasten und Sozialausgaben zu kürzen.

Es braucht eine starke Stimme für soziale und Klimagerechtigkeit. Es braucht entschlossenes Eingreifen in die Wirtschaft, um soziale Ungleichheit zurückzudrängen. Und Mut, sich mit den Mächtigen anzulegen. Wir haben diesen Mut.

Die Corona-Pandemie hat die soziale Spaltung verschärft. Sie hat die Krise der gesellschaftlichen Infrastruktur, Personalmangel und Dauerstress nicht nur im Gesundheits- und Bildungssystem offen gelegt. Die Pandemie hat gezeigt, wie ungleich die Arbeit und die Lasten in dieser Gesellschaft verteilt sind. Die milliardenschweren Konjunkturpakete und Wirtschaftshilfen konnten zwar das Schlimmste verhindern. Profitiert haben aber vor allem die Konzerne. Viele haben die Wirtschaftshilfen genutzt, um Dividenden zu sichern und die Kosten der Modernisierung nicht aus den eigenen Profiten, sondern aus den Kassen der Steuerzahler zu finanzieren. Viele Beschäftigte in diesen Konzernen müssen dagegen Kündigung oder Verlagerung ihres Unternehmens fürchten. Mini-Jobber*innen, prekär Beschäftigte und Leiharbeiter*innen sind als erste davon betroffen. Von 60 Prozent Kurzarbeitergeld kann im Niedriglohn niemand leben. Für die Mehrheit der Beschäftigten hat der Arbeitsstress zugenommen. Und wer sich nicht ins Home-Office begeben kann, wird zwar von Ministern beklatscht, bekommt aber keine wirkliche Anerkennung. Frauen tragen schon zu Normalzeiten im Beruf und in den Familien einen Großteil der Sorgearbeit weg. Corona hat das noch einmal verschärft.

In der Corona-Krise hat sich der seit Jahren bestehende Pflegenotstand dramatisch zugespielt – auf Kosten der Gesundheit der Patient*innen und der Beschäftigten, während Krankenhaus- und Pflegekonzerne Profite für die Aktionäre erwirtschaften. Die Mieten explodieren, während vor allem Luxuswohnungen gebaut werden. Das Klima wird in zunehmendem Tempo zerstört, während sich die größten Klimasünder freikaufen und den dringend nötigen Umbau der Wirtschaft aussitzen. Die Standortkonkurrenz untergräbt die internationale Zusammenarbeit und multilaterale Institutionen, destabilisiert ganze Regionen und befeuert ein neues Wettrüsten.

In gesellschaftlichen Umbrüchen sind die Fragen „wie wollen wir leben“, „was und wie wollen wir produzieren“, was ist lebenswichtig oder „systemrelevant“ neu gestellt, sie sind Gegenstand von gesellschaftlicher Selbstverständigung. Die öffentlichen Räume, in denen wir sie führen (können), sind selbst unter Druck von Riesenkonzernen mit ihren Algorithmen und Filtern, von Blasen, Fake News und der Verstrickung von Nachrichten und Werbung.

Der soziale Zusammenhalt bröckelt, das gefährdet die Demokratie und bietet Treibstoff für Rassismus und die extremen Rechten. Die Mehrheit der Menschen verliert seit Jahren an Einkommen, während einige Superreiche absurde Summen einstreichen. Extreme Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis der Macht, die große Konzerne über unsere Wirtschaft, unsere Politik und unsere gemeinsame Zukunft ausüben. In der Corona-Krise haben die Superreichen ihren Reichtum vermehren können. Für das Jahresgehalt eines DAX-Vorstandes müsste eine Pflegekraft in Deutschland über 156 Jahre arbeiten.

Superreiche und Konzerne lassen sich nicht durch Großzügigkeit und gutes Zureden zähmen. Wenn nach der Bundestagswahl die Rechnung für die Wirtschaftshilfen präsentiert wird, zeigt sich, wer die Kosten der Krise bezahlen wird. Nur DIE LINKE kämpft dafür, dass die Superreichen und die großen

Konzerne endlich ihren gerechten Anteil zahlen. Das gilt auch für die Kosten der Pandemie: Sie dürfen nicht zu Kürzungen im Sozialen führen. Wir fordern hierfür eine **Vermögensabgabe**, die auf alle Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro fällig wird. Sie kann über 20 Jahre abgezahlt werden.

Eine große Mehrheit der Menschen wünscht sich eine gut ausgestattete und zuverlässig funktionierende öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen im Gesundheitswesen, bei Schulen, Kitas und Hochschulen, beim öffentlichen Nahverkehr und der Bahn. Sie wünscht sich bezahlbare Wohnungen, die für unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensphasen passend sind. Kurze Wege zur Arbeit, zum Arzt, zum Einkauf und in der Freizeit. Aber in den vergangenen Jahren wurden die Bereiche, die uns durch die Corona-Krise geholfen hat, sträflich vernachlässigt: die öffentliche Daseinsvorsorge und die sogenannten „systemrelevanten Beschäftigten“, von den Krankenhäusern, über den öffentlichen Gesundheitsdienst bis zu den Beschäftigten in Kitas, Schulen, im Handel und Logistik, bei Reinigungsdiensten und im ÖPNV. Das führt im Alltag bei Vielen zu Stress. Wenn bei der Infrastruktur gespart wird, betrifft dies besonders Kinder, gering verdienende und ältere Menschen. Die Hoffnung, dass Markt oder Unternehmen die Probleme angehen, ist verständlich, aber falsch. Die vermeintlich unsichtbare Hand des Marktes drückt uns längst die Luft ab. Wer die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft nicht ändert, wird keine bessere Zukunft für alle erreichen können.

Die Bundesregierung setzt auf gescheiterte Rezepte: Selbstverpflichtungen der Konzerne beim Klimaschutz, „schwarze Null“ und Schuldenbremse. Investitionen in klimafreundlichere Technologien und soziale Sicherheit für die Menschen werden gegeneinander ausgespielt. Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsblockade, die die soziale Spaltung verschärft und schnelles Handeln für das Klima verhindert. Nur mit massiven Investitionen in einen grundlegenden und schnellen Umbau, mit einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Reichtum, mit mehr Demokratie in der Wirtschaft lässt sich eine soziale gerechte, klimaneutrale und krisenfeste Gesellschaft erreichen.

Die globale Entfesselung des Marktes und die zerstörerische Wirkung, die er auf sozialer, ökologischer und politischer Ebene entfaltet hat, war ein politisches Projekt der vergangenen 30 Jahre. Wir treten für ein anderes Projekt an. Wir wollen das Recht des Stärkeren durch neue Vorfahrtsregeln ersetzen: Gerechtigkeit vor Profite, Demokratie vor Markt, nachhaltig statt kurzfristig, mehr öffentlich, weniger egoistisch, gemeinsam statt gegeneinander. Der Markt regelt nichts? Dann regeln wir den Markt! Damit wir in Zukunft einem Land leben, in dem alle mit Respekt und Anerkennung rechnen können. Es ist höchste Zeit.

Das Umsteuern in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen. Der notwendige Umbau darf nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung erfolgen. DIE LINKE ist die Kraft der Solidarität. **Wir streiten für einen ökologischen und sozialen Systemwechsel, für einen starken, demokratischen Sozialstaat und für Frieden.**

Wir schlagen ein **Sofortprogramm gegen die soziale und Wirtschaftskrise** vor, das zugleich die Weichen für eine bessere, klimagerechte Zukunft für alle stellt und die Gesellschaft durch eine starke öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester macht. Es geht um Anerkennung für diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten – und um ein besseres Leben für alle. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Ohne soziale Gerechtigkeit kann keine große Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft gelingen. Und ohne Klimagerechtigkeit gibt es jetzt und in Zukunft keine soziale Gerechtigkeit:

- **Demokratischer Sozialstaat:** Längst bieten die Leistungen des Sozialstaates keine Sicherheit vor Armut mehr. Der Kompass der Regierung dafür, was für ein Leben in Würde notwendig ist, ist schon lange zerbrochen. Wir streiten dafür, dass niemand – ob in Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit oder Rente, ob Soloselbständige oder Studierende – unter **1.200 Euro** fällt. Das ist unsere Grenze für ein gerechtes **Mindesteinkommen**. Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die auch Soloselbständige absichert. Die Zeit für Hartz IV ist abgelaufen. Wir führen eine Mindestsicherung ein, die sanktionsfrei ist, also nicht gekürzt werden kann. Wir heben auch die **Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer** an: Die ersten 1.200 Euro pro Monate werden von Steuern freigestellt. Das entlastet niedrige und mittlere Einkommen spürbar.
 - Es ist Zeit, den **Niedriglohnsektor trockenzulegen**. Jede*r Fünfte bundesweit – in Ostdeutschland mehr als jede*r Dritte – arbeitet zu unwürdigen Löhnen, die nicht zum Leben reichen. Frauen sind besonders betroffen. Die Löhne für Normal- und Geringverdienende müssen deutlich steigen. Dafür wollen wir Gewerkschaften stärken, Tarifverträge müssen wieder allgemeinverbindlich werden. Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, Mini- und Midijobs drücken auf die Löhne, schwächen die Sozialversicherung und die Beschäftigten sind kaum gegen Entlassungen geschützt. Wir wollen sie in gut bezahlte, tarifliche Arbeitsverhältnisse überführen. Mit einem **Mindestlohn von 13 Euro** können wir alle Beschäftigten aus den Armutslöhnen holen. Es ist Zeit.
 - Wir streiten für **Arbeit und Arbeitszeiten, die zum Leben passen**. Wenn die einen unter Stress und Überbelastung in die Knie gehen und andere nicht so viel arbeiten können, wie sie wollen, ist es Zeit für eine neue Regulierung. Unser Neues Normalarbeitsverhältnis kreist um etwa 30 Stunden pro Woche mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir beginnen mit der Begrenzung von Überstunden und Höchstarbeitszeiten und einem Recht auf Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag.
 - Die gesetzliche **Rente** muss den Lebensstandard wieder annähernd sichern – in Ost und West gleichermaßen. Dafür wollen wir die Rentenkürzung zurücknehmen und das Renteneintrittsalter senken. Das Rentenniveau wollen wir sofort auf 53 Prozent anheben. Wer derzeit die aktuelle Durchschnittsrente bekommt, erhält dann 104 Euro mehr im Monat. Auch Beamte, Abgeordnete und Selbständige zahlen in Zukunft in die gesetzliche Rente ein (Erwerbstätigenversicherung).
 - Viele Unternehmen nutzen die Krise, um Personal zu entlassen, Löhne zu senken oder Standorte zu schießen. Wir wollen **Garantien für Arbeitsplätze und Einkommen** für die Beschäftigten. In der Krise und wenn Unternehmen auf klimagerechte Produktion umstellen, kann eine Arbeitszeitverkürzung mit Weiterbildungsoffensive die Arbeitsplätze sichern. Die Weiterbildung wird anteilig aus einem Solidar-Fonds aus den Unternehmen und der Agentur für Arbeit bezahlt. **Keine Steuergelder ohne Gegenleistung** – staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder verdeckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran zu treiben, Planungssicherheit und sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.
- Veto-Rechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft:** Die gewählten Vertretungen der Belegschaften müssen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen wirklich mitbestimmen können.

- **Respekt und Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland:** Es gibt im Osten einen neuen Kampfgeist, einen Aufbruch, der bereit ist für gleiche Löhne und sichere Arbeitsplätze zu streiken – zu Recht. Wir streiten für einheitliche Tarifgebiete und gleiche Löhne. Kein Umbau der Regionen mehr über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg! Wir schaffen Sozial- und Wirtschaftsräte, die über Entwicklungspläne entscheiden, was wo wie produziert wird. Die Vergabe öffentlicher Aufträge binden wir an Tariftreue, ökologisches Wirtschaften und einen Vergabemindestlohn. Die Renten im Osten müssen sofort an das Westniveau angehoben werden. Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung der Ostgehälter bei der Rente erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf kein Nachteil für die heutigen Beschäftigten sein.
- **Gesundheit und Pflege zukunftsweisend machen – Pflegenotstand stoppen:** Es ist falsch, dass Krankenhäuser nach Fallpauschalen und mit Gewinnorientierung wirtschaften müssen. In Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen fehlen für eine gute Betreuung jeweils 100 000 Pflegekräfte. Durch die Erschöpfung wegen Corona könnten es bald noch mehr sein. Wir wollen Krankenhäuser und Pflegekonzerne sofort von der Börse nehmen. Sie müssen nach Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden. Das System der Fallpauschalen wird durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ersetzt. Die Gehälter in der Pflege müssen pauschal um 500 Euro im Grundgehalt erhöht werden. Das ist ein Beitrag für die gleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit und hilft gegen den Fachkräftemangel. Die Zwei-Klassen-Medizin bauen wir um zu einer **solidarischen Gesundheitsversicherung**, in die alle einzahlen. Die Beiträge für die meisten Versicherten sinken, die Versorgung für alle wird besser. Auch die **Pflegeversicherung** bauen wir zu einer Vollversicherung um, die alle Leistungen übernimmt und so für gute und menschenwürdige Pflege sorgt, egal ob zu Hause oder in Pflegeeinrichtungen. Die **Eigenanteile** für die Versicherten oder ihre Angehörigen, die heute viele Menschen in Armut und Verzweiflung treiben, **entfallen**. Das ist machbar, in einer Legislaturperiode umsetzbar - und es ist notwendig.
- Wir wollen mit einem öffentlichen Investitionsprogramm die enormen Mängel bei der **Ausstattung und den Personalmangel in Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, bezahlbares Wohnen und Breitbandausbau beheben**. Eine klima- und sozial gerechte Wirtschaft gelingt nur mit einem Umbau der Industrie – dafür schlagen wir einen Transformationsfonds vor, der Arbeitsplätze für die Zukunft sichert und ein ökologisches Umsteuern fördert. Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft, die dem Gemeinwohl nützen und das Klima schonen, stärken. Damit können wir 2 Millionen sinnvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen und Wirtschaft und Infrastruktur bis 2040 klimaneutral machen.
- **Bildungsgerechtigkeit:** Gleich gute Bildung für alle gibt es nur mit einem Aufbauprogramm: für mehr Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrer*innen. Ein Rechtsanspruch auf einen **Kitaplatz** bedeutet auch: Anspruch auf gute Betreuung, kleine Gruppen, gut bezahlte und ausgebildete Erzieher*innen und keine Gebühren. Es sollte selbstverständlich sein, dass es durch ein **Schuldach** nicht rein regnet, die Toiletten sauber sind und jedes Kind im 21. Jahrhundert ein mobiles Endgerät und Internetzugang braucht. Ist es aber nicht. Wir wollen in die Infrastruktur für gute Bildung und den Abbau von Ungleichheit investieren.
- **Verkehrswende:** Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus, erhöhen die Takte und verbessern den Service - auch auf dem Land. Die Ticket-Preise senken wir bis zum Nulltarif. Wir schaffen gute Arbeitsplätze in der Produktion von Bus, Bahn und Schiene und für die Beschäftigten im ÖPNV. Wir beginnen mit Modellprojekten in 15 am meisten von Abgasen

belasteten Städten. Wir verlagern Kurzstreckenflüge und Frachtverkehr auf die Schiene. Die Bahn muss ausgebaut und für alle bezahlbar werden. Unsere Verkehrswende sorgt für mehr Mobilität, aber mit weniger Verkehr.

- **Energiewende:** Wir wollen die Energieversorgung am Gemeinwohl ausrichten und in Stadtwerke und Genossenschaften verlegen. Unser Kriterium für die Förderung von nachhaltiger Energiegewinnen: Bis 2035 wollen wir den gesamten Strom aus erneuerbaren Quellen beziehen.
- **Keine Rendite mit der Miete.** Die Mieten sind explodiert, durch die Städte walzt das Immobilienkapital und verspricht Renditen. DIE LINKE hat in Berlin gezeigt, dass es anders geht: Wir wollen im gesamten Bundesgebiet harte Obergrenzen für die Miete einführen. Immobilienkonzerne wollen wir von der Börse nehmen. Wir versprechen im Jahr den Neubau von mindestens 250 000 Sozialwohnungen, die dauerhaft bezahlbar bleiben.
- **Bauernland gehört nicht in Investorenhand.** Wir wollen öffentlichen Besitz an Land- und forstwirtschaftlichen Flächen stärken. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen verpachtet. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern. Die Bodenpreise müssen gedeckelt werden!
- **Menschlichkeit ist #unteilbar.** Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, barrierefrei, in der niemand ausgegrenzt wird.
Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Elend und Sterben an den europäischen Außengrenzen müssen ein Ende haben: Seenotrettung und die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen einzuhalten muss selbstverständlich sein. Evakuiert die Lager!
- Jede Waffe findet ihren Krieg: Wir wollen den **Export von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten**. Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten, müssen sofort unterbunden werden. DIE LINKE ist der Friedens- und Entspannungspolitik verbunden. Zivile Konfliktlösungen wollen wir stärken. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden wir beenden.

Unsere Umbaupläne sind nicht bescheiden, sie sind der Größe der Probleme angemessen. Sie machen Hoffnung und sind realistisch, machbar und durchgerechnet. Die Zukunft zu verändern, den Pfad zu wechseln und das Leben für die große Mehrheit der Menschen besser zu machen, das geht nicht mit kleinen Ideen und kleinem Mut. Die gute Nachricht ist: Reichtum und Ressourcen für diesen Umbau gibt es. Sie müssen nur gerecht verteilt werden:

Ungleichheit ist unsozial. Wir besteuern hohe Vermögen und Erbschaften gerecht. Statt einer Billigsteuer für Unternehmensgewinne wollen wir Profite wie alle Einkommen besteuern. Unser Grundgesetz sieht eine Vermögensteuer vor, die Regierungen haben sie seit über 20 Jahren nicht erhoben. Unsere Vermögensteuer belastet Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer Million Euro mit 5 Prozent. Für Unternehmen und betriebsnotwendiges Vermögen sehen wir Freibeträge von mindestens 5 Millionen Euro vor. Damit könnten die Bundesländer die dringend notwendigen

Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen leisten. Die **Schuldenbremse** ist volkswirtschaftliche unsinnig und gehört abgeschafft.

Wir wollen einen grundlegenden Wandel, einen sozialen und ökologischen Systemwechsel. Wir stehen an der Seite von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Mieter*inneninitiativen, FridaysForFuture, BlackLivesMatter, Seebrücke, Sozialverbänden und den Friedensbewegungen. Andere wollen das Bündnis mit den Konzernen und trauen sich nicht zum Konflikt mit den Multi-Millionären. Wir stehen für unteilbare Solidarität der Vielen, die jeden Tag mit ihrer bezahlten und unbezahlten Arbeit, mit Herzblut und Hoffnung diese Gesellschaft tragen und am Laufen halten. Unteilbare Solidarität ist unser Kompass in der Krise – auch gegen die Verschwörungstheorien, Hetze und Gewalt von rechts.

DIE LINKE ist Garant für soziale Gerechtigkeit. Im Parlament und in der Nachbarschaft. Wir sind unbestechlich. Wir nehmen als einzige Partei keine Spenden von Unternehmen und arbeiten nicht mit Lobbyorganisationen zusammen.

Wir gehen in die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und streiten für gerechte Bildung und gute Löhne. Wir haben in der Landesregierung in Berlin dafür gesorgt, dass die Mieten für Hundertausende Mieter*innen gesenkt wurden. Das werden wir in der Abgeordnetenhauswahl verteidigen. Wir stellen in Thüringen den Ministerpräsidenten und haben gezeigt: DIE LINKE zieht eine klare Kante gegen rechts. Das werden wir in der Landtagswahl verteidigen.

Wir gehen in die Bundestagswahl mit einem Plan für eine gerechte Zukunft. Wir haben die Ideen für eine funktionierende, solidarische und klimagerechte Gesellschaft. Das sind für uns die Maßstäbe, in eine Regierung einzutreten oder sie zu unterstützen. Wir kämpfen dafür, einen sozial-ökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel einzuleiten, statt die CDU weiter an der Macht zu belassen. Der Kampf um neue soziale Mehrheiten in der Gesellschaft und im Bundestag beginnt jetzt. DIE LINKE ist bereit. Wir wissen, was wir ändern müssen und wie wir es bezahlen. Wir arbeiten mit allen, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit wollen. Wir machen uns auf den Weg mit allen, die bereit sind, für ein demokratisches Land, für ein gerechtes Land, für ein solidarisches Land zu streiten. Für ein Land für alle. Auf uns kommt es an, auf jeden und jede. Lassen Sie uns gemeinsam das Land verändern.

Gute Arbeit, gute Löhne – Demokratie gilt auch im Betrieb!

DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den Profitinteressen der Unternehmer. Die Unternehmerverbände nutzen die Krise, um Rechte von Beschäftigten einzuschränken, Löhne weiter zu drücken und Überstunden durchzusetzen. Wenn Unternehmen in der Corona-Krise riesige Wirtschaftshilfen bekommen und dann Beschäftigte entlassen oder die Standorte schließen, sagen wir nein! DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Wir wollen Arbeitsplätze und Tarifverträge verteidigen und die Tarifbindung ausbauen, Entlassungen stoppen und die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße stellen: Gute Arbeit, die zum Leben passt, muss für alle die Regel sein statt die Ausnahme.

Dafür wollen wir folgende zentrale Forderungen umsetzen:

- Löhne, die für ein gutes Leben reichen! **Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab und stärken Tarifverträge.** Für Teilzeitjobs schaffen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche.
- Soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen! Wir drängen **Befristungen zurück und sichern sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen ab.** Das schließt Beschäftigte über Plattformen, Soloselbständige und Saisonbeschäftigte ein.
- Arbeitszeiten, die zum Leben passen! Mehr Personal statt Dauerstress. Wir schaffen ein neues **Normalarbeitsverhältnis um die 30 Stunden pro Woche**, ein **Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung** und eine Anti-Stress-Verordnung.
- Recht auf Weiterqualifizierung mit sozialer Absicherung! Wir schaffen einen **Weiterbildungsanspruch für alle** und sichern das Einkommen während Weiterbildungszeiten **mit einem Weiterbildungsgeld.**

Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Schluss mit dem Niedriglohn

- **Der gesetzliche Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht.** Zuschläge für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem Mindestlohn verrechnet werden. Sämtliche Ausnahmen vom Mindestlohn müssen gestrichen werden. Durch die Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung und häufigere Kontrollen muss die Einhaltung des Mindestlohns durchgesetzt werden.
- **Tarifbindung muss wieder für alle Unternehmen und Branchen gelten. Dafür müssen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können.** Das muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei möglich sein. Es muss als »öffentliches Interesse« gelten, Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen Unterbietungswettbewerb zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Auch regionale Tarifverträge und komplett Entgelttabellen sollen per Rechtsverordnung gemäß Arbeitnehmerentsdegesetz bundesweit gelten können.
- **Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit beenden.** Wir wollen Leiharbeit verbieten. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leiharbeiter*innen ab dem ersten Tag die gleichen Löhne wie für Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten. Die Vergabe von Werkverträgen und der Einsatz von Leiharbeit müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden, muss die Beweislast künftig beim Arbeitgeber liegen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss an den Arbeitsplatz

statt an die Person der Beschäftigten gebunden werden. Die Vermittlung Erwerbsloser in Leiharbeit durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.

- Wir wollen einen **Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag von 22 Stunden pro Woche** für alle Beschäftigten einführen.
- Um **gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen**, muss der Auskunftsanspruch im Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzt werden. Gewerkschaften müssen für ihre Mitglieder gleiche Entgelte einklagen können.
- Bei Betriebsübergängen in nicht tarifgebundene Unternehmen und bei Auslagerungen müssen **die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben** und auch für neu Eingestellte gelten.
- Wir wollen **verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter**: Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. Managergehälter können steigen, wenn die untersten Lohngruppen angehoben werden. Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.

Soziale Absicherung in jedem Arbeitsverhältnis

Die soziale Absicherung steht allen Beschäftigten zu, unabhängig von ihrer Herkunft und der Art ihres Arbeitsverhältnisses:

- **Befristungen stoppen!** Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden. Bei öffentlicher Finanzierung soll die Befristung der Haushaltsmittel oder von Projektgeldern kein zulässiger Grund mehr für die Befristung von Arbeitsverträgen sein. Der dritte Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss zwingend unbefristet sein.
- **Mini- und Midijobs wollen wir abschaffen und in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen. Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.** Plattformen müssen Arbeitgeberpflichten erfüllen und Sozialversicherungsbeiträge für über sie Beschäftigte abführen. Auftraggeber müssen auch für Soloselbständige Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Dazu schaffen wir bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und Soloselbständige schützen. Sämtliche Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte müssen gestrichen werden.
- Der Betriebsbegriff und der Arbeitnehmerbegriff müssen aktualisiert und an die heutigen Arbeitsverhältnisse und Betriebsstrukturen angepasst werden.

Arbeitszeiten, die zum Leben passen

Viele Beschäftigte werden krank durch zu viel Arbeit und Überstunden, während Millionen Menschen von Erwerbsarbeit ausgeschlossen oder werden unfreiwillig in Teilzeit abgedrängt. Es ist Zeit für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Wir wollen Arbeit in der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern gerecht verteilen.

Wenn die Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine Million Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit um die 30-Stunden pro Woche geschaffen werden. Eine 4-Tage-Woche bzw. Arbeitszeiten um die 30 Stunden pro Woche sind genug. Eine Umverteilung von Arbeitszeiten erhöht die Lebensqualität für alle.

- **Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen.**

- Ausnahmen von der täglich zulässigen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden wollen wir stärker begrenzen. Eine Verkürzung der erforderlichen Ruhezeiten von 11 Stunden lehnen wir ab.
- Arbeitgeber müssen **Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie die Dauer der gewährten Ruhepausen jeweils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen**. Dienstreisen und in der Freizeit erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet werden. Stärkere Kontrollen durch Arbeitsschutzbehörden müssen gesetzlich vorgeschrieben werden.
- **Arbeit auf Abruf wird aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen.**
- Betriebs- und Personalräte brauchen ein zwingendes **Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung**, um regelmäßige Überstunden und Leistungsverdichtung zu verhindern.
- Wir wollen ein **Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten**.
- Es braucht einen **Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten** für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (vgl. in Kapitel III »Familien dort unterstützen ...«).
- Wir brauchen **für alle Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber** (vgl. Kapitel XII »Für einen linken Feminismus«).
- Den Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz wollen wir schrittweise von 24 auf 30 Werktagen anheben. **Jedem Beschäftigten sollen mindestens 5 Wochen Urlaub zustehen**.
- Alle Beschäftigten sollen durch ein **Recht auf Home-Office** einen Teil ihrer Arbeit Zuhause erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Die Bedingungen über Home-Office müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden. Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten. Recht auf Pausen und Recht auf Feierabend muss es auch im Home-Office geben!
- **Recht auf Auszeiten:** Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr) verbunden mit einem Rückkehrrecht.

Gute Arbeitsbedingungen, weniger Belastungen

Arbeit darf nicht krank machen. Das Leistungsniveau in Betrieben muss so sein, dass die Gesundheit ein ganzes Arbeitsleben über erhalten wird. Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet Unternehmen, die Arbeit so zu gestalten, dass Gefährdungen der psychischen und physischen Gesundheit möglichst vermieden werden. Es scheitert allerdings oft an der Durchsetzung. Wir wollen einen Schutz gegen Dauerstress und Überlastung sicherstellen:

- Wir brauchen eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit (**Anti-Stress-Verordnung**). Betriebsräte müssen Unterstützung bekommen, um die bestehenden Regeln des Arbeitsschutzgesetzes zur Verhütung psychischer Belastungen sowie ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen und vor allem Abhilfemaßnahmen besser durchsetzen zu können.
- **Das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten muss sich auch auf die Prävention von Belastungen erstrecken.** Die Beschäftigten brauchen ein individuelles „Veto-Recht“ bei gesundheitsgefährdender Überlastung, um auch Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebsrat zu schützen.
- Die **Arbeitsschutzbehörden müssen finanziell und personell besser ausstattet werden**, um wirksame und regelmäßige Kontrollen zu ermöglichen. Kontrollen sollten zwingend im Betrieb und nicht nach Aktenlage stattfinden. Die Bußgelder für Verstöße gegen den

Gesundheitsschutz der Beschäftigten müssen deutlich angehoben werden. Im Arbeitsschutzgesetz muss klargestellt werden, dass es strafbar ist, trotz vorheriger behördlicher Abmahnung weiter die Gesundheit der Beschäftigten zu gefährden.

- Belegschaften müssen pro Monat zwei Stunden **Beratungszeit während der Arbeitszeit** erhalten, um sich über Arbeitsgestaltung, Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsschutz auszutauschen.
- Die **Anerkennung von Berufskrankheiten** muss erleichtert werden. Das schließt psychische Erkrankungen ein. Wir fordern eine Beweislastumkehr. Unabhängige Beratungsstellen müssen eingerichtet werden und Versicherte dabei unterstützen, ihre Ansprüche durchzusetzen. Berufsunfähigkeitsrenten müssen verbessert werden.

Kein Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten: Weiterbildungsanspruch für alle

Unternehmen nutzen die Einführung neuer Technologien und Produkte, den Klimaschutz und die Digitalisierung als Anlass, um auf dem Rücken der Beschäftigten umzustrukturen, Beschäftigte zu entlassen oder die Belegschaften zu erpressen. Gleichzeitig führen der ökologische Umbau und die Digitalisierung zu neuen Tätigkeitsfeldern und verändern die Anforderungen an Beschäftigte. Die Verantwortung für Aus- und Weiterbildung dürfen Unternehmen nicht auf die Beschäftigten und die Allgemeinheit verschieben. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von diesen finanziert werden. Beschäftigte, deren Arbeitsplätze wegfallen, müssen abgesichert werden. Wir wollen eine soziale und ökologische Transformation mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten.

- **Veto-Rechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft.** Beschäftigte und Betriebsräte brauchen **Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Fragen**. Das gilt besonders für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen. Ebenso für den betrieblichen Umweltschutz.
- Das Recht der Betriebsräte auf Verhandlungen mit den tatsächlichen Entscheidungsträgern muss auch in internationalen Konzernen klargestellt werden. Es kann nicht sein, dass Unternehmen durch Holdingstrukturen, bei denen Geschäftsführungen vor Ort nur als Befehlsempfänger agieren, demokratische Mitbestimmungsrechte unterlaufen.
- Betriebsräte brauchen ein erzwingbares **Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche Aus-, Weiter- und Fortbildung - und bei der Neuausrichtung der Unternehmen**. Betriebe mit über 100 Beschäftigten müssen verpflichtend eine qualifizierte Personalplanung durchführen, die eine Weiterbildungsplanung für die Beschäftigten einschließt.
- **Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren** oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können. Der Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehals und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Staat muss Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere Berücksichtigung bei den Rentenansprüchen und der Höhe von Ansprüchen auf ALG I unterstützen. Für Geringverdiene muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse garantiert werden.
- Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung beteiligen, schlägt DIE LINKE einen **Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen**.

- **Berufsschulen und Hochschulen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Angebote der beruflichen Fortbildung zu schaffen**, die allen Beschäftigten unabhängig vom bisherigen Bildungsabschluss offenstehen.
- Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur und Jobcenter müssen ausgebaut werden. Das Ziel schneller Vermittlung Erwerbsloser muss gestrichen werden, stattdessen müssen Erhalt der Qualifikation und Weiterbildung Vorrang bekommen. Für die Zeit der Weiterbildung wird ein **Weiterbildungsgeld** in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettoentgelts gezahlt. Die Zeit der Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. (vgl. Kapitel Erwerbslosigkeit)
- **Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsumlage zahlen.** (Vgl. Kap. „gut ausgebildet“)

Mehr Rechte für Saisonbeschäftigte und Beschäftigte in Privathaushalten

Besonders gravierend sind die Verstöße gegen Arbeitsschutz und gute Arbeitsbedingungen für mobile Beschäftigte aus dem Ausland. Durch die Koppelung des Aufenthaltsrechts an den Arbeitsvertrag sind sie besonders von extremer Ausbeutung bedroht und können ihre Rechte schwerer durchsetzen. Wir wollen gleiche Schutzrechte für alle und gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag** muss auch für Saisonarbeiter*innen und aus dem Ausland entsendete Beschäftigte gelten. Um Lohnbetrug zu vermeiden, müssen Unternehmen zur elektronischen Zeiterfassung verpflichtet werden, die für die Beschäftigten einsehbar ist. Gleichzeitig brauchen wir einen legalen Aufenthaltsstatus für alle hier Beschäftigten, damit Kontrollen zum Schutz der Beschäftigten dienen und nicht zu ihrem Nachteil werden. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses darf nicht zum Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Der Zugang zu Informationen über bestehende Arbeitsrechte muss erleichtert werden und Initiativen, die mobile Beschäftigte in ihren Muttersprachen beraten, müssen stärker gefördert werden.
- **Für vom Arbeitgeber gestellte oder vermittelte Unterkünfte muss es eine klare Begrenzung der zulässigen Kosten geben.** Diese sollen sich nach den geltenden Sachbezugswerten aus dem Sozialversicherungsrecht richten. Abzüge für Unterkunft und Verpflegung müssen auf der Lohnabrechnung transparent dargestellt sein, um den Beschäftigten die Überprüfung zu ermöglichen. Die Einhaltung von Hygienestandards in den Unterkünften muss von den Aufsichtsbehörden regelmäßig kontrolliert werden.
- DIE LINKE will die **Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten stärken**. Arbeit in Privathaushalten (u.a. Reinigung, Pflege, Kinderbetreuung) soll v.a. über zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden. Sie müssen Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren. Um Überausbeutung zurückzudrängen, müssen Beschäftigte in Privathaushalten ohne Arbeits- und Aufenthaltsrechte die Möglichkeit einer Legalisierung erhalten.

Mehr Demokratie im Betrieb:

Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften stärken

DIE LINKE will die Demokratie in der Gesellschaft, im Betrieb und in der Wirtschaft stärken. Wir stellen uns gegen Versuche von Unternehmern, die Rechte von Beschäftigten und ihren Betriebsräten zu beschneiden sowie die Arbeit oder Wahl von Betriebsräten zu behindern. Die Geltung von Tarifverträgen und die Mitbestimmungsrechte von Belegschaften und Betriebsräten

müssen ausgebaut werden. Betriebsräte müssen auch in wirtschaftlichen Fragen mitbestimmen können (vgl. „Keine Umbau auf den Rücken der Beschäftigten“). DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Wahl von Betriebsräten zu erleichtern. Initiator*innen von Betriebsratswahlen und Betriebsräte müssen wirksam vor Union Busting geschützt werden:

- Das **Wahlverfahren für Betriebsratswahlen** wird für alle Betriebe vereinfacht.
- Betriebe ab fünf Beschäftigten, in denen kein Betriebsrat besteht, müssen **jährliche Beschäftigtenversammlungen zur Information über Rechte und Pflichten aus dem Betriebsverfassungsgesetz** durchführen, bei denen anschließend in Abwesenheit des Arbeitsgebers geheim über die Einleitung einer Betriebsratswahl abgestimmt wird.
- Der **Kündigungsschutz für alle Organe der Betriebsverfassung muss auf 24 Monate verlängert werden** – auch für alle Initiator*innen einer Betriebsratswahl sowie Bewerber*innen für den Wahlvorstand. Initiator*innen einer Betriebsratswahl dürfen auch aus wichtigem Grund nur mit Zustimmung des Betriebsrats oder durch gerichtliche Entscheidung gekündigt werden.
- Wir wollen **Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit ausreichend Personal für Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht** schaffen. Wir wollen schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisierung spezialisiert haben. Die Bußgelder für Verstöße müssen erhöht werden und sich an der wirtschaftlichen Stärke des Unternehmens orientieren.
- Ein **zentrales Melderegister, in dem Betriebsratswahlen mit ihrem Verlauf und Ergebnis erfasst werden**, muss geschaffen werden. Dadurch würde es für Gewerkschaften und NGOs einfacher, Strategien gegen Union Busting und Betriebsratsbekämpfung zu entwickeln.
- **Die Beweislast für die Erforderlichkeit von Freistellungen für Betriebsratsarbeit muss umgekehrt werden.** Das Unternehmen muss nachweisen, dass die Betriebsratsarbeit nicht erforderlich war. Bei Uneinigkeit entscheidet die Einigungsstelle, bis zur Entscheidung muss das Entgelt in voller Höhe gezahlt werden. Die Anzahl freigestellter Betriebsräte nach §38 BetrVG muss erhöht werden, da die Aufgaben von Betriebsräten immer vielfältiger werden.
- Als Ordnungswidrigkeit muss künftig auch gelten, wenn Unternehmen nicht, wahrheitswidrig, verspätet oder unvollständig ihren Unterrichtungs-, Herausgabe- und Einsichtspflichten zur Erfüllung der Betriebsratsaufgaben nachkommen. Die Höhe möglicher **Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten nach Betriebsverfassungsgesetz wird auf 250.000 Euro angehoben**.
- Betriebsräte müssen das Recht erhalten, **sachverständige Berater ihrer Wahl zur Unterstützung heranzuziehen, ohne dass es einer näheren Vereinbarung mit dem Unternehmen bedarf**. Hält das Unternehmen die Beratung oder die Höhe des Honorars für unangemessen, kann es die Einigungsstelle anrufen.
- **Die Unternehmensmitbestimmung muss auf alle Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeiter*innen und Standortniederlassungen in Deutschland ausgeweitet werden**, unabhängig von ihrer Rechtsform. Echte paritätische Mitbestimmung nach dem Modell der Montanmitbestimmung muss zur Regel in allen Unternehmen werden. Wir wollen es Konzernen erschweren, die Mitbestimmungsgesetze durch die Verlagerung ihres Unternehmenssitzes, durch Gründung von Scheinauslandsgesellschaften oder die Umwandlung in andere Rechtsformen (z.B. SE) zu umgehen.
- Wir wollen, dass der Aufsichtsrat bei allen wichtigen Entscheidungen der Unternehmensführung zustimmen muss. Bei Fragen von erheblicher Bedeutung für die

Belegschaft wollen wir, dass zuerst eine Belegschaftsabstimmung durchgeführt wird.

Entscheidungen gegen das Votum der Belegschaft bedürfen mindestens einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat.

- Die Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten und Betriebsräten in Insolvenzverfahren müssen gestärkt werden. Die Vergütungen von Insolvenzverwaltern müssen begrenzt werden.
- **Die betrieblichen Mitbestimmungsrechte und das Streikrecht müssen auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten.** Der § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes muss gestrichen werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden. Das Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein aus Sicht der Kirchen »fehlendes privates Wohlverhalten« nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf.
- Für Beschäftigte **im öffentlichen Dienst müssen die gleichen Mitbestimmungsrechte gelten.** Das Streikrecht muss auch für Beamte gelten.
- Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes **Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen** erhalten sowie das Recht zu Kollektivbeschwerden nach dem Protokoll der Europäischen Sozialcharta.
- Zur **Verteidigung des Streikrechts** muss der Antistreikparagraph § 160 des SGB III abgeschafft werden. Das Tarifeinheitsgesetz muss zurückgenommen werden, da mit ihm eine Einschränkung des Streikrechts verbunden ist. Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden müssen ins Streikrecht eingeschlossen werden.
- OT-Mitgliedschaften („Ohne Tarif“) in Arbeitgeberverbänden müssen abgeschafft werden.

Gute Rente, gutes Leben – solidarische Erwerbstätigenversicherung

Wir wollen eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt. Das ist für viele Menschen die Grundlage für ein sorgenfreies und selbstbestimmtes Leben. Forderungen, dass wer länger lebt, erst später in Rente gehen soll, weisen wir zurück. Die Rente darf nicht über Kapitalmärkte „gesichert“ werden – dann ist sie unsicher. Sie muss zu gleichen Teilen von Unternehmen und Beschäftigten finanziert werden. Noch in den 1990er Jahren lag das Rentenniveau bei bis zu 72 Prozent, jetzt soll es bis auf 43 Prozent sinken. Das ist ein Programm der Bundesregierung für Altersarmut!

Wir wollen den Rentenabbau beenden und das Garantieversprechen der gesetzlichen Rentenversicherung wiederherstellen. Drei zentrale Maßnahmen sind der Einstieg:

- 1. Als Sofortmaßnahme heben wir das Rentenniveau auf 53 Prozent an.** Das bedeutet in Geld: Wer derzeit die aktuelle Durchschnittsrente von 1.048 Euro bekommt, erhält dann 1.152 Euro, also 104 Euro mehr im Monat. Das Rentenniveau von derzeit 48,21 Prozent kann problemlos innerhalb einer Wahlperiode auf 53 Prozent angehoben werden. Das kostet Beschäftigte und Arbeitgeber*innen bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3.379 Euro nur je 33 Euro mehr im Monat. Der Beitrag für eine private Riesterrente (120 Euro) kann dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 87 Euro mehr in der Tasche. Bei der Rentenanpassung stellen wir die Lohnbezogenheit wieder her.
- 2. Als LINKES Kernprojekt erweitern wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Alterssicherung für alle Erwerbstätigen.** Dazu haben wir ein Konzept entwickelt, das Solidarität und soziale Gerechtigkeit mit finanzieller Solidität und Stabilität verbindet. Wir stärken damit die Alterssicherung für alle Erwerbstätigen und verhindern Armut im Alter und bei Erwerbsminderung. Unser Konzept der **solidarischen Erwerbstätigenversicherung** bietet eine gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler*innen, Beamte*innen, Manager*innen und Politiker*innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Mit anderen Worten: Wir machen aus der bisherigen Arbeitnehmer*innen-Versicherung eine Erwerbstätigenversicherung.
- 3. Als Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro** für all jene ein, die trotz der Reformmaßnahmen eine zu niedrige Rente haben, um davon leben zu können. Denn wer heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen, Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken muss, hat trotzdem Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter. Die Solidarische Mindestrente wird deshalb an alle Menschen im Rentenalter und bei Erwerbsminderung als Zuschlag – im Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt, die weniger als 1.200 Euro Nettoeinkommen im Alter haben. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft. Sie wird aus Steuern finanziert. Die Unterhaltsansprüche nach dem BGB werden berücksichtigt. Mit Vermögensfreibeträgen stellen wir sicher, dass soziale Härten vermieden werden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt. Unser Versprechen lautet: Niemand soll im Alter von weniger als 1.200 Euro leben müssen. Die Höhe der Solidarischen Mindestrente wird regelmäßig am 1. Juli eines jeden Jahres im selben Maße erhöht, wie alle anderen gesetzlichen Renten auch.

Wir wollen weitere **zügige Verbesserungen bei der Rente** durchsetzen. Unser Rentenkonzept sieht vor:

- **Solidarausgleich für Niedriglohn:** Zeiten niedriger Löhne wollen wir ausgleichen. Die von der Großen Koalition beschlossene sogenannte »Grundrente« greift hier zu kurz. Wir wollen die »Rente nach Mindestentgeltpunkten« auch für Zeiten nach 1992 einführen und verbessern. Vollzeiterwerbstätige mit dreizehn Euro Stundenlohn und mehr erhielten dann in der Regel eine Rente von mehr als 1.200 Euro. Eine Einzelhandelskauffrau mit einem Gehalt von 2.200 Euro brutto hätte dadurch monatlich etwa 203 Euro mehr Rente – ohne eine Einkommensprüfung! Davon würden vor allem Frauen und Ostdeutsche profitieren.
- **Ausbildungszeiten werden besser anerkannt** und führen zu höheren Renten.
- **Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege bewerten wir höher**, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.
- **Für jedes Kind werden drei Entgeltpunkte** – das sind zurzeit über 102 Euro sogenannter „Mütterrente“ – auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, egal, ob es in Frankfurt am Main oder in Frankfurt an der Oder geboren wurde. Diese Verbesserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern finanziert werden.
- **Für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit** von Bürgerinnen und Bürgern im anerkannten organisierten Rettungsdienst, im Brandschutz, im Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk (THW) werden durch den Staat angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt.
- **Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden.** Forderungen nach einem noch höheren Renteneintritt sind unrealistisch und unverantwortlich. Arbeiten bis zum Umfallen wollen wir verhindern. Jede*r muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Das ist finanzierbar. Wenn Menschen mindestens 40 Jahre Beiträge gezahlt haben, sollen sie bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.
- Wer krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu befürchten haben: Der **Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden**. Die beschlossene Anhebung der Zurechnungszeit (die Zeit, die »hinzugerechnet« wird, weil der oder die Versicherte wegen der Erwerbsminderung nicht einzahlen konnte) für Rentenzugänge ab 2019 muss auch für die Menschen gelten, die schon 2018 und früher eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben. Wir fordern, die unsozialen Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten zu streichen oder sie durch eine wirkungsgleiche Maßnahme zu kompensieren.
- Für **Langzeiterwerbslose** müssen endlich wieder **Beiträge** in die Rentenkasse eingezahlt werden.
- Wir wollen die **Benachteiligung der ostdeutschen Rentner*innen endlich beenden**. Wir fordern eine sofortige Angleichung an das Westniveau, ohne zukünftige Rentner*innen zu benachteiligen (vgl. Kapitel »Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland«).

Mit unserem Konzept der **solidarischen Erwerbstätigenversicherung** stellen wir die Weichen für eine gerechte, stabile und inklusive Alterssicherung der Zukunft, die für alle Erwerbstätigen da ist. Sie wird von folgenden Einzelmaßnahmen flankiert:

- Die **Beitragsbemessungsgrenze** (für die allgemeine und die knappschaftliche Rentenversicherung sowie für die alten und die neuen Bundesländer) wird zunächst vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten angehoben und schließlich ganz aufgehoben.

Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittes soll im höchsten verfassungsgemäß zulässigen Rahmen abgeflacht werden.

- Die private Riester-Rente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Die Beiträge und Zuschüsse wandern in die Kassen der Versicherungskonzerne statt in die Portemonnaies der Rentner*innen. Millionen Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen können sich private Rentenversicherungen nicht leisten. **Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente.** Wer eingezahlt hat, soll seine Ansprüche behalten und in die gesetzliche Rente überführen können. Die staatlichen Subventionen von knapp vier Milliarden Euro jährlich beenden wir und erhöhen damit die Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung. Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgeber*innen erleichtert werden, bis zu einer bestimmten Grenze freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.
- Die Beschäftigten dürfen **nicht den Risiken auf dem Kapitalmarkt** ausgesetzt werden. Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter »Zielrenten« aus der Haftung zu entlassen. Das gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.
- Wir wollen eine **betriebliche Altersversorgung**, die überwiegend von den **Arbeitgebern finanziert** wird (als betriebliche Sozialleistung). Dafür sollen verbindliche tarifvertragliche Regelungen die Grundlage sein.
- Wir fordern, die **Doppelverbeitragung** mit Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge und den Direktversicherungen sofort zu **beenden**. Klar ist: Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein. Aber sie sollen in der Ansparphase bezahlt werden und nicht in der Rentenphase. Mit der Entgeltumwandlung werden die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch geschwächt und die Rentenansprüche aller Versicherten – egal ob sie über den Betrieb vorsorgen oder nicht – sinken. Die Ungleichheit wird so verschärft. Darum wollen wir die **Entgeltumwandlung** für die Zukunft **abschaffen**.
- Die **Doppelbesteuerung der Renten** wollen wir **abschaffen**. Wir wollen das steuerfreie Existenzminimum auf 14.400 Euro im Jahr anheben – kleine bis mittlere Renten wären damit freigestellt. DIE LINKE fordert eine außerordentliche Rentenerhöhung und eine Neuberechnung des individuellen Rentenfreibetrages. Denn die Rente muss nach jahrzehntelanger Beitragszahlung auch netto den Lebensstandard wieder sichern.

Unser Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches Rentensystem kann vor Armut schützen, den Lebensstandard sichern und zugleich finanzierbar sein. Statt einen Teil der Alterssicherung vom Kapitalmarkt abhängig zu machen, wurde in Österreich das gesetzliche Rentensystem zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Das wollen wir auch in Deutschland erreichen.

Soziale Sicherheit für alle

Wir wollen einen starken, demokratischen Sozialstaat, der alle Menschen wirksam gegen die Lebensrisiken von Krankheit, Unfall, Alter, Pflegebedürftigkeit und Erwerbslosigkeit schützt. Corona hat die Lücken unserer sozialen Sicherungssysteme gezeigt: Für Hartz-IV-Bezieher*innen sind Mehrausgaben z.B. für Home-Schooling und Sicherheitsmasken nicht erschwinglich, schon die Regelbeträge sichern nicht gegen Armut. Freiberufler*innen bleiben ohne soziale Absicherung. Obdachlose in Sammelunterkünften sind hohen Infektionsrisiken ausgesetzt. Die soziale Ungleichheit hat zugenommen. Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat, der **soziale Garantien** gibt, das gesellschaftliche Leben durch **soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen** stärkt und für **gute und planbare Erwerbsarbeit** sorgt, die sicher ist und zum Leben passt. An einer Regierung, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.

Das sind die drei Säulen unseres Sozialstaats der Zukunft:

- I. **Soziale Garantien für alle, die vor Armut schützen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen:** Wir stärken den Sozialstaat durch soziale Garantien auf Basis solidarischer Umlagesysteme, die alle Menschen wirksam gegen die Risiken des Lebens schützen. Wir garantieren einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebensphasen und -situationen – auch in der Rente. Wir wollen einen garantierten Schutz vor Armut. Sanktionen und entwürdigende Antragsverfahren schaffen wir ab. Zusammengefasst wollen wir ein **garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro** in jeder Lebenssituation, in der es gebraucht wird.
- II. **Soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen, die Zugang für alle ermöglichen:** Soziale Dienstleistungen – z.B. im Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Sozialwesen – und Öffentliche Infrastrukturen – z.B. Bibliotheken, Theatern, Schwimmbädern, Straßen, Nahverkehr – sind deshalb zentral für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Als Teil des gesellschaftlichen Reichtums sind sie öffentliche Güter, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen und deshalb gemeinwohlorientiert verfasst sein sollen. Wir verstehen diese Dienstleistungen und Infrastrukturen als Sozialeigentum aller Bürger*innen.
- III. **Ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ für gute und planbare Erwerbsarbeit, die sicher ist und zum Leben passt:** Sinnhafte Erwerbsarbeit, kürzere Arbeitszeiten und Löhne, die für ein gutes, planbares und sicheres Leben reichen. So können wir auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zurückdrängen. Gute Arbeit sichert auch Steuereinnahmen und Versicherungsbeiträge für die Ausweitung des demokratischen Sozialstaates.

Soziale Garantien: Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit in Deutschland ist durch die Corona-Krise wieder gestiegen. Der Anstieg fiel in den neuen Bundesländern höher aus als in den alten. Für viele Erwerbslose bedeutet das den Absturz in Hartz IV. Wer jahrelang in die Erwerbslosenversicherung eingezahlt hat, ist trotzdem von Armut bedroht. Lang erworbene Versicherungsansprüche werden vernichtet. Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den zuvor erreichte Lebensstandard annähernd sichert. In die Versicherung zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber ein. Ziel unserer Verbesserungen der Erwerbslosenversicherung ist es, möglichst viele Menschen gut abzusichern. Dies schließt auch die Erwerbstätigen ein, die bislang von der gesetzlichen Erwerbslosenversicherung noch ausgeschlossen

sind (z.B. Solo-Selbstständige und Freiberufler*innen). Dazu erweitern wir das bereits bestehende Arbeitslosengeld I und führen ein neues Arbeitslosengeld Plus ein.

Das **Arbeitslosengeld (ALG I)** soll **länger gezahlt** und Ansprüche darauf **schneller erworben** werden:

- Die aktuell geltende **Regelanwartschaftszeit** von 12 Monaten wollen wir auf vier Monate absenken, die **Rahmenfrist** von aktuell zwei auf drei Jahre verlängern. Bereits nach vier Monaten Erwerbstätigkeit besteht ein Anspruch auf zwei Monate ALG I. Nach dieser Mindestbeschäftigungsdauer erwerben Beschäftigte für jeweils zwei Monate sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einen zusätzlichen Monat ALG I. Nach 24 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und einer Anspruchsdauer von 12 Monaten ALG ergibt sich pro Beschäftigungsjahr ein Anspruch auf einen zusätzlichen Monat ALG. Die Höhe des ALG I soll künftig 68 Prozent des bisherigen Nettoverdienstes betragen.
- Zeiten der **Qualifizierung und Weiterbildung** bis zu einer Dauer von 24 Monaten mindern nicht die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld. Alle Erwerbslosen haben einen Anspruch auf qualifizierte Förderung und Weiterbildung. Das gilt unabhängig davon, wie lange sie erwerbslos sind.
- Für **ältere Erwerbssuchende** wollen wir eine verlängerte Bezugsdauer des ALG I: Nach Vollendung des 50. Lebensjahres sollen es 18 Monate sein; nach Vollendung des 55. Lebensjahres sollen es 24 Monate sein und nach Vollendung des 60. Lebensjahres sollen es 36 Monate sein.
- **Sperrzeiten und Sanktionen** werden ausnahmslos **abgeschafft**. Erarbeitete Versicherungsansprüche dürfen nicht verworfen werden. Auch wenn Beschäftigte selbst kündigen oder konkrete Arbeitsangebote ablehnen, dürfen keine Sperrzeiten oder andere Sanktionen drohen.

Wir führen ein **neues Arbeitslosengeld Plus** (ALG Plus) ein. Es schützt Erwerbslose vor deutlichen Einkommensausfällen nach dem Bezug von Arbeitslosengeld I, weil es lohnbezogen ist. Das ALG Plus ist nicht einkommens- und vermögensgeprüft, da es beitragsfinanziert ist und es sich somit um Ansprüche aus der Erwerbslosenversicherung handelt.

- Die **Höhe** des ALG Plus entspricht 58 Prozent des Nettoentgelts plus Inflationsausgleich. Das ALG Plus verhindert künftig, dass Erwerbslose nach einem Jahr Arbeitslosengeld ins Bodenlose fallen und bei Hartz IV landen. Damit beenden wir das Hartz-IV-Regime mit seinem sanktionsbewehrten und würdelosen Druck auf Erwerbslose, jede Arbeit annehmen zu müssen – mit verheerenden Folgen für die Betroffenen. Bei der Höhe des ALG Plus differenzieren wir nicht nach Familienstand, da wir eine eigenständige Absicherung von Kindern fordern (siehe Kindergrundsicherung unten).
- Die **Bezugsdauer** des ALG Plus entspricht der Dauer des vorherigen Bezugs von Arbeitslosengeld. Arbeitslose, die mindestens 30 Jahre in der Arbeitslosenversicherung versichert waren, erhalten einen unbefristeten Anspruch auf ALG Plus. Bei einem Anspruch von weniger als 1.200 Euro (netto) wird mit der bedarfsgerechten und sanktionsfreien individuellen Mindestsicherung diese Leistungshöhe aufgestockt.
- **Arbeitsangebote** an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen. Es gilt der Grundsatz „Gute Arbeit“ und es darf keine Vermittlung in prekäre Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Leiharbeit) erfolgen.

- Wir wollen ein **Recht auf Erwerbsarbeit**. Das schließt auch das Recht ein, eine konkrete Arbeit abzulehnen. Niemand darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung eine bestimmte Erwerbsarbeit anzunehmen.
- Wir wollen neue Perspektiven für Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, auch aufgrund körperlicher oder psychischer Beeinträchtigungen. Dafür schaffen wir einen **öffentlicht geförderten Beschäftigungssektor** mit zusätzlichen existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen. Sie sollen Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte stärken. Sie müssen sich an den regionalen Gegebenheiten sowie den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Erwerbslosen ausrichten. Die Entlohnung darf den Mindestlohn und einen Bruttolohn von monatlich mindestens 1.560 Euro (Vollzeit) nicht unterschreiten. Die Angebote sind für die Erwerbslosen freiwillig.

Eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung

Wir wollen das Hartz-IV-System abschaffen und es ersetzen durch gute Arbeit (vgl. Kapitel Gute Arbeit), eine bessere Erwerbslosenversicherung (siehe oben) und eine bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen. Um sicher gegen Armut zu schützen, muss sie derzeit 1.200 Euro betragen. Sie gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen. Sonderbedarfe, z.B. für chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen, werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung bzw. des Bundesteilhabegesetzes gewährt. Die Höhe der sanktionsfreien Mindestsicherung muss jährlich entsprechend den Lebenshaltungskosten angehoben werden (Inflationsausgleich). Einmal in der Legislaturperiode wird die Höhe der Mindestsicherung überprüft, wobei sichergestellt sein muss, dass gesellschaftliche Teilhabe und Schutz vor Armut garantiert sind. Für Kinder wollen wir eine eigenständige Grundsicherung einführen (siehe unten). Alle Personen, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten, haben ein Recht auf existenzsichernde Sozialleistungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird abgeschafft. Asylbewerber*innen und hier lebende EU-Bürger*innen werden in die individuelle Mindestsicherung einbezogen.

Sofortmaßnahmen: Erhöhung der Regelsätze und Abschaffung der Sanktionen

Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die sofortige **Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus die Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe**. Zudem fordern wir für die Dauer der Corona-Pandemie einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro für alle Bezieher*innen von „Hartz IV“ und Grundsicherung. Diese Forderung teilen wir mit vielen Sozialverbänden und Gewerkschaften.

- Langlebige Gebrauchsgüter wie Kühlschrank und Waschmaschine (sogenannte Weiße Ware) sind nicht vom Regelbedarf abzudecken. Ihre Anschaffung muss im Bedarfsfall voll übernommen werden.
- Die Mittel für Mobilität müssen den realen Preisen entsprechen. Wir treten für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein. Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr für alle.

Alle bisherigen Bundesregierungen haben gezielt kleingerechnet, was der Mensch zum Leben braucht. Damit muss Schluss sein. Da sind wir uns mit vielen Sozial- und Fachverbänden einig.

- Die Kosten der Unterkunft und Heizung in einem Maße übernommen werden, dass dem tatsächlichen Angebot an Wohnungen vor Ort entspricht (und nicht nur die vom Jobcenter

als „angemessen“ erachteten). Aktuell werden die angemessenen Wohnkosten von den Kommunen oft viel zu niedrig angesetzt.

- Das bisherige Prinzip der sog. Bedarfsgemeinschaften ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen es durch individuelle Ansprüche (unter Beachtung der gesetzlichen Unterhaltsansprüche) ersetzen.
- Schulpflichtige Kinder im Leistungsbezug sollen als Sofortmaßnahme einen einmaligen Zuschuss für Computer, Drucker und weitere IT-Ausstattung bekommen. Der Zuschuss soll 500 Euro betragen und über das Bildungs- und Teilhabepaket gewährt werden, damit er alle Familien erreicht, die Hartz IV oder Grundsicherung beziehen. Den IT-Zuschlag überführen wir in unsere eigenständige Kindergrundsicherung, sobald sie aufgebaut ist (vgl. unten).

Sanktionsfreiheit! Alle Sanktionen, also Kürzungen des Existenzminimums, müssen ausgeschlossen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 5.November 2019 bereits eine notwendige rote Linie gegen die bisherige Sanktionspraxis gezogen. Das Grundrecht auf soziale Teilhabe muss auch für Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen umgesetzt werden.

- Die bisherigen Sanktionsregelungen im SGB II sowie die Leistungseinschränkungen im SGB XII müssen gestrichen werden. Das sozialkulturelle Existenzminimum ist ein Grundrecht und darf nicht durch Sanktionen unterschritten werden.
- Damit auch Menschen mit geringem Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird, fordern wir den **Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe**. Wir wollen die Kriterien für die Bewilligung, den Einsatz von Einkommen und Vermögen wie auch die Mutwilligkeitsklausel verändern. Zudem setzen wir uns für gebührenfreie und unabhängige Beratungsstellen ein. Damit niemand allein zum Amt muss und um den Austausch von Betroffenen zu erleichtern braucht es ein bundesweites Netz an selbstorganisierten Sozialberatungsstellen. Deren Betrieb muss durch Bundeszuschüsse finanziert werden.

Prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit, hohe Mieten und Krankheit treiben die Menschen in die Armut- und damit zwangsläufig auch in die Schuldenfalle. Die Reform des Verbraucher-Insolvenzverfahrens von 2020 ist nicht ausreichend. Wir sagen: Raus aus der Schulden- und Armutsfalle!

Menschen, die schon durchgehend seit mindestens 72 Monaten im »Schuldturm« (öffentliches Schuldnerverzeichnis) eingetragen sind, sollen eine verkürzte vollständige Restschuldbefreiung von 12 Monaten erhalten.

Wir wollen Schulden verhindern, bevor sie entstehen. Dafür wollen wir Schuldnerberatungsstellen stärken und eine mobile Schuldnerberatung in ländlichen Gebieten einführen. Wir wollen kostenfreie juristische Hilfe für jeden betroffenen Verbraucher ohne Bedingungen.

Alle in der Partei DIE LINKE sind dem grundlegenden Ziel verpflichtet, alle Menschen sicher vor Armut zu schützen und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Diese Garantie macht für viele die Idee eines Grundeinkommens attraktiv. Für uns ist sie der Grund, uns für ein sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1.200 Euro einzusetzen, für alle, die es brauchen: ob in Rente, Bafög, Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit – niemand soll weniger haben. Wir führen die gesellschaftlichen Diskussionen um ein bedingungsloses Grundeinkommen kontrovers und entscheiden im kommenden Jahr mit einem Mitgliederentscheid, ob wir unsere Haltung dazu ändern.

Kinderarmut überwinden: Kindergrundsicherung

Kinderarmut ist immer Einkommensarmut der Eltern. Eine gute soziale Infrastruktur, gute Löhne und soziale Garantien sind wichtige Bestandteile im Kampf gegen Kinderarmut. Dazu kommen eine starke Kinder- und Jugendhilfe und eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Wir beseitigen Kinder- und Jugendarmut mit zwei Ansätzen:

- mit **finanzieller Unterstützung** der materiellen und monetären Armut
- mit **infrastrukturellen Angeboten** (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc.) werden Türen geöffnet und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben hergestellt – niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei.

Gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Akteuren fordern wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Sie muss leicht verständlich, transparent, gerecht und sein:

- **Jedes Kind ist gleich viel wert.** Wir erhöhen das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich. Es wird einkommensunabhängig an alle Familien gezahlt.
- **Kinderarmut überwinden.** Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich zum Kindergeld einen altersgestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro. Der Zuschlag richtet sich an Kinder, deren Eltern auf Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen sind bzw. durch niedriges Erwerbseinkommen lediglich ihren eigenen Unterhalt sicherstellen können. Der Zuschlag ist altersgestaffelt, denn Grundschulkinder brauchen mehr als Kindergartenkinder und Jugendliche mehr als Grundschulkinder.
- **Tatsächliche Unterkunftskosten berücksichtigen.** Für Kinder mit Anspruch auf den Zuschlag werden ggf. höhere Wohn- und Heizkosten übernommen.
- **Einmalige und besondere Bedarfe anerkennen.** Zudem werden einmalige und besondere Bedarfe (z.B. für Klassenfahrten, IT-Ausstattung, Umzugskosten) für Kinder anerkannt, die den Zuschlag bekommen.

Die Kindergrundsicherung gilt für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und für junge Volljährige bis zur Vollendung ihrer ersten Schulausbildung (inkl. Abitur). Mit unserer Kindergrundsicherung ersetzen wir die bestehenden bürokratischen, restriktiven und intransparenten sozialen Sicherungssysteme für Kinder einkommensärmer Familien. Der Unterhaltsvorschuss bleibt bestehen. Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung des Kindes. Sie wird weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur persönlichen Entwicklung wollen wir ausbauen – barrierefrei, lebensnah und möglichst gebührenfrei. Die Kommunen sind entsprechend finanziell zu unterstützen, um Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Kultur- und Bildungseinrichtungen vorzuhalten sowie den ÖPNV stärker auf die Bedürfnisse der jungen Menschen auszurichten.

Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen

Niedrige Löhne und Erwerbslosigkeit haben Familien-, Kinder- und Jugendarmut zur Folge. Besonders dramatisch ist die Situation für alleinerziehende Mütter und Väter, die sich im Hartz-IV-Bezug befinden. LINKE Familienpolitik zielt darauf, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen unabhängig der Herkunft, sexuelle Orientierung und geschlechtlichen Identität (vgl. Kap. Reproduktive Gerechtigkeit). Dafür wollen wir

soziale und öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen ausbauen, gute soziale Sicherungen einführen und Familie und Beruf besser vereinbar werden.

- **Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung** für Kinder aller Altersgruppen: Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Gleichzeitig brauchen Beschäftigte gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und bessere Betreuungsschlüssel. Die öffentlichen Betreuungsangebote insbesondere für Kinder ab dem ersten Lebensjahr müssen ausgebaut werden, damit ihr Rechtsanspruch auf pädagogische Förderung eingelöst werden kann (vgl. Kapitel Bildung).
- **Mindestelterngeld, längere Laufzeit:** Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, wollen wir den Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) verlängern. Der Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf den anderen Elternteil übertragbar. Er gilt bis zum siebten Lebensjahr des Kindes. Außerdem wollen wir den Mindestbetrag des Elterngelds auf 400 Euro und beim ElterngeldPlus entsprechend auf 200 Euro anheben.
- **Keine Anrechnung des Elterngeldes auf Transferleistungen** Seit 2011 wird Elterngeld z.B. auf Hartz IV angerechnet. Insbesondere Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen, die auf eine staatliche Unterstützung angewiesen sind, sind seitdem von der Leistung ausgeschlossen.
- **Arbeitszeitmodelle**, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten **Zeitautonomie** und eine Erwerbsarbeit, die zum Leben passt und sich an die Anforderungen der unterschiedlichen Lebensphasen anpassen kann (vgl. Kap. Arbeit, familienfreundliche Arbeitszeiten)
- **Eltern brauchen besonderen Kündigungsschutz** bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes.
- **Mehr Kinderkrankentage:** Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Kinderkrankentage befristet bis Ende 2021 für gesetzlich versicherte Elternteile um zehn weitere Tage je Kind und für Alleinerziehende um zusätzlich zwanzig Tage je Kind verlängert. Wir wollen eine dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage. Dies muss auch für Beschäftigte in Mini- und Midijobs, Solo-Selbstständige und Freiberufler*innen gelten!
- **Familienfreundliche Steuermodelle** statt Ehegattensplitting. Das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.
- **Im Sorge- und Umgangsrecht muss das Kindeswohl in den Mittelpunkt stehen** und soll **weiterhin** im Einzelfall geprüft werden.
- **Mehr Personal in Jugendämtern:** Eltern benötigen fachkundige Beratung und Begleitung. Dies ist Aufgabe der Jugendämter, die sie wegen Personalmangel und Unterausstattung oft nicht leisten können. Wir fordern eine bedarfsgerechte personelle und sachliche Ausstattung von Jugendämtern. Dies gilt insbesondere für psychologisches Personal sowie Mediator*innen.

Alleinerziehende und Ein-Eltern-Familien stärken

Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden und ihren Kindern liegt bei über 40 Prozent, alleinerziehende Mütter sind am stärksten betroffen. Beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, Teilhabe am öffentlichen Leben und Chancengerechtigkeit für Kinder in der Bildung werden Alleinerziehende vielfältig diskriminiert.

- Wir wollen den Bezug des Unterhaltsvorschusses bis zum Abschluss der Schulbildung oder Ausbildung und mindestens bis zum 18. Lebensjahr des Kindes ohne Einschränkungen ausweiten. Das Kindergeld soll nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden statt wie jetzt zu 100 Prozent. Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden.
- Getrenntlebende Eltern, die sich den Umgang mit dem Kind teilen und Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) beziehen, müssen sich nach aktueller Rechtsprechung den Regelsatz für das Kind teilen. Die bestehende Armut wird dadurch noch verschärft und die Beziehung zwischen den Eltern stark belastet. Denn bestimmte Fixkosten bleiben im Haushalt bestehen, auch wenn das Kind mehrere Tage beim anderen Elternteil ist. Wir wollen deshalb beiden Elternteilen einen pauschalen Umgangsmehrbedarf in Höhe von einem Viertel des Regelsatzes für das Kind zusprechen. Außerdem wollen wir, dass bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft und Heizung das Kind als Mitglied beider Haushalte zu betrachten ist und die entsprechenden Angemessenheitsgrenzen anzuwenden sind.

Selbstbestimmt im Alter

Wie die Menschen im Alter leben wollen, in wohlverdienter Ruhe, aktiv und politisch engagiert oder einbezogen in Familie oder andere solidarische Beziehungen, muss ihre freie Entscheidung sein. Dabei müssen ältere Menschen in allen sie betreffenden Lebensbereichen einbezogen werden – als Expert*innen ihres Lebens. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der die Jungen und Alten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Gesellschaft, in der Menschen in Würde altern können (vgl. Kapitel Rente).

- **Altersgerechte, gemeinnützige** (z.B. genossenschaftliche), **inklusive** und **vielfältige Wohn- und Betreuungsformen schaffen.** Sie sollen das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen, Nationalitäten, Religionen, Geschlechter, sexueller Orientierungen und Befähigungen ermöglichen. Ältere Menschen sollen so lange wie gewünscht in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben können.
- Wirksame Hilfen und **Konzepte gegen soziale Isolation und Einsamkeit im Alter**
- **Gute und menschenwürdige gesundheitliche Versorgung** mit Aufklärung und gesundheitlicher Selbstbestimmung der Menschen. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss professionell, wohnort- und patientennah sein und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.
- **Mitbestimmungsrechte für Senior*innen** auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene wollen wir **stärken**.
- Gute Infrastruktur: Auch in ländlichen Regionen und in Pflegeheimen müssen Menschen **Zugang zu öffentlichem Nahverkehr, Rufbussen und schnellem Internet** ermöglicht. **Digitale Teilhabe** ist eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Wohngebiete müssen für ältere Menschen barrierefrei sein.

Pflegenotstand stoppen! Systemwechsel in Gesundheit und Pflege.

Die Corona-Krise hat allen vor Augen geführt, dass das Gesundheitssystem falsch organisiert ist: Die eilig eingerichteten Notfallkrankenhäuser konnten vielerorts nicht betrieben werden, weil es nicht genügend Personal gab. Weil ausreichend Schutzkleidung fehlte, infizierten sich viele Pfleger*innen und medizinisches Personal und verschärften den Pflegenotstand.

Die Bundesregierung hätte es nach dem Frühjahr besser wissen können. Doch sie hat das Personal in Krankenhaus und Pflege nicht aufgestockt, sie hat den Pharmakonzernen keine klaren Vorgaben für die Produktion des Impfstoffes gemacht.

Schon vor Corona war Normalzustand in deutschen Krankenhäusern: Kaum Zeit für Zuwendung, mangelnde Hygiene, mehr Unfälle und vermeidbare Todesfälle. Die Bundesregierung hat keine Strategie vorgelegt, wie der Pflegenotstand in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gestoppt werden kann. Die Politik der Bundesregierungen, dass private Konzerne und Investoren mit unseren Versicherungsbeiträgen, Zuzahlungen, Eigenanteilen und Ausbeutung der Beschäftigten im Gesundheitswesen das große Geld machen können, gefährdet unsere Gesundheit! Damit muss Schluss sein! Wir alle sind potenzielle Patient*innen. Wir erwarten, dass wir in Pflegeheimen, Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, die seit Jahren für diese Ziele kämpfen. **Der Pflegenotstand muss endlich gestoppt werden!**

- **100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100 000 Pflegekräfte mehr in den Pflegeheimen und 500 Euro mehr Grundgehalt!** Die vielen Ausgebildeten sollen mit attraktiven Arbeitsbedingungen zurückgewonnen werden.
- **Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen!**
- In den Krankenhäusern wollen wir Personalabbau und Outsourcing stoppen und rückgängig machen. **Wir unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten für die Rücknahme von Ausgliederungen und Privatisierungen** (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!
- Die momentane Finanzierung der Krankenhäuser über das System der sogenannten Fallpauschalen (DRGs) schafft falsche Anreize: Diagnosen, die sich lohnen, werden öfter gestellt. Krankenhäuser werden unter Wettbewerbsdruck gesetzt. Der individuelle gesundheitliche Bedarf steht nicht mehr Mittelpunkt. **Wir fordern die Abschaffung der Fallpauschalen!** Die Betriebskosten müssen von den Krankenkassen vollständig refinanziert werden.
- Wir wollen Krankenhäuser in kommunale und gemeinwohlorientierte Hand überführen. Gewinne aus dem Betrieb von Krankenhäusern dürfen nicht in die Taschen von Eigentümern und Aktionären fließen. **Deshalb brauchen wir ein Gewinnverbot.** Wenn keine Gewinnerzielung mit Krankenhäusern mehr möglich ist, verlieren private Konzerne den Anreiz, Krankenhäuser zu betreiben. **Wir fordern einen Fonds des Bundes zur Rekommunalisierung**, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen. Die Planungsrechte der Bundesländer müssen gegenüber den Krankenhaussträgern gestärkt werden. Wir erleichtern und fördern, dass kommunale Krankenhausverbünde geschaffen werden.
- **In den Pflegeeinrichtungen wollen wir gute Arbeitsbedingungen durchsetzen.** Dazu soll der Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Medizinische

Behandlungspflege, auch in stationären Pflegeeinrichtungen, muss von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden. Grundlage dafür muss ein allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten sein. DIE LINKE fordert ein Fachkraftniveau von mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, das bundesweit verbindlich umgesetzt und dessen Einhaltung wirksam kontrolliert wird.

- Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Aktuell ist der überwiegende Teil der Pflegeheimplätze und der ambulanten Pflegedienste privatwirtschaftlich organisiert. Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Gewinn, der sogenannter „Risikozuschlag“, für den der Staat im Zweifel bezahlt, muss ersatzlos gestrichen werden. Keine transnationalen Pflegekonzerne: Wir brauchen eine Zulassungssteuerung, die einen Steuernachweis im Inland enthält. Pflegeeinrichtungen müssen gemeinwohlorientiert arbeiten.
- Gute Pflege wird vor Ort erbracht: Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Pflegeeinrichtungen in öffentliche Verantwortungen und demokratische Kontrolle zu bringen. Die Infrastruktur der Pflege muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Bund und Länder müssen ihrer Investitionspflicht nachkommen. Für eine umfassende Planung der Pflegelandschaft wollen wir eine Pflegebedarfsplanung analog zur Krankenhausbedarfsplanung einführen.
- Ambulante Pflegedienste und Solo-Selbständige Pflegende wollen wir durch Organisation in gemeinnützigen Plattformen und Durchsetzung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen absichern.
- DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Qualifizierung und für eine bessere Bezahlung der Gesundheits- und Heilberufe ein. Aus- und Fortbildungen in Gesundheitsberufen müssen gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung vergütet werden. Bei Weiterbildungen sollen die Beschäftigten nach ihrem Grundberuf bezahlt werden.

Eine neue solidarische Gesundheitsversicherung!

Das Allgemeinwohl muss bei Gesundheit und Pflege im Vordergrund stehen – nicht die Profitmöglichkeiten einzelner Konzerne. Der tatsächliche Bedarf muss für die Planung unserer Gesundheits- und Pflegelandschaft ausschlaggebend sein, nicht die Frage, ob Investoren sich Rendite versprechen. Die Finanzierung muss auf neue Füße gestellt werden. Wir brauchen eine **Solidarische Gesundheitsvollversicherung**. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Zuzahlungen und Eigenanteile fallen in Zukunft weg.

- Mit der Abschaffung der Beitragssbmessungsgrenze **sinkt der Beitrag für die Krankenversicherung von ca. 15 Prozent auf weniger als 12 Prozent des Bruttolohns**. Bis zur Einführung einer Solidarischen Gesundheitsversicherung müssen sich die Beiträge für Selbstständige und andere freiwillig in der GKV Versicherte stärker am realen Einkommen orientieren.
- **Für Menschen mit einem Monatseinkommen unter 6.300 Euro sinken die Beiträge in absoluten Zahlen**. Der allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch viele Selbstständige und Rentnerinnen und Rentner. Arbeitgeber und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also dann weniger als sechs Prozent.
- **Schluss mit der 2-Klassen-Medizin: Wir wollen die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen**. In die Solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle mit ihren gesamten Einkünften (Erwerbs-, Kapital- und andere Einkommen) ein

und bekommen alle medizinisch notwendigen Leistungen, auch vollumfänglich Medikamente, Brillen oder Physiotherapie. Medizinisch unnötige Behandlungen zu finanziellen Zwecken an privat Versicherten gehören der Vergangenheit an.

- Einige Hunderttausend Menschen haben immer noch keinen Krankenversicherungsschutz – fast vierzehn Jahre nach Einführung der Krankenversicherungspflicht! Daher fordern wir, dass alle in Deutschland lebenden Menschen notwendige gesundheitliche Leistungen uneingeschränkt erhalten. Menschen ohne Krankenversicherung müssen ohne Verschuldung aufgenommen werden können. Die Beiträge für Selbstständige und andere freiwillig in der GKV Versicherte müssen sich deutlich stärker am realen Einkommen orientieren.

Eine solidarische Pflege-Vollversicherung.

Die Pflegeversicherung deckt die Kosten der Pflege nicht, sie ist eine Teilleistungsversicherung. Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten in die Sozialhilfe. Wir wollen die Pflegeversicherung grundlegend umbauen: Mit einer verlässlichen, gerechten und zukunftsfesten Finanzierung können wir gute Arbeitsbedingungen und gute Pflege nach einheitlichen Standards sicherstellen. Zeit für aktivierende Pflege und zum Zuhören, für Zuwendung und Förderung muss enthalten sein. Die Kommunen werden entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden. Zu den Pflegeleistungen gehört Assistenz für Menschen mit Behinderung. Assistenz-Leistungen sollen möglichst lang die Teilhabe am öffentlichen Leben sichern.

- Unsere Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden.
- Pflegeleistungen sollen in hoher Qualität von gut bezahlten Fachkräften erbracht werden. Familiäre Pflege und nachbarschaftliches Engagement können ergänzend und nicht aus der Not heraus geleistet werden. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, erhält dieselben Leistungen wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf.
- Die private Pflegeversicherung muss in die gesetzliche überführt werden. Die finanziellen Lasten müssen gerecht auf allen Schultern verteilt werden: auch Beamte*innen, Abgeordnete und Selbstständige müssen entsprechend ihrem Einkommen in die Solidarische Pflegevollversicherung einzahlen – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre schont.
- Um Überausbeutung zurückzudrängen, müssen Beschäftigte in Privathaushalten ohne Arbeits- und Aufenthaltsrechte die Möglichkeit einer Legalisierung erhalten. Bevorzugt soll Pflegearbeit in Privathaushalten über zertifizierte Agenturen, Pflegeplattformen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden. Diese müssen Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren (vgl. Kapitel Arbeit).

Pflegende Angehörige entlasten!

Die Lücken unseres Pflegesystems werden durch unbezahlte Arbeit von Angehörigen ausgeglichen. Meist sind es die Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Im Alltag kämpfen viele pflegende Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Viele schränken

ihre Berufstätigkeit ein oder geben sie auf. Das verringert die eigenen Rentenansprüche und führt die Pflegenden in die Altersarmut. Das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigte Entlastungsbudget wurde nicht eingeführt.

- Die größte Entlastung für sowohl Menschen mit Pflegebedarf als auch ihre pflegenden Angehörigen ist wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer Solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege. Diese Angebote müssen ausgebaut werden und zusammengeführt werden. Menschen mit Pflegebedarf sollen selbst entscheiden können, welche Pflegearten (Entlastung, Verhinderung, Tages- oder Kurzzeitpflege) sie in ihrer Lebensführung am besten unterstützen kann.
- Für mehr Transparenz, Vernetzung und Selbstbestimmung brauchen wir Pflegeplattformen, die Pflegekräfte sozialversichert und tariflich abgesichert beschäftigen.
- Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegenden Angehörige, die noch im Beruf stehen. Wir wollen **sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich** beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Die Schwellenwerte im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz wollen wir abschaffen. Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (vgl. in Kapitel III »Familien dort unterstützen ...«).

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken!

Jahrelang ist an der personellen und sachlichen Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) gespart worden. Im Laufe der Corona-Pandemie zeigte sich, wie unverantwortlich das war: die Kapazitätsgrenzen waren schnell erreicht. DIE LINKE will eine finanzielle Stärkung des ÖGD und eine bessere Koordinierung. Im Mittelpunkt der Arbeit des ÖGD muss die soziale Komponente von Gesundheit stehen.

- Der Bund muss dafür sorgen, dass Vorhaltekosten für Material und Behandlungskapazitäten komplett gedeckt werden.
- Wir wollen, dass der ÖGD auch bei der Prophylaxe von Infektionen durch Reihenimpfungen in Kitas, Schulen und Betrieben die tragende Rolle übernimmt.
- Frauenhygieneprodukte sollen von den öffentlichen Gesundheitsstellen kostenlos zur Verfügung gestellt werden (vgl. Kap. Feminismus)

Soziale Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung bekämpfen!

Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung jedes Einzelnen. Es ist bekannt, dass die soziale Lage einen entscheidenden Einfluss auf die Gesundheit hat: Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher. Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland besonders schnell auseinander mit der Folge, dass Ungleichheit der Gesundheitschancen weiter ansteigt. Gesundheit wird maßgeblich durch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen bestimmt. Diese Entwicklung wurde durch die Corona-Pandemie und den Umgang der Bundesregierung verschärft.

- Wir fordern die Einführung des anonymen Krankenscheins, der illegalisierten Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht.
- Das Gesundheitswesen wollen wir konsequent von Barrieren befreien. Das bedeutet nicht nur, Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen, Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen

zu beseitigen, sondern auch, Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von älteren Patient*innen und Menschen mit Behinderungen anzupassen. Leichte Sprache, lesbare und verständliche Patienteninformationen sowie entsprechende Beratungsleistungen müssen selbstverständlich werden.

- Die Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderungen in der Pflege müssen garantiert werden.
- Patientenvertreter*innen sollen in Zukunft mit Stimmrechten in Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung vertreten sein. Die Stimme der Pflege und deren personelle Vertretung in den Gremien der Selbstverwaltung ist zu stärken!
- Damit Selbsthilfe ihre Unabhängigkeit sichern und den großen Verbänden und Unternehmen im Gesundheitswesen auf Augenhöhe begegnen kann, muss sie angemessen finanziert werden. Die Förderverfahren sind transparent und unbürokratisch auszustalten.
- Psychisch kranke Menschen wollen wir vor dem Gesetz und in den Sozialversicherungen gleichstellen und ihnen Zugang zu unserem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ermöglichen.
- Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung von Sondergesetzen. Die räumlichen Bedingungen und die personelle Ausstattung müssen eine Behandlung ohne Zwang und Gewalt ermöglichen.

Ambulanter Bereich: Gute Versorgung vor Ort, in Stadt und Land

Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören Wohnortnähe, angemessen kurze Wartezeiten auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung. Deutschland hat eine hohe durchschnittliche Arztdichte, trotzdem müssen nicht nur in ländlichen Regionen teils lange Wege und lange Wartezeiten in Kauf genommen werden.

DIE LINKE tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. **Dafür wollen wir die Arztsitze gleichmäßiger verteilen und eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung einführen.** Kriterien müssen sein: Barrierefreiheit, kurze Wartezeiten, Altersgerechtigkeit und ÖPNV-Erreichbarkeit.

Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat des ambulanten Sektors werden.

Sie gewährleisten eine hochwertige, interdisziplinäre Behandlung und bieten flexible und familiengerechte Arbeitsbedingungen. Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu betreiben und so die Versorgung zu sichern, gerade im ländlichen Raum. Neben Ärzt*innen, medizinischem Personal und Gesundheitsberufen sollten auch andere Berufsgruppen, wie z.B. Sozialarbeiter*innen und Anwält*innen, einbezogen werden. Modellprojekte wie Gesundheitskollektive sollen unterstützt werden. Auch Psychotherapeut*innen, Physio- und Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Podolog*innen, Hebammen und Apotheken müssen überall erreichbar sein.

- Wir wollen die Möglichkeit prüfen, Kaufpreise für Arztpraxen/Arztsitze zu begrenzen.
- Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um Hebammen unabhängig von privaten Versicherungen zu machen. Hebammen können erste Ansprechpartnerinnen für Schwangere und die Schwangerenvorsorge sein – wie in den Niederlanden. Dieses Verständnis eines neuen Berufsbildes sollte sich auch in der Vergütung niederschlagen.
- Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf. Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Die fragwürdige Kostenerstattungspraxis der Kassen wollen wir so überflüssig machen.

- Durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren versuchen sich Konzerne Profitmöglichkeiten im ambulanten Bereich zu schaffen. Diese Entwicklung wollen wir rückgängig machen.

Die Macht der Pharmaindustrie brechen! Gesundheitsforschung demokratisieren!

Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 41 Milliarden Euro für Arzneimittel aus – die Tendenz steigt schnell. Für Krebs-, Rheuma- und Multiple-Sklerose-Mittel werden im ersten Jahr nach der Zulassung Fantasiepreise gezahlt.

- Arzneimittelpreise müssen effektiv und per Gesetz begrenzt werden.

Patient*innen werden durch hohe Zuzahlungen belastet. Die meisten nicht verschreibungspflichtigen Medikamente müssen sie komplett aus eigener Tasche bezahlen, selbst wenn diese ärztlich verordnet wurden.

- Wir wollen, dass alle Patient*innen mit sicheren und wirksamen Arzneimitteln nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt werden – unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Erkrankung.
- Alle Medikamente mit nachgewiesenem Nutzen müssen vollständig erstattet werden. Dafür muss eine Positivliste eingeführt werden.

Arzneimittelforschung bestimmt nicht nur, ob Medikamente entwickelt werden, die wirklich gebraucht werden, sondern auch, wer die Eigentumsrechte besitzt, welche Preise aufgerufen werden, ob die Forschungsergebnisse transparent gemacht werden und nicht zuletzt, ob Menschen im globalen Süden Zugang zu Innovationen erhalten können. **Für DIE LINKE ist Arzneimittelforschung eine öffentliche Aufgabe.**

- Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Das betrifft Werbung und Beeinflussung der Ärzteschaft, Wissenschaft und Patientenorganisationen. Wir fordern eine transparente, gesetzliche Regelung über Zuwendungen der Pharmaindustrie an Mediziner*innen und Heilberufe.
- Wir wollen Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen. Ergebnisse von Arzneimittelstudien müssen veröffentlicht werden. Negative Studienergebnisse dürfen nicht unterdrückt werden.
- Die Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten darf nicht den Profitinteressen von Aktionären unterworfen sein. Die Pharmaindustrie muss dem Gemeinwohl verpflichtet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.
- Patente können tödlich sein. Dass unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft eine international ungleiche Verteilung des Covid-19-Impfstoff durchgesetzt wurde, ist ein Skandal. Mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschung soll im Rahmen des »equitable licensing« zu sozialen Konditionen an ärmere Länder und Generikaproduzenten abgegeben werden. Produktentwicklungspartnerschaften sind nachhaltig und in voller Breite des Krankheitsspektrums zu unterstützen. Die Kompetenzen der WHO in diesem Bereich wollen wir ausweiten.
- Rabattverträge und andere Selektiv-Verträge wollen wir abschaffen.
- Forschungsprogramme sollen zukünftig in einem transparenten und partizipativen Prozess entwickelt werden, der neben Expertenwissen die Allgemeinheit einbindet. Nur so kann Versorgung verbessert sowie eine patient*innenorientierte und interdisziplinäre Forschung gestärkt werden.

Wir wollen gezielt Gelder bereitstellen, um die Gesundheitswissenschaften (»Public Health«) und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

Keine Profite mit der Miete: Zuhause für alle!

Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen, hohe Mieten senken und gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen

Eine Wohnung zu haben, in der man gut leben kann, sollte selbstverständlich sein. Doch Bodenpreise und Mieten sind in vielen Städten explodiert, inzwischen steigen sie selbst in kleineren Orten stark an. Das gilt für Wohnungen wie Kleingewerbe. Corona hat diese Situation verschärft. Der Lockdown hat gezeigt, dass viele Wohnungen zu eng und die Mieten oft zu hoch sind, erst recht bei Erwerbslosigkeit und Kurzarbeitergeld. In eine passende Wohnung umzuziehen ist für viele Menschen ausgeschlossen: Die Preise haben sich innerhalb eines Jahrzehnts vielerorts verdoppelt. Über 11 Millionen Menschen sind durch Wohnkosten überlastet. Sie müssen immer mehr Geld für die Miete ausgeben, das dann woanders, bei der Bildung, den Kindern, der Freizeit oder nötigen Anschaffungen, fehlt. 50 000 Menschen sind hierzulande bereits obdachlos und leben auf der Straße, mindestens 650 000 Menschen sind wohnungslos. Auch Orte des alltäglichen Zusammenhalts wie Kitas, Kulturräume und Kneipen werden vielerorts verdrängt, weil Eigentümer und Investoren versuchen, mehr Geld aus ihren Immobilien zu pressen. Öffentlicher Raum wird kommerzialisiert und privatisiert. Gutverdiener und große Ketten machen immer mehr Menschen zu Statisten in einem Umfeld, das auf Konsum, Tourismus und möglichst viel Umsatz ausgerichtet wird.

Grund für Wohnungskrise, Verdrängung und Mietenwahnsinn sind nicht einfach, dass es zu „wenige Wohnungen“ und die Lösung ist nicht einfach „bauen, bauen, bauen“ – die Bevölkerung ist nicht sprungartig gewachsen. Fast 2 Millionen Wohnungen stehen leer. Grund dafür ist: Das Finanzkapital sucht aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums und den Blasen auf den Finanzmärkten nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Da kommt das „Betongold“ gerade recht. Wo kein Profit winkt, wird hingegen gar nicht investiert – an vielen Orten auf dem Land verfällt Wohn- und Gewerberaum. Die letzten Bundesregierungen haben gegen diese Entwicklung nichts getan. Mehr noch: Sie haben den sozialen Wohnungsbau systematisch heruntergefahren, öffentlichen Wohnraum privatisiert sowie Städte und Gemeinden zur Spekulation frei gegeben.

Viele Menschen wissen: Der Markt „wird's schon richten“ meint nur, es wird nach den Interessen der Konzerne gerichtet. Wem gehört die Stadt? Wohnen muss ein Grundrecht sein, kein Mittel von Profitmaximierung und Bereicherung! Verdrängung und Kommerzialisierung stoppen!

Die Rechte von Mieter*innen sind immer noch viel zu schwach. Die „Mietpreisbremse“ der Bundesregierung wirkt nicht. Bauminister Seehofer gibt dreimal so viel Geld aus, um mit dem „Baukindergeld“ Gutverdienende beim Kauf von Eigentum zu unterstützen, wie für den sozialen Wohnungsbau. Wie es gehen kann, zeigt dagegen Berlin, wo die LINKE mitregiert: Mieten mit harten Obergrenzen deckeln, Wohnungen zurück in öffentliches Eigentum bringen, sozialen Wohnungsbau fördern und die Immobilienwirtschaft gemeinnützig machen! In Berlin sinken die Mieten erstmals seit Jahren wieder. Doch die Lobby der Immobilienwirtschaft versucht effektiven Mieterschutz in Ländern und Kommunen zu unterlaufen. Es braucht einen Politikwechsel im Bund, damit Menschen mit geringerem Einkommen nicht mehr an den Rand gedrängt werden, damit Städte und Gemeinden nicht weiter veröden und als Profitcenter der Immobilienwirtschaft missbraucht werden. Unsere Städte und Gemeinden sollen Zuhause und Lebensraum für Menschen sein, kein Erpressungswerkzeug in den Händen von Maklern und Immobilienlobby.

DIE LINKE kämpft in breiten Bündnissen für eine Neuausrichtung der Mieten- und Stadtentwicklungspolitik. Wir stehen an der Seite der Mieter*innen sowie der vielen Initiativen, die sich gegen Verdrängung und für ein Recht auf Wohnen einsetzen. Wir stehen für lebenswerte Städte

und Dörfer für alle. Unser Ziel ist klar: Mietenexplosion und Verdrängung stoppen, die Mieten wieder senken und langfristig eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen – für ein gutes Zuhause für alle.

Mieten deckeln bundesweit!

- Wir wollen im gesamten Bundesgebiet Mietendeckel nach Berliner Vorbild. Unser Ziel: die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. Mieten dürfen nur noch soweit erhöht werden, wie die Preise allgemein steigen, höchstens um 2 Prozent im Jahr. Besonders hohe Mieten müssen abgesenkt werden.
- Die Mietpreisbremse der Regierung funktioniert nicht. DIE LINKE will einen echten Mietendeckel durchsetzen. Bis dahin müssen als Sofortmaßnahmen Ausnahmen und Aufschläge abgeschafft werden. Die Miete müssen eingefroren werden, ein echter Mietenstopp für bestehende Mietverträge.
- Einen neuen Mietspiegel! Alle Mieten müssen in die Berechnung einfließen, nicht nur die der letzten sechs Jahre. Für Städte muss ein Mietspiegel verpflichtend werden.
- Auch für Kleingewerbe wollen wir die Voraussetzungen vereinfachen: Länder und Kommunen sollen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.

Sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken

Derzeit fehlen mehr als fünf Millionen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl von Sozialwohnungen fast halbiert. Denn geförderte Sozialwohnungen dürfen teilweise schon nach 15 Jahren wieder teuer vermietet werden.

- Mit 10 Milliarden Euro im Jahr wollen wir dagegen halten - indem wir den Sozialen Wohnungsbau retten, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ankurbeln und einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor aufbauen.
- Mit der Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit binden wir die Förderung und steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen, eine Pflicht zur Reinvestition von Gewinnen sowie demokratische Mitbestimmungsrechte für Mieterinnen und Mieter. So können bis zu 250 000 Sozialwohnungen und 150 000 kommunale und genossenschaftliche Wohnungen pro Jahr entstehen. Für sie gilt: Einmal gefördert, immer gebunden. Genossenschaften wollen wir so stärker fördern und demokratisieren.
- Wir wollen überall einen prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen um eine Mischung der Viertel sicher zu stellen und den Trend zur Bildung von Parallelgesellschaften der Reichen in Innenstädten und Villenvierteln zu stoppen. 50 Prozent des Wohnungsmarktes in öffentlicher und gemeinnütziger Hand. Das Modell Wien zeigt: Günstiger Wohnraum für die Mehrheit der Menschen in gutem Zustand und mit hoher Wohnqualität ist möglich. Perspektivisch wollen wir den Wohnungsbestand komplett dem Markt entziehen.
- Der Kündigungsschutz für Gewerbemietverträge muss insgesamt verbessert werden. Es braucht öffentliche Gewerberaumanbieter zur Sicherung gemeinnütziger Mieter*innen.

Wohnraum ist keine Ware. Rechte von Mieter*innen stärken!

- Wir wollen ein weitgehendes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen. Der Wunsch nach Wohneigentum darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die schon in den Wohnungen wohnen.

- Mietwohnungen in Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten dürfen nicht als Ferienwohnung angeboten werden. Für nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir eine FairBnB Alternative zu Anbietern wie AirBnB schaffen, die nur auf Profite zielen und an den Börsen notiert sind.
- Das Recht auf Kündigung aus Eigenbedarf darf nur noch für die engste Familie gelten. Vorgetäuschter Eigenbedarf wird bestraft. Menschen über 70 Jahren soll gar nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden dürfen.
- Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern: Wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind, darf nicht gekündigt werden.
- Der Milieuschutz muss ausgeweitet werden.
- Gegen Mietwucher, Entmietungen und andere Formen des Missbrauchs sind wirksame Kontrollen, eine öffentliche Beschwerdestelle und deutlich mehr Personal nötig, um die Mieterrechte effektiv durchzusetzen. Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstößen, müssen bestraft werden.
- Mieter*innen sollen auch als Gemeinschaft und im Gewerberecht ein Vorkaufsrecht auf ihre Häuser erhalten.
- In allen öffentlichen Unternehmen braucht es demokratische Miiterräte. Bundesweit wollen wir neues Mietermitbestimmungsrecht.
- Außerdem braucht es ein Verbandsklagerecht für Mietervereine sowie kollektive Mieter*innenrechte nach dem Vorbild der betrieblichen Mitbestimmung und ein Recht auf Mietstreik.

Klimagerechtigkeit statt Verdrängung!

Der Klimaschutz bei Gebäuden ist entscheidend: Hier fallen 30 Prozent der Treibhausgase an. Doch bisher führen energetische Sanierung allzu oft zu Mietsteigerungen und Verdrängungen. Das schadet der Akzeptanz des Klimaschutzes.

- Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen, sie dient Mietsteigerungen – nicht dem Klimaschutz.
- Wir wollen einen bundesweiter Klima-Check aller Gebäude bis 2025. Mit verbindlichen Sanierungsplänen wollen wir bis 2040 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren und viele neue Arbeitsplätze schaffen.
- Energetische Sanierungen wollen wir mit 10 Milliarden Euro im Jahr fördern.
- Auch die Vermieter*innen müssen sich an den Kosten beteiligen. Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in Höhe der erreichten Einsparungen bei Heizung und Warmwasser zulässig sein.
- Vermieter*innen, die Kosten energetischer Sanierungen nicht tragen können, können sich unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit begeben. Dadurch erhalten sie Zugang zur vollen öffentlichen Förderung der Sanierungskosten und verpflichten sich im Gegenzug zur gemeinnützigen Bewirtschaftung ihrer Wohnungen.
- Es braucht ab sofort Mindeststandards für eine klimaneutrale Bauweise: Jedes Haus, das neu gebaut wird, soll den Passivhaus-Standard erfüllen. Hindernisse für ökologische Baumaterialien im Baurecht werden wir beseitigen.

Bauland in Gemeinschaftshand!

Eine der zentralen Ursachen für steigende Mieten ist die Explosion der Bodenpreise. Seit 1964 sind die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1800 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen Jahren haben sich die Preise in den großen Städten fast verdreifacht. Dagegen braucht es dringend Maßnahmen, um das immer schneller drehende Spekulationskarussell mit öffentlichem Grund und Boden anzuhalten und endlich wieder bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen.

- Die Bodenpreise müssen gedeckelt werden. Nur mit bezahlbarem Boden sind auch bezahlbare Mieten möglich.
- Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke wollen wir mit einem Bodensicherungsgesetz ausschließen. Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben.
- Um den Anteil öffentlichen Eigentums an Boden zu erhöhen, fordern wir ein Ankaufprogramm in Höhe von 2 Mrd. Euro jährlich, aus dem Bund, Länder und Kommunen Mittel für den Erwerb von Boden erhalten.
- Die Liegenschaftspolitik muss von der Finanzpolitik entkoppelt werden, damit die öffentliche Hand auch Bodenbevorratung betreiben können. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die bisher der finanziellen Verwertung öffentlicher Liegenschaften verpflichtet ist, wollen wir auf soziale, ökologische und gemeinnützige Zwecke festlegen.

Spekulation stoppen – Gewinne abschöpfen!

Spätestens seit der Finanzkrise sind die Städte und Gemeinden massiv ins Visier von Spekulanten geraten. Den Preis für das immer schnellere Karussell von Immobilienkaufen und -verkäufen zahlen am Ende die Mieter*innen und die öffentliche Hand.

- Den Spekulationskreislauf, an dem sich Wenige auf Kosten der Vielen bereichern, wollen wir mit einem Antispekulationsgesetz durchbrechen: Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt an der Börse mehr sein, Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.
- Steuertricks beim massenhaften Kauf- und Verkauf von Wohnungen, wie z.B. sogenannte Share Deals, wollen wir unterbinden.
- Gewinne durch Spekulation und Immobilienverkäufe werden wir stärker besteuern und abschöpfen.
- Private Immobilienverkäufe dürfen auch nach zehn Jahren nicht mehr steuerfrei sein.
- Zudem fordern wir ein öffentlich einsehbares Immobilienregister. Mit der Intransparenz bei den Eigentumsverhältnissen muss endlich Schluss sein.
- Zweckentfremdung von Wohn- und Gewerberaum muss verboten werden, leerstehenden Wohn- und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen. Die zivilgesellschaftliche Wiederaneignung von zweckentfremdeten Räumen („Besetzungen“) wollen wir legalisieren.

Immobilien-Konzerne an die Kette legen!

- Große Wohnungskonzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen, die systematisch Mietwucher betreiben, wollen wir das Handwerk legen. DIE LINKE ist daher Teil der Kampagnen »Deutsche Wohnen & Co enteignen«.
- Mit einem Vergesellschaftungsgesetz wollen wir die Möglichkeit verbessern, Wohnungen in öffentliches Eigentum zu überführen und einen Re-Kommunalisierungsfonds aufsetzen.
- Mit einer neuen Wohnungswirtschaftsgesetzgebung wollen wir das Geschäftsmodell von Immobilienfonds beenden, die Mieten kassieren, Renditen ausschütten, kaum investieren

und nur auf die Steigerung der Immobilienpreise setzen. Ein wesentlicher Teil der Miete steht dann als Bauerneuerungsrücklage nicht mehr für Finanzmarktspekulation, sondern für nötige Instandhaltung zur Verfügung.

- Das Vorkaufsrecht der Kommunen wollen wir stärken: Es soll überall, ohne Ausnahme und innerhalb von bis zu sechs Monaten ausgeübt werden können.
- Das Vorkaufsrecht auszuüben soll die Bewohner*innen durch eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung langfristig absichern. Damit muss auch eine Neubewertung der Immobilie und damit eine Preissenkung einher gehen. Das Haus kann nur so viel wert sein und kosten, wie die Bewohner*innen auch über bezahlbare Mieten aufbringen können.

Wohnen ist ein Grundrecht – Wohnungen zuerst!

- Niemand soll ohne Obdach sein. Als kurzfristige Nothilfe bis zur Durchsetzung bezahlbarer Mieten wollen wir das Wohngeld erhöhen und umbauen.
- Die Corona-Krise ist nicht vorbei: Das Moratorium für Kündigungen und Räumungen muss fortgesetzt werden. Es braucht zudem einen Mieterlass.
- Bis zur Einführung einer solidarischen Mindestsicherung werden wir Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft deutlich anheben.
- Räumung in die Wohnungslosigkeit wollen wir künftig grundsätzlich verbieten, das Recht auf Wohnen wollen wir ins Grundgesetz aufnehmen.
- Die unwürdige Unterbringung von Geflüchteten, Wohnunglosen oder Saison- und Wanderarbeiter*innen in Massenunterkünften werden wir beenden. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung!
- Wir wollen den Ansatz „housing first“ in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern. Er bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterbringen.

Städte zukunftsfest machen – Leben in die Dörfer bringen!

Während Vielerorts die Mieten explodieren, stehen in einigen (ländlichen) Regionen Wohnungen und Häuser leer. Es wird zu wenig investiert, der Mietwohnraum in strukturschwachen Regionen ist immer weniger bedarfsgerecht. Nicht erst seit Corona gibt es auf dem Land wie in den Städten Ladensterben und kulturelle Verödung.

- Für den sozial-ökologischen Umbau und die Belebung von Innenstädten und Dorfkernen brauchen wir eine neu ausgerichtete Städtebauförderung des Bundes. Schwerpunkt der Investitionen soll auf Zukunftsaufgaben liegen, wie der Gebäudesanierung, der Verbesserung des Wohnumfeldes, dem altersgerechten und barrierefreien Umbau von Gebäuden sowie der Förderung nachhaltiger Mobilität.
- Den kommunalen Eigenanteil bei Aufwertungsmaßnahmen wollen wir streichen. Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe in kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen und zu Sozialen Zentren weiterentwickeln. Der Bund soll das durch einen Rekommunalisierungsfonds finanziell absichern.
- Städte und Kommunen müssen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt werden. „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfeldes zu verbessern.

- Der Verdrängung von Kleingärten stellen wir uns mit einem Kleingartensicherungsprogramm entgegen. Stadtgrün, wie Parks, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten (urban gardening), wollen wir durch Investitionen fördern.
- Es braucht ein Investitionsprogramm für den Stadtbau, um die einseitige Fokussierung auf Automobilität zu überwinden und die Lebensqualität, z.B. durch Kiezblocks und Spielstraßen, zu steigern.
- Wir wollen anders planen, weg von der Zersiedelung der Landschaft und hin zu einer Stadtplanung, die Lebensqualität für alle in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik, die im Interesse von Investoren große Einkaufszentren und Malls baut, lehnen wir ab (vgl Kap. Mobilität für alle mit weniger Verkehr).

Gute Bildung: Gerecht, gebührenfrei, ein Leben lang

Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere Idee entgegen. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht noch verstärkt werden. Wir wollen gemeinsames solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert werden. Wir wollen Bildung und Wissenschaft, die den Einzelnen gerecht wird und dazu beiträgt, gesellschaftliche Fragen zu beantworten statt: Wie stoppen wir die Klimakrise? Wie können wir so leben und produzieren, dass alle genug zum Leben haben und die Umwelt geschont wird? Mit neuen Herausforderungen entstehen neue Anforderungen an Bildung. Wir wollen die Hochschulen öffnen, die Weiterbildung stärken und Programme auflegen, damit alle eine berufliche Zukunftsperspektive haben.

Seit Jahrzehnten wissen wir: Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Die Coronakrise hat Probleme verschärft, die es schon vorher gab. Während manche Kinder ein eigenes Zimmer und einen Laptop zum Lernen haben, müssen sich andere beides mit Geschwistern teilen oder Aufgaben auf dem Handy lösen und hoffen, dass das Datenvolumen zum Herunterladen reicht. Das deutsche Bildungssystem verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft, statt ihr entgegenzuwirken. Wer wohlhabende Eltern hat, hat bessere Chancen, Abitur zu machen und zu studieren. 74 Prozent der Akademiker-Kinder beginnen ein Studium, aber nur 21 Prozent der Nicht-Akademikerkinder. Bei den Bachelor-Absolventen beträgt ihr Anteil 15 Prozent, beim Master nur noch 8 Prozent. Für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche weiterführende Schulform sie besuchen werden und damit auch, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben. Und in Bildung wird viel zu wenig Geld investiert. Unsanierte Schulen mit schlechter Ausstattung sind ein sichtbares Zeichen dafür. Das betrifft besonders ärmere Stadtteile, in denen Familien das weniger durch private Ausgaben für Ausstattung oder Nachhilfe ausgleichen können. Die Schuldenbremse hat diese Probleme noch verschärft. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Milliarden Euro geschätzt. An den Hochschulen müssten von 2017 bis 2025 etwa 35 Milliarden Euro investiert werden, um den Modernisierungsstau abzubauen. Hörsäle und Seminarräume sind häufig überfüllt, und es gibt zu wenig Personal. Und wie andere Dienstleistungen wurde auch die Schulreinigung vielerorts ausgelagert. Die Folge: Die Reinigung wird an den billigsten Anbieter vergeben, Reinigungskräfte arbeiten unter Druck und schaffen es nicht, in der vorgegebenen Zeit fertig zu werden. Toiletten und Klassenräume sind dreckig, Schüler und Lehrer leiden darunter.

- Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. **DIE LINKE fordert eine Offensive des Bundes für mehr Lehrkräfte und Erzieher*innen.** Wir brauchen 100 000 Lehrkräfte und 200 000 Erzieher*innen zusätzlich!
- Wir wollen die Gebäude sanieren, ausbauen und dem Bedarf anpassen.
- Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom Staat finanziert werden.
- Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und umgekehrt werden.
- Wir wollen, dass Bund und Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten können. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz

verankern, damit für alle Kinder und Jugendlichen Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden kann.

- Wir wollen ein Bildungsrahmengesetz des Bundes für alle Bildungsbereiche, damit gleiche Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen Ländern gesichert werden können und Abschlüsse, gleich wo sie erworben wurden, ohne Wenn und Aber überall anerkannt werden.

DIE LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt. Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung von Schüler*innen zur Schule.

Gute Kitas

Allen Kindern muss von Anfang an ganztagig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden. Unabhängig davon, ob und wie lange die Eltern arbeiten. Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita. Insbesondere während der Zeiten der Kita-Schließungen wurde deutlich, wie wertvoll frühkindliche Bildung für alle ist. Erzieher*innen werden weiter viel zu schlecht bezahlt. Derzeit fehlen 342.000 Plätze für Unter-Drei-jährige und bald bis zu 740 000 Plätze für alle Kinder bis zur Einschulung, die nötig wären, um den Bedarf zu decken. Die Gruppen sind oft zu groß. Mit Schmalspurausbildungen von oft nur wenigen Wochen werden Hilfserzieher*innen ausgebildet, um den massiven Fachkräftemangel zu retuschieren. Zur Sicherung der Qualität der Einrichtungen und für den weiteren Ausbau von Kitaplätzen muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir brauchen ein Kitaqualitätsgesetz, das beim Kitaausbau die Belange der Kinder und der Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt:

- DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen **Betreuungsschlüssel** in Kindertagesstätten von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal drei Kindern im Alter bis drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal acht Kindern ab drei Jahren.
- Wir wollen gute, **gebührenfreie** Kitas (Elternbeitragsfreiheit).
- Alle Kinder sollen täglich **kostenloses**, gesundes, warmes **Essen** erhalten, wie es in einigen Städten bereits praktiziert wird.
- Wir brauchen dringend **mehr Erzieherinnen und Erzieher** für eine gute Bildung, Erziehung und Betreuung. 191 000 Erzieher*innen fehlen derzeit.
- **Sozial- und Erziehungsberufe** müssen **aufgewertet** werden. Sie verdienen größere Wertschätzung bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten, Fortbildung und Krankheit auf den Betreuungsschlüssel. Wir wollen die Ausbildung als Erzieherin und Erzieher in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben. Aber auch für Frauen und Männer ohne Hochschulzugangsberechtigung wollen wir attraktivere Berufsbilder in der Kindertagesbetreuung schaffen. Das beginnt mit einer Vergütung in der Ausbildung und der Abschaffung des Schulgeldes. Beschäftigte in der Kindertagespflege sollen aus prekären Beschäftigungslagen herausgeholt und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.
- **Ganztagsbetreuung im Grundschulalter:** Die Große Koalition hat im Koalitionsvertrag einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2025 vereinbart. Der Rechtsanspruch lässt sich nur mit schnellen und erheblichen Investitionen und Aufwuchs an Personal einlösen

Eine Schule für alle

Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in unterschiedliche Schulformen. In der Coronazeit hat sich gezeigt, wie unterschiedlich die Voraussetzungen der Schüler*innen sind: Einige haben ein eigenes Zimmer und einen Laptop, andere müssen sich beides teilen. Wir wollen **eine Schule für alle**: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Die **Gemeinschaftsschule** fördert die Kinder individuell und umfassend. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern möglichst ausgeglichen werden. Deshalb wollen wir eine Schule, die ohne **Hausaufgaben** auskommt und private Nachhilfe überflüssig macht. Im schulischen Alltag müssen Raum und Zeit geschaffen werden. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Erzieher*innen, Schulpsychologie und medizinisches Fachpersonal sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Die Gemeinschaftsschule ist demokratisch organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern.

- Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen. Solange das nicht gewährleistet ist, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Dafür muss auch das notwendige pädagogische Fachpersonal ausgebildet und eingestellt werden.
- Bund, Länder und Kommunen müssen ein Investitionsprogramm »Inklusive Bildung« auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten. DIE LINKE will eine **inklusive Schule**, in der alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind. Heute werden viele besondere Förderbedarfe festgestellt, es werden aber keine adäquaten Hilfen für diese Förderbedarfe angeboten. Das muss sich ändern. Inklusion ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, alle müssen gleichberechtigt dazugehören und teilhaben können. Notwendige Hilfen müssen „aus einer Hand“ angeboten werden und nicht über umständliche Wege erst bei unterschiedlichen Stellen beantragt werden.
- Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden dürfen. Sie müssen über eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung bei Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstigen Hilfsmitteln für jedes Kind verfügen. Wir wollen ein 2-Lehrer*innen-System umsetzen, als eine der Rahmenbedingungen, mit der wir Förderschulen überflüssig machen. Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet!
- Tausende geflüchtete und andere zugewanderte Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland in die Schule oder machen eine Ausbildung. Wir fordern ein Programm, das vom Bund mitfinanziert wird und Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften umfasst, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, eine Erstausstattung an Schulbedarf für alle Kinder, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete Erwachsene und Informationen zu Berufsausbildungen, die für Geflüchtete in der Bundesagentur für Arbeit angeboten werden. Den Kommunen müssen dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine mehrsprachige Sozialisation wird in Deutschland nur bei ökonomisch als wichtig erachteten Sprachen geschätzt. Wir sehen die Mehrsprachigkeit bei allen Jugendlichen mit Migrationshintergrund als ein Qualifikationsmerkmal. Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. Die Herkunftssprache soll bei Prüfungen als erste oder zweite Sprache anerkannt werden.

- Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden – an jeder Schule und dauerhaft. Dafür muss sie im Jugendhilferecht verankert werden. Durch ein **Programm zur Schulsozialarbeit** wird der Einsatz mindestens einer Fachkraft für Schulsozialarbeit je 150 Schüler*innen garantiert.
- Der Personalmangel an Schulen führt zu Unterrichtsausfall und Stress. Das Personal muss Engpässe mit regulär beschäftigten Lehrkräften ausgleichen können. Dazu braucht es **10 Prozent Vertretungsreserve**. Um die Personalnot an Schulen zu beenden, müssen überall deutlich mehr Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden.
- Neue, hybride Lernformen wie sie während der Corona-Lockdowns praktiziert wurden, dürfen nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führen, weil nicht alle Lernenden gleich gute Lernbedingungen zu Hause haben. Auch darf das hybride Lernen nicht den schlechenden Abbau von Lehrkräften zur Folge haben.
- Wir wollen, dass jedes Kind ein **mobiles Endgerät** als Teil der Bildungsausstattung zur Verfügung hat und frühzeitig mit digitalen Technologien vertraut gemacht wird. Jedes Kind muss einen Computer, Drucker und Internetanschluss zu Hause zur Verfügung haben. Deshalb müssen die Urteile der Sozialgerichte endlich umgesetzt werden. Das gilt auch für Familien, die knapp oberhalb der Hartz-IV-Einkommen liegen. Das Geld ist da: Der DigitalPakt Schule der Bundesregierung sieht 5 Milliarden Euro für digitale Ausstattung vor. Bisher wurde nur ein Bruchteil abgerufen.
- Die IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende Planstellen sollen kurz - und mittelfristig geschaffen werden. Die IT-Infrastruktur aller Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.
- Viele Schülerinnen und Schüler lernen nicht mehr Schwimmen, weil viele Sporthallen und Schwimmbäder baufällig sind und gesperrt werden müssen. Hier wollen wir sanieren. Außerdem wollen wir in barrierefreie, energieeffiziente und schön gestaltete Schulräume investieren!
- Wir wollen Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden. Akteure der Wirtschaft drängen seit Jahren aus reinem Eigennutz in die Schulen und bestimmen Lerninhalte zunehmend mit. Darunter leidet die Vielfalt in der Bildung. Kommerzielle Werbung an Schulen muss gesetzlich untersagt werden. Schulen müssen im Gegenzug besser mit Lehrmitteln ausgestattet werden, damit sie nicht auf tendenziöse Angebote unterschiedlicher Konzerne und Interessengruppen zurückgreifen müssen.
- Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten werben oder auftreten dürfen. Stattdessen brauchen wir mehr politische und friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte.
- Alle Lehrämter sollen gleichgestellt werden. Es gibt keinen Grund, Lehrkräfte an Gymnasien höher zu werten als Lehrkräfte zum Beispiel an Grundschulen.
- Lernende, Lehrende und Eltern sollen über Schule mitentscheiden können. Wir wollen Demokratie, Selbstverwaltung der Schulen und insbesondere die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler an den Schulen stärken.
- Die Schulreinigung wollen wir flächendeckend wieder in die öffentliche Hand bringen - für saubere Schulen und gute Arbeitsbedingungen. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig gute Hygienestandards in den Schulen sind.

- Mindestens 50 Milliarden sind nötig, um die Schulen zu sanieren. Gerade in sogenannten Brennpunktschulen fehlt das Geld. Wir fordern, einen **Sozialfonds** zur besseren Ausstattung von Schulen nach Sozialindex zu etablieren.

Gut ausgebildet

Jedes Jahr werden zehntausende junge Menschen in Deutschland bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz vertröstet. Sie finden keinen Ausbildungsplatz mit Perspektive oder hängen in endlosen Warteschleifen fest. Fast zwei Millionen junge Menschen haben keine Berufsausbildung. Besonders Hauptschüler*innen und Migrant*innen werden benachteiligt. Viele Arbeitgeber*innen klagen über mangelnde Fachkräfte und Ausbildungsbetriebe finden keine Azubis. Aber: Einen Fachkräftemangel gibt es so nicht. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden klagt über zu hohe Belastung, viele gehen auch krank zur Arbeit oder werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Durch die Pandemie und finanzielle Schieflagen mancher Unternehmen haben viele Ausbildungsbetriebe ihre Ausbildung eingestellt oder deutlich gekürzt. Damit verschärft sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Wir wollen, dass alle, die eine Ausbildung begonnen haben, diese auch beenden können. Dafür muss der Bund Mittel und Möglichkeiten bereitstellen. Die Bedingungen und die Qualität der Ausbildung müssen verbessert werden. Und es braucht mehr Personal. Laut GEW müssen an den berufsbildenden Schulen bis 2030 160.000 Lehrkräfte eingestellt werden, um den Bedarf zu decken.

- Jetzt gilt erst recht: DIE LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle ein. **Anonymisierte Bewerbungsverfahren** sollen sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben.
- Auszubildende brauchen eine **Ausbildungsvergütung**, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht. Die gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung, die im Jahr 2020 eingeführt wurde, genügt diesem Anspruch nicht. Wir unterstützen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden bei ihrem Kampf um bessere tarifvertragliche Lösungen. Die Ausbildungen in den Berufen, die nicht dual geregelt sind, also zum Beispiel in allen Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen, müssen besser finanziert werden. Schulgeld soll grundsätzlich entfallen und ein am Tarif orientiertes Ausbildungsgeld gezahlt werden.
- Wir wollen eine **solidarische Umlagefinanzierung**, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden.
- Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein **verbindliches Ausbildungsangebot** stehen.
- Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss machen können – unabhängig von ihrem Alter. Das Kriterium der “Ausbildungsreife” der Bundesagentur für Arbeit wollen wir abschaffen. Es versperrt den Zugang zur Berufsausbildung. Die “Warteschleife” wollen wir abschaffen.
- Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.
- Die Mitbestimmung der Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in den Personalvertretungen muss garantiert werden.
- Wir wollen einen Berufsschulpakt, damit längst überfällige Investitionen für gute Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden. Und es braucht deutlich mehr Personal.
- Politische Bildung muss auch Teil der beruflichen Ausbildung sein.

- Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss im Berufsbildungsgesetz verankert werden - auch bei Schulbüchern für den Berufsschulunterricht.
- Weil der Ausbildungsmarkt immer noch in sogenannte Frauen- und Männerberufe gespalten ist, sind außerdem die Hürden für Jugendliche groß, eine untypische Berufswahl zu treffen. Dem wollen wir entgegenwirken: Durch geschlechtersensible Bildung und indem Bereiche aufgewertet werden, in denen die Löhne niedrig sind und viele Frauen arbeiten.

Gute Weiterbildung

Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht zur Selbstoptimierung. Die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil davon. Sie dient der Entwicklung der Einzelnen und der beruflichen Fortbildung oder Umorientierung und befördert die gesellschaftliche Teilhabe. Der sozial-ökologische Umbau bedeutet auch, dass viele Menschen eine zukunftssichere Perspektive erhalten. Die Weiterbildung spielt hier eine entscheidende Rolle. Hier müssen bei der beruflichen Weiterbildung und an den Hochschulen neue Möglichkeiten geschaffen werden. Mit den Volkshochschulen haben auch die Kreise und kreisfreien Städte ein Instrument an der Hand, das unabhängig vom Profitinteresse privater Bildungsanbieter dafür geeignet ist, auch für das Nachholen von schulischen Abschlüssen. Dazu sollen die Volkshochschulen finanziell gestärkt werden, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und kostenfrei anbieten können. Wichtig ist dabei, dass Angebote zur sprachlichen Förderung von Zugewanderten erbracht werden können. Und: In der Weiterbildung sind die Arbeitsverhältnisse oft prekär. Das wollen wir ändern.

- Lehrkräfte in der Weiterbildung brauchen einen **allgemeinverbindlichen Tarifvertrag** für alle Bereiche der Weiterbildung.
- Honorarverträge sollen in **feste Stellen** umgewandelt werden. Honorarverträge, soweit sie noch nötig oder von den Beschäftigten gewollt sind, müssen an die Konditionen in diesem Tarifvertrag angepasst werden. Das gilt auch für Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen.
- Die Arbeitsagenturen und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen. Bei der Vergabe von Bildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sollen die geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich sein.
- Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem befristeten Projekt zum nächsten hängeln müssen.
- DIE LINKE will eine Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten gesetzlich sichern, nicht nur für die berufliche Weiterbildung.
- Wir fordern ein Weiterbildungsgeld: Wer sich im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus neu orientieren oder weiter qualifizieren möchte, erhält dafür ausreichend Zeit und Finanzierung. (vgl Kapitel Sozialer und Ökologischer Systemwechsel)

Gutes Studium, gute Arbeitsbedingungen, gute Forschung

Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Das führt zu Stress bei Studierenden und Beschäftigten. Dazu kommt: Viele Studierende haben in der Corona-Krise ihre Nebenjobs verloren und wissen nicht, wie sie die Miete aufbringen sollen. Das trifft vor allem diejenigen hart, die nicht aus wohlhabenden Familien stammen. Viele werden von vornherein durch Zugangshürden vom

Studium ausgeschlossen. Das ist politisch gewollt. Es muss aber nicht so bleiben. DIE LINKE setzt sich für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule ein. Wir stehen an der Seite von Initiativen und Bewegungen, die für bessere Bedingungen kämpfen: Für eine Entfristung und faire Bezahlung von wissenschaftlichem Personal, gute Studien- und Lebensbedingungen für Studierende und dafür, dass die Corona-Krise auch an den Hochschulen solidarisch bewältigt wird. Es bleibt viel zu tun. Seit Jahren werden die Hochschulen und Universitäten unter dem Druck der öffentlichen Finanzierungssysteme zur unternehmerischen Hochschule ausgebaut. Das Ziel ist, Wissen, Bildung und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Durch die chronische Unterfinanzierung bleibt der Raum für unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und Lehre und damit eine wesentliche Funktion von Wissenschaft auf der Strecke. Forschung ohne Drittmittel ist kaum noch möglich. DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen durch den Staat.

- Jegliche Form von Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass schaffen wir ab. Wir schlagen dazu ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung vor.
- Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. Nur noch 11 Prozent der Studierenden erhalten überhaupt BAföG, nur 8 Prozent den Höchstsatz. Wir setzen uns für ein elternunabhängiges, **rückzahlungsfreies BAföG** in Höhe von 1.200 Euro ein. Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig und automatisch an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. Ebenso muss die Kopplung des BAföG an Leistungsüberprüfungen abgeschafft werden. Förderlücken müssen geschlossen werden. Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und mit humanitären Aufenthaltstiteln müssen mit Aufnahme des Studiums oder der Ausbildung Zugang zur Ausbildungsförderung haben.
- Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder Bewerbungsgespräche müssen überwunden werden. Wir schlagen dazu ein Hochschulzulassungsgesetz vor.
- Wir wollen die Hochschulen öffnen. Ein Studium soll mit einem bestandenen Fachabitur, der allgemeinen Hochschulreife, einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung oder einem vergleichbaren Abschluss möglich sein. Für Geflüchtete soll die Aufnahme des Studiums einfacher werden. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen. Auch Wissenschaftler*innen, die politisch verfolgt sind, wollen wir die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen in Deutschland ermöglichen.
- Den Zugang für ausländische Studierende wollen wir vereinfachen. Den Verein Uni Assist wollen wir in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführen, die der Bund finanziert.
- Der Zugang zum Master muss überall zulassungsfrei sein. Dafür müssen Masterstudienplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Wir wollen ein Mentoring-Programm für Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien. An jeder Hochschule braucht es Ansprechpartner*innen.
- Wir fordern ein **Weiterbildungsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau**, das durch den Bund und durch eine Unternehmensumlage mitfinanziert wird: Wer sich beruflich umorientieren möchte, soll die Möglichkeit erhalten, an einer Hochschule ein Studium oder eine Zusatzqualifizierung in einem sozialen oder ökologischen Bereich zu absolvieren, in dem zukünftig mehr Beschäftigte benötigt werden (vgl. Kap. Weiterbildung in Kap. Arbeit).

- Inhalte von Lehre und Forschung orientieren sich immer stärker an wirtschaftlicher Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Wir wollen Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung und setzen uns für kritische Wissenschaft und Lehre ein, die im Sinne einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und friedlichen Welt eingreift.
- Der Bund muss dauerhaft Mitverantwortung für die Grundfinanzierung der öffentlichen Hochschulen übernehmen. Dass der neue Zukunftsvertrag befristet ist, ist fatal. Wir wollen den Vertrag entfristen und zu einem Dauerzuschuss weiterentwickeln.
- Wir wollen Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften deutlich besser ausstatten. Für Studierende an Fachhochschulen wird nicht genug Geld zur Verfügung gestellt, obwohl es immer mehr werden. Es braucht ausreichend Finanzierung statt "Billigstudienplätze". Fachhochschulen sollen das Promotionsrecht erhalten.
- **Demokratisierung der Hochschulen:** Wir streiten bundesweit für verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat. Hochschulgremien sollen paritätisch besetzt werden, so dass alle Statusgruppen, auch die Studierenden, gleich stimmberechtigt vertreten sind. Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitung brauchen wir eine Stärkung der demokratisch durch alle Hochschulangehörigen gewählten Hochschulgremien. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnnen – wie Hochschulräte – gehören abgeschafft. Stattdessen wollen wir Beiräte schaffen, die aus der Zivilgesellschaft besetzt werden. Den demokratischen Austausch der Hochschule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir stärken. Hochschulen sollen offene Orte der gesellschaftlichen Debatte sein. Das muss Vorrang vor kommerzieller Nutzung der Hochschulräume haben.
- **Gute Wissenschaft braucht gute Arbeit.** Dazu muss der wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Unter- und Mittelbau gestärkt werden. Daueraufgaben müssen durch Dauerstellen bearbeitet werden. Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumpingvergütung und die Ausbeutung von Lehrbeauftragten und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten lehnen wir ab. Die Honorare für Lehraufträge wollen wir erhöhen, sie müssen auch die Vor- und Nachbereitung abdecken. Zentrale Lehraufgaben müssen auf festen, unbefristeten Stellen geleistet werden.
- **Frist ist Frust.** Rund 90 Prozent der Beschäftigten im wissenschaftlichen Mittelbau sind befristet beschäftigt. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal unterhalb der Professur wollen wir abschaffen.
- Statt von einzelnen Professor*innen abhängig zu sein, soll der wissenschaftliche Nachwuchs Abteilungen (Departments) zugehören. Wir wollen mehr feste Stellen neben der Professur schaffen. **Qualifikationsstellen** von Doktorand*innen müssen mit 100 Prozent vergütet werden.
- Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.
- Frauen stärken: Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln.
- Die Hochschulen werden zu einem wesentlichen Teil durch nichtwissenschaftliches Personal in der Verwaltung, dem Gebäudemanagement und dem Forschungsbetrieb mitgetragen. Wer von Arbeitsbedingungen an Universitäten spricht, darf diesen Teil der Beschäftigten nicht vernachlässigen. Aus der Krise lernen heißt auch zu erkennen, dass es einen **Personalaufbaupakt für die Hochschulverwaltung** braucht. Auch in der Hochschulverwaltung gilt für uns: Dauerstellen für Daueraufgaben.

- Investitionen in die soziale Infrastruktur: Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss wieder im Grundgesetz verankert und ein **Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen** gestartet werden. Die Lehre soll durch eine Grundfinanzierung gesichert werden, die sich an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und an den Kosten des Studienplatzes bemisst.
- DIE LINKE fordert einen **Hochschulsozialpakt**: Geld für mehr bezahlbare Plätze in Wohnheimen, Menschen und Hilfe für Studienwerke, die durch die Corona-Krise in Schieflagen geraten sind.
- Das duale Studium muss öffentlich-rechtlich akkreditiert werden und zu gleichwertigen Abschlüssen führen. Dual Studierende müssen einen Ausbildungsvertrag mit einer Mindestvergütung bekommen. Der Zugang zum dualen Studium muss ohne Abitur möglich sein.
- **Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung:**
Kooperationsvereinbarungen, Sponsoring und sonstige Verträge zwischen öffentlichen Hochschulen und privaten Unternehmen und Stiftungen müssen offengelegt werden. Sie nehmen direkt oder indirekt Einfluss auf Wissenschaft.
- Um urheberrechtlich geschützte Werke für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre frei zugänglich zu machen, wollen wir eine allgemeine Ausnahme für Bildung und Forschung im Urheberrecht verankern. Das Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler muss von den engen einschränkenden Vorgaben befreit werden, damit die Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.
- Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit Steuermitteln erarbeitet wurden, müssen allen zu Verfügung stehen. Wir setzen uns für Open-Access-Strategien zur Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und zum Zugang zu Forschungsdaten ein. Wir fördern eine Open-Science-Kultur und wollen bedürfnis- und teilhabeorientiertes wissenschaftliches Arbeiten ermöglichen. Nutzungs- und Publikationsgebühren an Verlage, die über transparent gemachte Satz- und Lektoratarbeiten hinausgehen, wollen wir verbieten. Die Paketverhandlungen von Forschungseinrichtungen mit einzelnen Großverlagen lehnen wir ab.
- Der Ausbau der IT muss einhergehen mit einer besseren Ausbildung von Lehramtsstudierenden und aktiven Lehrkräften: Digitale Kompetenzen und Unterrichtsmethoden müssen fester Bestandteil des Studiums werden. Auch danach braucht es Fortbildungsangebote.
- Digitale Infrastruktur ausbauen: Für einen schnelleren Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen sollen von Bund und Ländern zusätzliche finanzielle Mittel durch einen Hochschuldigitalpakt zur Verfügung gestellt werden. Statt Leuchtturmprojekten braucht es eine **Digitalisierungsoffensive** für die Hochschulen bundesweit. Doch Technik allein macht noch keine gute Onlinelehre. Lehrenden muss der Zugang Fort- und Weiterbildung für digitale Lehr- und Lernangebote erleichtert werden.
- Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage sein. In Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte Freie Software sein.
- Forschung für Frieden statt für Krieg und Rüstungsindustrie: Wir fordern die Verankerung von **Zivilklauseln** an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Förderung von Friedensforschung.

Forschung und Wissenschaft müssen zur Lösung von sozialen Spaltungen, Klimawandel und Umweltproblemen beitragen. In diesem Sinne wollen wir die milliardenschwere Innovations- und Technologieförderung des Bundes, auch die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte außeruniversitäre Forschung, strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei besonders soziale Innovationen wichtig. Wir wollen diese Forschungslandschaft stärker mit der Arbeit der Hochschulen verknüpfen.

Ökologischer und sozialer Systemwechsel: Für einen LINKEN Green New Deal

Ohne ein entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise, ist die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder auf diesem Planeten in Gefahr. Bereits jetzt zerstört der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Notwendig ist ein grundlegendes Umsteuern. In den nächsten zwei Jahrzehnten müssen wir den Umbau zu einer weitgehend CO₂-freien, energie- und ressourcen-sparenden Wirtschaft und Infrastruktur schaffen, um überhaupt die Chance zu haben das 1,5 Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen. Wachsende Ungleichheit und die Macht großer Konzerne stehen diesen Vorhaben im Weg. Viele Menschen wissen, dass es so nicht weitergehen kann.

Das Umsteuern in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen. Der notwendige Umbau darf aber nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung erfolgen. Ein linker ökologischer und sozialer Systemwechsel hat zum Ziel, das Leben und den Alltag der Menschen zu verbessern. Wir schlagen daher ein Sofortprogramm gegen die soziale und Wirtschaftskrise vor, das zugleich die Weichen für eine bessere, klimagerechte Zukunft für alle stellt und die Gesellschaft durch eine starke öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester macht. Es geht um Anerkennung für diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten -- und um ein besseres Leben für alle. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Ohne soziale Gerechtigkeit kann keine große Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft gelingen. Und ohne Klimagerechtigkeit gibt es jetzt und in Zukunft keine soziale Gerechtigkeit.

Es ist Zeit, dass die Zukunft der Vielen entscheidet, nicht der Profit der Wenigen. Es ist Zeit, dass endlich diejenigen von der notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft profitieren, die es in den letzten Jahren schwer hatten: Beschäftigte im Niedriglohnsektor, in der Industrie oder auf dem Bau, in sozialen Dienstleistungen und der „systemrelevanten“ Infrastruktur, Mieter*innen, Menschen, die ihre Angehörigen und Freund*innen pflegen. Unser Programm für eine sozial gerechte und klimagerechte Gesellschaft setzt daher auf Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Wir wollen mit Investitionen Einstiege schaffen in ein neues sozial gerechtes, klimagerechtes und geschlechtergerechtes Wohlstandsmodell mit einer gerechten Verteilung von Arbeit und Reichtum. Statt blindem Wachstum der Profite wollen wir mehr Zeit und weniger Stress für alle durch kürzere Arbeitszeiten mit Lohn- und Personalausgleich.

Die Infrastruktur in vielen Kommunen und Regionen wurde kaputtgespart. Es mangelt an Einrichtungen, Dienstleistungen und Personal. Das betrifft besonders gering verdienende und ältere Menschen und führt im Alltag bei Vielen zu Stress. **Mit einer sozial-ökologischen Investitions-Offensive wollen wir das ändern.** Wir wollen gute Dienstleistungen und öffentliche Angebote für gute Arbeit schaffen – inklusiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert. Wir setzen dabei auf eine **erneuerbare Energie- und Mobilitätswende** für ökologische und bezahlbare Energieversorgung und Mobilität für alle. Auf Investitionen in **bezahlbare, energieeffiziente Wohnungen**, die von gut bezahlten Beschäftigten gebaut werden. Auf einen klimaneutralen Umbau der Kommunen, der wohnortnahe Versorgung, funktionierende Infrastruktur und mehr Lebensqualität ermöglicht.

Die Bundesregierung schaut zu, wie Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet werden. Mit Klimapolitik hat das nichts zu tun, umso mehr mit Renditen der Aktionäre der Konzerne. Milliarden von Steuergeldern aus Hilfspaketen und Subventionen gehen an die Konzerne, ohne Bedingungen, ohne Jobgarantien. Eine massive gesellschaftliche Richtungauseinandersetzung ist längst im Gange: Renditen für Aktionäre auf Kosten der Belegschaften und der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder

- oder eine „soziale, ökologische und demokratische Transformation“ (so die IG Metall). **Die produktive Arbeit und das Wissen der Beschäftigten in der Industrie ist eine unverzichtbare Grundlage für ein sozial gerechtes und klimagerechtes Wohlstandsmodell der Zukunft.** Zugleich brauchen wir **ein anderes Produktionsmodell, das nachhaltige Lebensweisen und hohe Lebensqualität für alle ermöglicht.** Eine Produktion, die auf Rüstungsgüter und teure Eigentumswohnungen setzt, die Autos mit immer mehr PS, Energie- und Ressourcenverbrauch baut hat ebenso wenig eine Zukunft wie die Herstellung von Wegwerfprodukten (z.B. Elektro- und IT-Geräte mit wenigen Monaten Haltbarkeit).

Investieren in gut bezahlte, klimaneutrale Jobs und die Infrastruktur für ein besseres Leben.

Nur mit massiven öffentlichen Investitionen können wir den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Infrastruktur in ein bis zwei Jahrzehnten schaffen. Linke Wirtschaftspolitik setzt auf die Steigerung der Nachfrage im Inland über höhere Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse sowie auf demokratische Entscheidung über Investitionen, die eine gemeinwohl-orientierte, bedarfsgerechte und klimaneutrale Wirtschaft auf den Weg bringen sollen.

Statt Privatisierungen und öffentlich-privaten „Partnerschaften“, die sich nach dem Profit Weniger richten, wollen wir Investitionen so gestalten, dass die verwendeten Steuergelder allen zugutekommen. Die Investitionen müssen die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern. Es fehlen 100 000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern und bezahlbarer Wohnraum in vielen großen und mittleren Städten. Das wollen wir ändern. Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden. Durch mehr öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und Länderebene und durch eine gerechte Verteilung der Arbeit können über eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (um die 30-Stunden pro Woche) geschaffen werden.

Mit dem sozial-ökologischen Investitions- und Zukunftsprogramm investieren wir in:

- **Mehr Personal in Pflege und Gesundheit:** Wir wollen den Pflegenotstand, der der Gesundheit von Pflegekräften schadet und Menschenleben gefährdet, beenden. Dafür wollen wir 100 000 Pflegekräfte in Krankenhäusern sowie 100 000 in Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten einstellen. Den Öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir krisenfest machen und ausbauen.
- **Gute Bildung für alle:** Wir stellen 200 000 zusätzliche Erzieher*innen ein, um allen Kindern einen guten Kita-Platz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten. An den Schulen wollen wir zudem 100 000 neue Stellen für Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen schaffen. Wir wollen Gebäude sanieren, Kitas, Schulen und Unis bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausstatten und Inklusion gefördert – pro Jahr 58 Mrd. Euro (Kapitel Bildung).
- Wir schaffen einen **Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.** Wir schaffen mindestens 250 000 bezahlbare Wohnungen pro Jahr, deren Mieten sich ganz normale Beschäftigte leisten können (10 Mrd. Euro pro Jahr). Zusätzlich investieren wir 10 Milliarden pro Jahr in ein Förderprogramm für sozial gerechte ökologische Modernisierungen von Gebäuden (vgl. Kapitel Wohnen und Mieten)

- **Erneuerbare Energiewende.** Um das Klima zu retten, müssen Erneuerbare Energien in den bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird so ausgerichtet, dass es auch für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel ist. Die großen Energiekonzerne werden entmachtet und Energieversorgung am Gemeinwohl ausgerichtet. Durch die Energiewende in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand können bis 2030 über 100 000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion, Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden. Investitionen in die Energiewende stärken insbesondere die regionale Wirtschaft. (vgl. Kapitel Mobilität- und Energiewende).
- **Mobilitätsrevolution:** Bus und Bahn ausbauen und die Preise drastisch senken, große Teile des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern, vernetzte Mobilität schaffen, kurze Wege fördern, statt Flugstrecken Bahnverbindungen ausbauen - und weniger Autos, dafür aber Modelle mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck bauen. Dies darf nicht dem Markt und privaten Konzernen überlassen werden. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, ein preiswertes 365-Tage-Ticket schaffen und den ÖPNV perspektivisch für die Nutzer*innen kostenlos machen. (vgl. Kapitel Mobilitäts- und Energiewende). In den öffentlichen Verkehr, Radwege, Fußwege und Stadtumbau investieren wir 38 Milliarden Euro pro Jahr
- **Starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur für ein besseres Leben.**
Wir entlasten die Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in allen Regionen des Landes. Bei Investitionsmitteln wird ein Vorrang für strukturschwache Regionen und sozial abhängige Kommunen und Stadtteile eingeführt. Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall – und investieren in Barrierefreiheit: im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und beim Wohnungsbau. Regionale Wirtschaftsförderung und -kreisläufe schaffen Arbeitsplätze, soziale Infrastrukturen erleichtern das Leben. Durch Mobilitäts- und Energiewende entstehen sozial gerechte und klimaneutrale Kommunen mit mehr Lebensqualität für alle: bezahlbares Wohnen, gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung, kurze Wege, weniger Lärm, mehr Parks und urban gardening, Spielplätze und Sportanlagen, preiswerte und klimafreundliche Naherholungsangebote.
- **Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze:** Mit einem staatlichen Industrie-Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro/Jahr soll der notwendige ökologische Umbau in der Industrie, insbesondere in der Auto-Zuliefererindustrie unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.
- **Green New Deal in Europa:** Wir wollen die Europäische Zentralbank am Ziel der Förderung guter und sinnvoller Arbeit, der Vollbeschäftigung und sozial-ökologischen Transformation in der EU ausrichten. Die EZB muss Kreditprogramme zur Verfügung stellen, damit die öffentlichen Investitionsbanken der Mitgliedstaaten einen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft bis spätestens 2040 unterstützen und in Gesundheitsversorgung und Bildung, erneuerbare Energien, Bahn und Nahverkehr, sozialen und ökologischen Wohnungsbau investieren können. (siehe Europakapitel)

Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien. Einstieg in ein neues Wohlstandsmodell

Es geht auch um ein neues Wohlstandsmodell: Mit der sozial-ökologischen Investitions-Offensive und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung in Richtung der kurzen Vollzeit (28-35 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich) schaffen wir sichere und sinnvolle Arbeit für alle und mehr Zeitwohlstand. Durch den Green New Deal können wir im Laufe von 10 Jahren über 2 Millionen neue, gut bezahlte Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen. Arbeitsplätze, die mittelfristig durch Digitalisierung und Rationalisierung, Strukturwandel und ökologische Modernisierung verloren gehen, werden mehr als kompensiert. Ökologisch zerstörerische oder von den Beschäftigten als sinnlos erlebte Arbeit, schlecht bezahlte McJobs, werden durch gute und sinnvolle Arbeit ersetzt. Die Menschen, die die Gesellschaft am Laufen halten, werden besser bezahlt. Damit geht die Aufwertung der sozialen Berufe einher. **Der linke Green New Deal ist daher auch ein Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.**

Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, weiterqualifizieren können, ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der Weiterbildung wollen wir ein **Weiterqualifizierungsgeld** einführen, das 90 Prozent des letzten Gehalts beträgt. Das Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und einen Fonds finanziert, in den Unternehmen einzahlen. Die Zeit der Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. Die Fachhochschulen und Universitäten wollen wir für Beschäftigte in der Industrie öffnen und durch eigene Weiterqualifizierungsmöglichkeiten für Zukunftsberufe und Schlüsselqualifikationen, in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften, attraktiver machen schaffen.

Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen.

Die Zukunft von Industrie-Standorten berührt viele Regionen. Familien und Nachbarschaften sind betroffen, die Einnahmen der Kommunen und ihre soziale Infrastruktur. Die Industriepolitik der Bundesregierung folgt den falschen Prioritäten: an erster Stelle stehen die Profite der großen Export-Konzerne, nicht die mittelfristige Zukunft der Beschäftigten, Klimaschutz und der Nutzen für die Gesellschaft. Die Abhängigkeit der Industriestruktur in Deutschland vom Export und von der Auto-Industrie ist eine wirtschafts- und industrielpolitische Sackgasse.

Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden – und die Industrie perspektivisch klimaneutral produzieren. Anders als Konzepte von Strukturwandel in der Vergangenheit geht es nicht um Subventionen von Konzernen und eine gewisse „soziale Abfederung“ der Folgen von Krisen, sondern um eine bessere Zukunft für die Beschäftigten in der Industrie: sinnvolle und sichere Arbeit, Löhne, die für ein gutes Leben reichen, weniger Stress und mehr freie Zeit.

Unser Ziel ist es, dass die Industrie bis 2035 weitgehend CO₂-neutral und energie-effizient produziert und die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion wird. Wir wollen mit Gewerkschaften zusammen einen Prozess der Rüstungskonversion auf den Weg bringen und sinnvolle Arbeitsplätze für die Beschäftigten schaffen (vgl. Kapitel Frieden). Für eine neue Industriepolitik muss das Prinzip gelten: Es dürfen keine Arbeitsplätze verlagert werden, bevor nicht neue, gleichwertige Arbeit geschaffen wurde. Umgekehrt müssen neue Industrieanlagen so ausgerichtet sein, dass bis spätestens 2040 weitgehend CO₂-frei und klimaneutral produziert werden kann.

Wir fordern statt Subventionen für Aktionärs-Renditen einen **Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze**, der für sichere und sinnvolle Arbeit in der Zukunft sorgt:

- **Keine Steuergelder ohne Gegenleistung** – staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran zu treiben, Planungssicherheit und sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.
- **Veto-Rechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft.** Die Belegschaften müssen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen! Betriebsräte müssen auch in wirtschaftlichen Fragen ein Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen von Belegschaftsversammlungen bestätigt werden.
- Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen **Zukunftsplan für die Industrie** entwickeln, der für eine CO₂-neutrale Industrieproduktion bis spätestens 2040 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die Industiekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Bei der Finanzierung der ökologischen Modernisierung der Produktion, wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht zu nehmen. Zur Erinnerung: alleine Daimler, VW und BMW hatten im vergangenen Jahr Gewinnrücklagen in Höhe von knapp 180 Milliarden Euro.
- **Industriefonds über 20 Mrd./Jahr:** Mit einem staatlichen Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro/Jahr soll der notwendige ökologische Umbau insbesondere in der Auto-Zulieferindustrie unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.
- Ein **Investitionsprogramm** für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie (u.a. mit Einsatz von grünem Wasserstoff). Staatliche Hilfgelder darf es nur mit demokratischer Kontrolle und im Gegenzug zu öffentlichen Eigentumsanteilen an den Stahlkonzernen und einer stärkeren Mitbestimmung der Belegschaften geben.
- Wir wollen ein sozial wie klimagerecht ausgerichtetes **Lieferkettengesetz**. Dieses muss die CO₂-Bilanz in der gesamten Wertschöpfungskette einbeziehen. Es beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus. Daten über den Ressourcen-Verbrauch sollen für die gesamte Lebensdauer eines Produkts erhoben werden. Die Unternehmen müssen diese Daten offenlegen. (vgl. Kapitel Welthandel)

Demokratie in der Wirtschaft. Genossenschaften und solidarische Ökonomie fördern

Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern: Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und

Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen, auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

- Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abhängigen Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.
- DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von kollektiven Belegschaftsanteilen vergeben werden. Beim Verkauf von Unternehmen müssen die Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Wir wollen die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum überführen. Die Energiewirtschaft soll durch Stadtwerke organisiert werden, die in den Kommunen dezentral und demokratisch gestaltet werden.

Gerechte Mobilität: ökologisch und bezahlbar für alle – mit guten Arbeitsplätzen

Wir wollen bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für alle. Der Verkehrssektor spart als einziger kein CO₂ ein und ist Treiber der Klimakrise. Gleichzeitig fehlt das Geld für gute Alternativen wie Busse, Bahnen, Fuß- und Radwege. **Unsere Vision:** Wir bauen Bus und Bahn aus und machen den Nahverkehr kostenlos. In Schienen wird investiert und Bahnfahren billiger. In den Städten fahren weniger Autos, dafür werden mehr Ziele zu Fuß und mit dem Rad erreichbar. Lieferverkehr wird öffentlich organisiert und die Arbeitsbedingungen verbessert.

Gerade in der Coronakrise hat sich gezeigt, wie wichtig eine höhere Taktung im ÖPNV, bezahlbare Preise, gute Arbeitsbedingungen und gut ausgebauten Radwege sind – passiert ist fast nichts.

Vielerorts sind Verkehrsbetriebe in Schieflagen geraten, weil es weniger Fahrgäste gab. Doch statt in klimafreundliche Mobilität für alle zu investieren, wurde die Lufthansa mit Milliarden gerettet, ohne Beschäftigungssicherung für die Beschäftigten. Die Belastung durch Autos und LKWs trifft vor allem diejenigen, die es sich nicht leisten können, von der Hauptverkehrsstraße wegzuziehen. Durch die Luftverschmutzung sterben jährlich Millionen Menschen frühzeitig, allein in Deutschland sind es 80 000. Diese Verhältnisse wollen wir ändern. Und wir sind nicht allein: Bürgerinitiativen gegen zerstörerische Verkehrsprojekte, für bessere Bahnangebote oder sichere Rad- und Fußwege sind überall im Land aktiv. Von Umweltverbänden gibt es Unterstützung und die Klimaziele machen eine sozial-ökologische Verkehrswende zwingend.

Mobilität für alle – mit weniger Verkehr

Wir wollen bezahlbare und wirklich barrierefreie Mobilität für alle – mit wenig Aufwand an Zeit und Energie. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, brauchen bessere Bedingungen. Niemand soll auf das (eigene) Auto angewiesen sein.

Unser Ziel ist der solidarisch finanzierte **Nulltarif im ÖPNV** für alle. Erste Schritte sind deutlich günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für Haushalte mit geringem Einkommen, eine Sozial-Bahncard sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. »Schwarzfahren« soll entkriminalisiert und nicht härter bestraft werden als Falschparken.

- Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden, dafür brauchen wir wesentlich mehr Mittel vom Bund. Es braucht neben Schienen und Fahrzeugen, mehr Stellen, gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Knapp 200 000 Beschäftigte müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre im Fahrdienst, in der Instandhaltung und in weiteren Bereichen der Verkehrsbetriebe eingestellt werden, damit der Ausbau des Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen.
- Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden. Statt Profite für UBER und Co. wollen wir neue Mobilitätsangebote ausschließlich unter (kommunaler) Hoheit als Teil des Nahverkehrs in enger Abstimmung oder Kooperation mit den Taxibetrieben. Alle Angebote sollen in einer öffentlichen Plattform zu buchen sein. (vgl. Kapitel Digitalisierung)
- Wir wollen eine **Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum**: Anbindung zum nächsten städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis sowie moderne Flächenrufbussysteme und auch

- Taxen einbezogen werden oder die Grundversorgung ergänzen. Zusätzlich sollten Mobilitätsstationen mit einer Auswahl von geteilten Verkehrsmitteln aufgebaut werden.
- Wir wollen Radfahren und Zufußgehen im Alltag attraktiver und sicherer machen: Mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen sind nötig. Das verbessert auch die Lebensqualität in der Stadt.
 - In den Städten und Ballungsgebieten müssen Radschnellwege mit grüner Welle geschaffen werden. Dafür muss der Bund ausreichend zweckgebundene Mittel für die Kommunen bereitstellen. Wir wollen die Straßenverkehrs-Ordnung fußgänger- und fahrradfreundlicher gestalten.
 - DIE LINKE setzt sich für weitgehend autofreie Innenstädte ein und will den Kommunen hierfür erheblich mehr Spielraum einräumen.

Bahn für alle! Soziale und ökologische Verkehrsplanung

Das Angebot und Streckennetz der Bahn muss flächendeckend ausgebaut werden und bezahlbar sein, so dass alle Ziele bequem mit der Bahn erreichbar sind. Bahntickets machen wir billiger und führen eine Sozial-Bahncard ein, die die Ticketpreise halbiert.

- DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den Ausbau ein. Wir fordern barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe mit Servicepersonal, verlässliche, getaktete Fahrpläne. Alle bisher nur von Dieselfahrzeugen befahrbaren Bahnstrecken müssen zügig elektrifiziert werden.
- Die Geschäftspolitik der Deutschen Bahn wollen wir am Gemeinwohl ausrichten statt am Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert werden. Alle Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften müssen rückgängig gemacht werden. Wir wollen eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.
- Die DB soll alle ICE-Bahnhöfe auch mit Nachzügen anfahren.
- Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa bequem und ökologisch möglich ist. Bis 2030 müssen alle europäischen Großstädte gut mit dem Zug erreichbar sein.
- Wir sind gegen teure und unsinnige Prestige-Projekte, mit denen die Bahn Milliarden verpulvert, statt Strecken und Streckenpflege auszubauen.
- Wir fordern die Halbierung der Trassenpreise auch für den Personenverkehr, damit mehr Verkehr auf die Schiene kommt und Bahnfahren billiger werden kann.
- Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn.

Statt neue Autobahnen zu bauen, wollen wir den Ausbau des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs in den Kommunen und Regionen finanzieren und demokratisch gestalten:

- Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürgerinnen und Bürger und Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur Diskussion stellen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Verkehrsplanung zu demokratisieren.
- Stopp des Neu- und Ausbaus von Autobahnen. Wir wollen einen alternativen Verkehrswegeplan, mit dem die sozial-ökologische Mobilitätswende vollzogen wird und bei dem der schienengebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht. Wir lehnen alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab. Auch öffentlich-

private Partnerschaften (ÖPP) verursachen langfristig Mehrkosten, sind ein Risiko für die öffentliche Hand und schränken die Demokratie ein. Die Infrastruktur-GmbH lehnen wir ab, sie ermöglicht Privatisierung durch die Hintertür.

- Die Pendlerpauschale wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln und zusätzlich einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten. Die hier freiwerdenden Mittel der Pendlerpauschale werden in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investiert. Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen, damit nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren.
- Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich auch Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.
- DIE LINKE will Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm mit einem verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Die Mittel für den Lärmschutz müssen aufgestockt werden. Lärm macht krank!

Automobilindustrie sozial und ökologisch umbauen.

Der linke Green New Deal bietet einen Ausweg aus der Krise der Autoindustrie, der den Belegschaften mehr nutzt als die Politik der Bundesregierung, die die großen Autokonzerne stärkt, am Individualverkehr festhält und nur den Antrieb wechselt will. Durch Investitionen des Bundes in Bahninfrastruktur und öffentlichen Personennahverkehr in den nächsten Jahren über 200 000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze geschaffen werden. Vorrang hat die Produktion von Fahrzeugen für kollektive Mobilitätskonzepte wie E-Busse, Züge und Straßenbahnen.

- Antriebswechsel: Der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis spätestens 2030 ist nicht nur klimapolitisch alternativlos, sondern schafft auch Planungssicherheit für die Beschäftigten und für Investitionen in die Zukunft. Spätestens ab 2030 dürfen keine PKW mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.
- E-Mobilität darf nicht zu einer Rückkehr der Atomkraft führen. Die Energieversorgung muss durch erneuerbare Energien und gemeinwohl-orientiert, in öffentlichem und genossenschaftlichem Eigentum erfolgen.
- Eine Kaufprämie für Elektroautos lehnen wir weiterhin ab. Stattdessen wollen wir Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern, d.h. Straßenbahnen, Züge, O-Busse, E-Busse. Zuschüsse für E-Autos sind darüber hinaus sinnvoll für Fahrzeuge, die viel unterwegs sein müssen – z. B. jene von Handwerkern, sozialen Diensten, Taxen. Der Staat muss die Schaffung eines angemessenen Ladenetzes für Elektrofahrzeuge – auch mit den Ländern der EU – koordinieren.
- Wir wollen die Forschung für eine längere Einsatzdauer und Nutzbarkeit von Fahrzeugen, für energie-effiziente Elektro-Fahrzeuge, Batterieproduktion und -recycling, für Wasserstoff-Brennstoffzellen-Antrieb für (Klein-)Busse ausbauen.

Flugverkehr reduzieren

Fliegen schadet dem Klima. Viele Strecken könnten leicht mit der Bahn zurückgelegt werden, aber die Bundesregierung subventioniert weiterhin den Flugverkehr und hat in der Corona-Krise 22 Milliarden in die Lufthansa gesteckt, ohne Garantien für die Beschäftigten zu erreichen.

- Wir fordern einen Mobilitätskonzern Deutsche Bahn-Lufthansa. Einen sanften Wandel von Kurzstreckenflügen zu Hochgeschwindigkeitszügen bekommen wir hin, wenn wir beide Geschäftsbereiche in einem Unternehmen organisieren statt in Konkurrenz zueinander. Das ist bei den Summen öffentlicher Gelder, die gerade in diese beiden Unternehmen gesteckt werden, von denen eins ohnehin bereits zu 100 Prozent im Staatsbesitz ist, sehr gut möglich.
- Wir treten für ein striktes Nachtflug-Verbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Luftverkehrsgesetz verankert werden. Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
- Wir wollen den innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehr so weit wie möglich auf die Schiene verlagern. Wir wollen ein Verbot von Flügen auf Destinationen, die mit dem Zug in bis zu 5 Stunden erreichbar sind und die nicht weiter als 500 km entfernt sind. Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden.
- Ein Einstieg in eine Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung von defizitären Regionalflughäfen. Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten beenden.
- Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuere in der EU. Auf Flugtickets ins Ausland soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.
- Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff« wollen wir abschaffen. Dabei geht es um Milliarden Euro jährlich. Internationale Flugtickets sollen nicht von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention streichen.

Güterverkehr verringern und auf die Schiene bringen

Die internationalen Konzerne sorgen dafür, dass immer mehr Transportkilometer in den Produkten stecken, weil die profitabelsten Bedingungen überall auf der Welt genutzt werden. Regierungen subventionieren Verkehr, während längere Wege die Unternehmen zu wenig kosten. Der Preis dafür ist hoch: Unfälle, Lärm, Abgase, Klimawandel und Umweltzerstörung. Die Kosten dafür werden der Allgemeinheit aufgebürdet – sie summieren sich auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr und belasten vor allem die Krankenkassen und die Umwelt. Wir wollen diese Entwicklung umkehren, Transporte verteuern und regionale Wirtschaft stärken.

- Die LKW-Maut wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Die externen Kosten wie Luftverschmutzung und Lärmbelästigung müssen einbezogen werden.
- Wir wollen die Nutzung von Bundes- und Landstraßen für LKWs untersagen, wenn eine Bundesautobahn parallel vorhanden ist. Die Ruhezeiten für LKWs wollen wir ausweiten. Die Zulassung von Gigalinen (Lang-LKW) lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir staatlich geförderte Projekte zur Erprobung und Einführung von Oberleitungen für Hybrid-LKW mit Stromabnehmern auf Autobahnen und elektronischen Deichseln für Kolonnenfahrten von LKW und anderen Nutzfahrzeugen als falsche Weichenstellung ab.
- Wir wollen längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer*innen durchsetzen
- Wir wollen die Innenstädte vom Lieferverkehr entlasten. Die Anschaffung von E-Lastenfahrrädern soll ebenso gefördert werden wie Kombibusse oder Straßenbahnen, die auch Pakete transportieren. Wir wollen Kommunen unterstützen, lokale Logistik-Zentren mit guten Arbeitsbedingungen einzurichten. Von dort kann die Verteilung erfolgen, am besten zu Fuß oder per Lastenrad.

- Staatliche Hilfen für die Schifffahrt müssen an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden. Billigflaggen für deutsche Reedereien wollen wir verbieten. Die Konkurrenz der Häfen muss durch eine enge Kooperation abgelöst werden.
- In die Hoheitsgewässer der EU sollen nur noch mit Diesel oder umweltfreundlicheren Antriebsarten betriebene Fracht- und Kreuzfahrtschiffe einfahren dürfen. Die Verwendung von stark umweltschädlichem Schweröl würde damit eingeschränkt.
- DIE LINKE will den Import von »Biokraftstoffen « verbieten, weil damit Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt und Biotope zerstört werden. Regionale Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim ÖPNV eingesetzt werden.

Klimagerechtigkeit und Energiewende

Um das Klima zu retten, ist ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft notwendig. Aber die Regierung verzögert mit falschen Weichenstellungen im Interesse von Konzernen die Klima-, Energie- und Verkehrswende. Der Kohleausstieg kommt zu spät. Mit der Politik der Großen Koalition kann das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung nicht erreicht werden. Obwohl alle wissen, dass das Klima so nicht gerettet werden kann. Die Kosten der Klimakrise wollen CDU, SPD und Grüne auf die Menschen abwälzen. Dabei sind es die Konzerne, die mit ihren klimaschädlichen Geschäftsmodellen Profite machen: 100 Unternehmen sind für 70 Prozent des globalen industriellen CO₂-Ausstoßes verantwortlich. DIE LINKE steht für einen sozial-ökologischen Systemwechsel: Dafür, dass Mensch und Natur nicht ausgebeutet werden. Dafür, dass nicht der Geldbeutel entscheidet, ob man sich einen ökologischen Lebensstil leisten kann. Nach Zahlen der Nichtregierungsorganisation Oxfam stoßen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland pro Kopf etwa 4,5-mal so viel CO₂ aus wie die unteren 50 Prozent. Der Klimawandel wird nicht von *den Menschen* gemacht, sondern von den Reichen – mit zahlreichen Reisen, großen Immobilien und Yachten. Den Preis dagegen zahlen die Armen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern können oder bei steigenden Lebensmittelpreisen das Essen nicht mehr leisten können. Wir wollen eine sozial-ökologische Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität profitieren. Dafür wollen wir die großen Konzerne entmachten und die Produktion an sozialen und ökologischen Zielen ausrichten.

Ein sozial-ökologische Systemwechsel in Deutschland ist auch eine Frage der sozialen und der globalen Gerechtigkeit. Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders stark betroffen und am wenigsten dafür verantwortlich. Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch hierzulande zu verringern und sich für eine gerechte Verteilung von Rohstoffen und Ressourcenverbrauch einzusetzen.

Unsere Hoffnung sind die Millionen Menschen, die in den letzten Jahren auf der Straße waren und für Klimagerechtigkeit gestreikt haben. Wir stehen an der Seite der Klimabewegung und unterstützen Forderungen nach einer sozial gerechten Klimawende hin zu Klimaneutralität innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte.

Unser Programm für konsequenteren Klimaschutz und Klimagerechtigkeit:

- Wir fordern die Energiewende mit 100% Erneuerbaren bis 2035. Wir wollen den Kohleausstieg bis spätestens 2030. Wir wollen die Energiekonzerne entmachen und eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.
- Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis spätestens 2040 keine Treibhausgase mehr produziert. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.
- Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.
- Wir fordern, dass Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung aufgenommen wird. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit. Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen klare Vorgaben machen.

Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten

Die Pariser Klimaschutzziele erfordern ein Auslaufen der deutschen Kohleverstromung bis spätestens 2030, und nicht erst 2038, wie die Große Koalition 2019 im Kohleausstiegsgesetz beschlossen hat.

Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohleverstromung muss arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch begleitet werden. Interessenvertreter*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region müssen eingebunden und Kündigungen vermieden werden. DIE LINKE fordert ein nationales **Kohleausstiegsgesetz** mit folgenden Eckpunkten:

- Der schrittweise Kohleausstieg beginnt sofort. Spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz. Der Neubau von Kohlekraftwerken sowie für den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen wird verboten. Das 2020 neu in Betrieb genommene Steinkohlekraftwerk Datteln 4 wird wieder vom Netz genommen.
- Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und Revieren erfolgen. Es braucht in den nächsten Jahren 40 Milliarden, um die Übergänge gerecht zu gestalten. In vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen wollen wir Transformationsräte einrichten, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft fachlich begleiten. Diese sollen Initiativrecht über die Gelder aus dem Transformationsfonds und der regionalen Infrastrukturpolitik haben. Die Räte müssen finanziell angemessen ausgestattet sein, um ihre Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Sie setzen sich zusammen aus Vertreter*innen von Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften sowie zur Hälfte aus direkt gewählten Bürger*innen und Vertreter*innen der Belegschaften.
- Für den Braunkohleabbau dürfen keine weiteren Dörfer abgebaggert werden, der Hambacher Forst darf nicht weiter zerstört werden.
- Entschädigungen an Betreiber nur für nachzuweisende tatsächliche Mehrkosten infolge eines vorgezogenen Kohleausstiegs.
- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Betreiber ihren Verpflichtungen aus dem Bergrecht nachkommen: Tagebaue müssen wieder nutzbar gemacht und Kosten für Bergbaufolgeschäden von den Konzernen übernommen werden.
- Bis der notwendige Ausstieg aus der Kohle erreicht ist, müssen die Folgen des Abbaus von Braunkohle begrenzt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Bundesberggesetzes ein: Statt der Konzerninteressen müssen Umwelt und die Menschen vor Ort an erster Stelle stehen und mitentscheiden können.

Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit den Neufestlegungen der EU-Klimaschutz und -Energieziele für 2030 für eine Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 70 Prozent einsetzen, für einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45 Prozent. Auf EU-Ebene unterstützen wir eine Reform des EU-Emissionshandels, die zur Anhebung der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch des Instruments ausschließt.

In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten

Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die Bürger*innen selbst gestaltet ist. Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung muss ein Ende haben. Die Energieversorgung wollen wir bürgerlich und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisieren. Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der Profitgewinnung entzogen werden. Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten,

Emissionshandel und im Erneuerbare- Energien-Gesetz müssen entfallen. Sie verhindern den notwendigen Strukturwandel.

- Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt und eine dezentralisierte Energieversorgung mit Speichersystemen vorangebracht wird, ist ein deutlich geringerer Netzausbau erforderlich, als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz- und Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.
- Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum Jahr 2030 und auf 100 Prozent bis 2035 erhöhen. Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie für Projekte bis 18 Megawatt bzw. fünf Anlagen ab.
- DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten Netze erhalten. In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden. Gleichzeitig werden damit Grundlagen zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen geschaffen.
- Investoren müssen verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaik-Kraftwerken und Energiespeichern anzubieten. Die Kommunen werden dadurch Mitbesitzer; sie müssen an finanziellen Erträgen der Ökostrombetreiber beteiligt werden.
- Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch BHKWs im Keller oder Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach.

Atomausstieg sofort: Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden. Atomexporte müssen verboten werden. Die Konzerne müssen die Langzeitkosten der Atomwirtschaft tragen.

- Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein. Es braucht einen gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken ein. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) darf keine Atomkraftwerke im Ausland fördern.
- Den Im- und Export von Uranbrennstoffen wollen wir verbieten. Die Fertigung von Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen Anlagen in Gronau und Lingen muss beendet werden.
- Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter. Atommülllagerung kann nicht von oben und ohne Beteiligung der Betroffenen und der Aktiven in der Anti-Atom-Bewegung durchgesetzt werden. Dafür braucht es umfassende Mitsprache und Klagerechte in allen Phasen des zu entwickelnden Suchverfahrens.
- Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Atomanlagen müssen die Atomkonzerne tragen. Dabei muss ein Höchstmaß an Strahlenschutz und Sicherheit gelten sowie eine

umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht werden, die über das bestehende Atomrecht hinausgeht.

- Öffentliche Gelder, inklusive der Pensionsrücklagen und Rentenkassen, müssen umgehend aus Anlagen in Unternehmen der fossil-atomaren Energiebranche abgezogen werden. Öffentliche Institutionen dürfen nicht in fossile und nukleare Energieunternehmen investieren.

Mit ihrem Fracking-Erlaubnisgesetz vom Juni 2016 haben CDU/CSU und SPD Fracking im Sandstein (sogenannten Tight-Gas-Reservoirs) zugelassen. Wir wollen Fracking ohne Ausnahmen verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die unterirdische Verpressung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) verboten wird.

Strompreise stärker kontrollieren, Energie für alle bezahlbar machen

Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. DIE LINKE will Energiearmut verhindern.

Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen.

- Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom, Wasser und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen.
- Die Strompreise müssen stärker überwacht und sozial gerechter ausgerichtet werden. Der zuständigen staatlichen Behörde soll daher ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.
- Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt einführen, damit die Netzendgelte in Regionen mit vielen Ökostromanlagen nicht höher sind.
- Wir fordern ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne.

Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir

- die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren;
- die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher senken.
- Für zusätzliche Entlastungen wollen wir einen Energiewendefonds auflegen, der die Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage über einen längeren Zeitraum streckt.
- Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt und um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Die Heiz-, Warmwasser- und Stromkostenkomponente soll im Wohngeld zu einer Energiekostenkomponente (»Klimawohngeld«) zusammengeführt werden. So wird Energiearmut verhindert.
- Wir wollen eine Öko-Abwrackprämie für Haushaltsgeräte auflegen. Die zu ersetzenen Elektrogeräte müssen mindestens zehn Jahre alt sein und die Neugeräte die beste Stromeffizienz aufweisen. Die Förderprämie für den Austausch von Kühlschränken in einkommensschwachen Haushalten wird von 100 auf 200 Euro erhöht, für Wasch- und Spülmaschinen werden zusätzliche Förderprämien gezahlt.

Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die nicht bereitgestellt werden muss. Es braucht Standards, die den maximalen Energieverbrauch von Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden vorgeben. Es dürfen nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein

Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten. Der Altbaubestand muss bis 2040 nahezu vollständig energetisch saniert werden. Dafür wollen wir sozial gerechte Förderprogramm ausbauen (vgl. Kap. Keine Profite mit der Miete).

Grüner Wasserstoff als neue Säule der Energiewende

In den Bereichen, in denen es klimapolitisch sinnvoll ist (vgl. Kapitel Industriepolitik), muss in Deutschland produzierter Wasserstoff gefördert werden. Wo die Elektrolyse-Anlagen öffentlich gefördert sind, müssen sie mindestens anteilig öffentlich betrieben werden.

- Wir wollen jährlich 1 Mrd. Euro einsetzen zur Förderung der Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft (vor allem für Industrieanwendungen, wie bei Stahl- und Zementindustrie, sowie für den Flug- und Seeverkehr).
- Neue Anwendungen müssen über die gesamte Erzeugungs- und Anwendungsphase weniger Treibhausgase ausstoßen als fossile Alternativen und der Einsatz von Wasserstoff ist auf „grünen“ (also mittels Ökostroms hergestellten) Wasserstoff zu beschränken. Wir setzen uns für ein Importverbot von nicht ökologischem Wasserstoff ein.

Für eine nachhaltige Landwirtschaft. Gesunde Nahrungsmittel für alle

Lebensmittel werden hunderte oder tausende Kilometer transportiert, bevor sie auf den Tisch kommen. In der Landwirtschaft dominieren große Agrarkonzerne, die ihre Gewinne auf Kosten von Menschen und Umwelt machen. Kleine und ökologische Betriebe haben es schwer. Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Der Export von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln darf nicht länger subventioniert werden. Er trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des globalen Südens, aber auch hier vor Ort bei. Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung fördern. Und: In Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung braucht es gute Arbeitsbedingungen. Vier große Einzelhandelskonzerne bestimmen 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland und machen fette Profite, während viele Landwirt*innen kaum über die Runden kommen.

- Auch in der Landwirtschaft muss man von der Arbeit gut leben können, egal ob Vollzeit- oder Saisonarbeitskraft. Wir setzen uns für **gute Arbeitsbedingungen- und Einkommen** durch flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein.
- Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle. Wir wollen **regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen** als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen: Konzernmacht durch effektives, gemeinwohlorientiertes Kartellrecht beschränken. Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik durch ein verpflichtendes Lobbyregister offenlegen. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne. Wir wollen den **Ökolandbau** ausbauen. Genossenschaftliche Landwirtschaft, Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen.
- Wir wollen **Boden verfügbar machen** für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche Bevölkerung. Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Öffentlichen Besitz an Land- und forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir stärken und BVVG Flächen in Länderhand übergeben. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen langfristig verpachtet. Junglandwirt*innen und genossenschaftliche Konzepte wollen wir fördern. Das wollen wir mit einer umfassenden Reform der ordnungs-, steuer-, förder- und preisrechtlichen Regelungen zum Boden angehen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen soll grundsätzlich an Landwirt*innen sowie gemeinnützige Landgesellschaften erfolgen – und zwar zu Preisen, die dem Ertragswert entsprechen.
- DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der **EU-Agrarpolitik** ein. Ab der kommenden Förderperiode sollen die Zahlungen konsequent an Umwelt- und Sozialkriterien gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Nach 2020 darf es nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Bei der Flächenprämie sollen sozialpflichtige Arbeitskräfte berücksichtigt und Investoren ausgeschlossen werden. Mit höheren Erzeugerpreisen wollen wir die Abhängigkeit der Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduzieren und über eine gerechte Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette sichern, dass Lebensmittel bezahlbar

bleiben. Wir wollen auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark reduzierte Tierhaltung und einen drastisch reduzierten Pestizideinsatz bis spätestens 2040.

- DIE LINKE will Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte Pflanzensorten und Nutztierrassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten **Pflanzen** verbieten. Klonen von Tieren muss verboten bleiben. Wir wollen eine Kennzeichnung von importierten Lebensmitteln, die aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellt werden. Wir wollen den Anbau und den Handel mit sowie den Import von gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten.
- **Glyphosat** und Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir wollen Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.
- Die heimische Produktion von **Eiweißfuttermitteln**, regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen wollen wir stärken
- Wir wollen eine **Nutztierhaltung**, die tiergerecht und flächengebunden und auf die einheimische Nachfrage bezogen ist. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte eingeführt werden. Nicht tiergerechte Massentierhaltung lehnen wir ab. Dazu wird ein sozial gestaltetes Umbauprogramm gebraucht.
- Lücken im Tierschutzrecht müssen endlich geschlossen werden und das Staatsziel Tierschutz ernst genommen werden. Wir wollen ein Verbot von Lebendtiertransporten, die über das Höchstmaß von vier Stunden hinausgehen. Der nächstgelegene Schlachthof soll stets bevorzugt werden.
- Qualzucht und nicht-kurative Eingriffe an Tieren (Schnäbel, Hörner, Schwänze) wollen wir verbieten. Das gilt auch für das Schreddern von Küken, die Anbindehaltung für Rinder und Kühe. Zuchtsauen dürfen nicht im Kastenstand gehalten werden. Schluss mit tierquälischen Kastrations-Methoden!
- Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf zwingend notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden. Die Agrarforschung einschließlich der epidemiologischen Forschung wollen wir stärken, um den Ausbruch- und die Verbreitung von Tierseuchen deutlich schneller zu erkennen und eingrenzen zu können. Wir fordern dafür ein spezialisiertes Epidemiologisches Zentrum, um z. B. ein Frühwarnsystem für Pandemierisiken zu entwickeln.
- Bezahlbare regionale und Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden. DIE LINKE will Schul- und Selbsterntegärten sowie urbane Landwirtschaft stärken. Dies leistet auch einen Beitrag für kurze Wege in der Versorgung mit Nahrungsmitteln.
- Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders berücksichtigen (z.B. Paludikulturen, Terra Preta, Agroforstsysteme, tiefwurzelnde Nutzpflanzen).

Die Vielfalt der Natur und Tiere schützen

Natur, Umwelt und Klima sind unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt. Wirksamer Naturschutz steht den Interessen von Unternehmen und ihrer Lobby entgegen. Das haben die Auseinandersetzung um den Hambacher und Dannenröder Forst gezeigt. Wälder werden zerstört, und das mitten in der Klimakrise. Umwelt, Natur und Klima werden weltweit den Profiten geopfert, mit drastischen Folgen. Bis zu 130 Tier- und Pflanzenarten sterben täglich aus.

DIE LINKE steht für echten Tier-, Natur- und Artenschutz. Das geht nicht ohne klare Regeln für Unternehmen.

- Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.
- Wir unterstützen das »Top-Runner-Modell« (das effizienteste Gerät zu einem bestimmten Zeitpunkt setzt den neuen Standard) für die Produktion von Geräten. Naturschutz- und Biodiversitätsziele müssen in andere Politikbereiche integriert werden, um den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten. Zur Kontrolle müssen die Umweltverwaltungen mit mehr Personal ausgestattet werden. Damit die EU-Naturschutz-Richtlinien und ihre nationalen Entsprechungen eingehalten werden, müssen sie finanziell gestützt werden. Das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen wir aufstocken.
- Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und sollen an Naturschutz- und Umweltverbände vergeben werden.
- Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen Naturerbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis- Entwicklung ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von zwei Prozent Wildnis zu erreichen.
- Insekten müssen als wichtiger Teil des Ökosystems geschützt erhalten und die Biodiversität gefördert werden

Tierschutz stärken

- Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. DIE LINKE will Wilderei und illegalen Wildtierhandel bekämpfen. Die Haltung bestimmter Wildtierarten und die Dressur von Wildtieren in Zirkussen und Delfinarien wollen wir im Sinne des Tierwohls ebenso beenden wie den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen. Wir fordern einen Einfuhrstopp für Jagdtrophäen geschützter Arten.
- Tierversuche müssen durch Alternativmethoden ersetzt werden.
- Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der Verbandsklagerechte für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im Sinne der Aarhus-Konvention ein.
- Daunen dürfen nicht durch Rupfung von lebenden Tieren gewonnen werden. Den Import von Produkten aus Zwangsfütterung (Stopfen) wollen wir verbieten.
- Der Verkauf von und Handel mit echtem Pelz von Tieren soll verboten werden.

Böden und Meere schützen

Böden und Wasser nachhaltig nutzen und schützen. Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für den Wasserkreislauf als Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung.

- Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelungen dürfen nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung in der Region einhergehen. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten Bedarf geben. In den Regionalplänen müssen Entsiegelungspotenziale festgehalten werden.
- Die Meere sind stark belastet, die Klimakrise verschärft die Situation deutlich. Gemeinsam mit Umweltschutzverbänden fordern wir eine Meeresoffensive: Keine Überfischung, effektiver Schutz mariner Arten und Lebensräume, Meeresschutzgebiete müssen erhalten und ausgebaut werden – mindestens 50 Prozent der Schutzräume müssen aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Und es braucht mehr Geld und Personal, um Maßnahmen umzusetzen.
- Die Privatisierung von Wasserversorgung und des Zugangs zu See- und Meeresflächen lehnen wir ab (vgl. internationales Kapitel)
- Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben. Dazu gehören die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen. Der »Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz« (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.
- Das Bundesprogramm »Blaues Band« wollen wir weiterführen, umsetzen und finanziell absichern.
- Die Umweltbelastung von Gewässern durch unsachgemäße Entsorgung von Arzneimitteln ist gefährlich. Wir wollen das Rücknahmesystems von Medikamenten (wieder) einführen.
- Es muss ein Fonds einführt werden, um belastete Flächen von Altlasten zu befreien.
- Wir setzen uns für den Schutz der NATURA-2000-Schutzgebiete in Nord- und Ostsee ein. Die Schutzgebiete sollen frei von Fischerei, militärischer Nutzung, Ressourcenabbau und sonstigen wirtschaftlichen Eingriffen sein. Wir wollen alternative Fangmethoden fördern, um auf grundberührende (Schleppnetze) und lebensraumschädliche Methoden zu verzichten, und eine nachhaltige Fischerei mit Fangquoten, die auf wissenschaftlichen Empfehlungen basieren.

Eine Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont

- Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen.
- Abfallentsorgung darf nicht privatisiert werden. Sie muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.
- Das Näheprinzip muss bei der Abfallentsorgung und -verarbeitung eingehalten werden. Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten zu erhöhen.
- Wir wollen quantitative Abfallvermeidungsziele einführen, einen Rückgang des absoluten Ressourcenverbrauchs erreichen und die Plastikflut in den Griff bekommen. Einen Beitrag sollen dazu standardisierte Mehrwegsysteme leisten, die mindestens deutschlandweit in

jedem Geschäft abgebar sein sollen, und das nicht nur im To-Go-Bereich, sondern auch für Versandhandel und bei Geschäften zwischen Unternehmen.

Mehr Rechte für Verbraucher*innen

Unternehmen, Banken und Konzerne sitzen gegenüber Verbraucher*innen am längeren Hebel und nutzen ihre Macht oft zum Nachteil der Verbraucher*innen aus. DIE LINKE setzt hier nicht allein auf Transparenz, sondern will die Rechte von Verbraucher*innen stärken. Sie verbindet Verbraucher*innenpolitik mit der sozialen Frage, denn es sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen und Senior*innen, auf die windige Geschäftspraktiken abzielen – und denen diese Abzocke im Portemonnaie besonders weh tut. Wir wollen eine eigenständige Verbraucherschutzbehörde mit starken Durchsetzungsbefugnissen. Die Verbraucherschutzverbände sollen finanziell besser ausgestattet, ihre Rechte sollen gestärkt werden. Dazu sollen sie auch Einnahmen des Bundes aus den Geldbußen der Kartellstrafen erhalten.

- Inkassoabzocke muss durch klare gesetzlich gedeckelte Gebühren und durch eine Erhöhung der Mahn-Anforderungen an Unternehmen gestoppt werden. Mehr als 15 Euro Inkassokosten bzw. 5 Euro bei Forderungen bis 50 Euro sind unseriös.
- Wir wollen die Macht der SCHUFA und anderer Wirtschaftsauskunftsdateien auf den Lebensalltag der Menschen stark eindämmen. Eine „Schufa“-Anfrage darf nur noch bei tatsächlichen Kreditgeschäften erlaubt sein, nicht mehr für Verbraucherverträge des täglichen Bedarfs wie Miete, Strom- und Handyrechnungen. Ein negativer Schufa-Score muss nach einem Jahr wieder gelöscht werden. Darüber hinaus sollen in Zukunft Bonitätsauskünfte nicht mehr durch ein privates Unternehmen, sondern nur noch durch die öffentliche Hand erlaubt sein.
- Unlautere Telefonwerbung muss unterbunden werden. Telefonisch abgeschlossene Verträge dürfen erst wirksam werden, wenn Verbraucher*innen den Vertrag schriftlich bestätigen.
- Kostenfallen durch 2-jährige Vertragslaufzeiten zum Beispiel bei Fitness- und Handyverträgen und automatische Vertragsverlängerungen wollen wir abschaffen.
- Wucherpreise bei Verbraucherkrediten durch aufgedrängte oder untergeschobene Restschuldversicherungen müssen beendet werden.
- Verbraucher*innen müssen gegen Insolvenz von Reiseveranstaltern und Airlines geschützt werden.
- Damit sich Verbraucher*innen gemeinsam gegen Tricks von Unternehmen und Bereicherung auf Verbraucherkosten wehren können, machen wir für Sammelklagen stark, die unmittelbar zu einem Schadensersatz durch die Unternehmen führen.
- Für langlebige technische Geräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen und Fahrzeuge, IT- und Elektrogeräte soll eine gesetzlich garantierte Mindestnutzungsdauer von 5 Jahren Pflicht werden. Darüber hinaus müssen IT-Produkte und Haushaltsgeräte leicht reparierbar und Upgrades jederzeit möglich sein. Wir fordern eine Anpassung der Produkthaftung an das digitale Zeitalter.
- Verbraucher*innen haben ein Recht auf transparente Informationen durch Behörden und Unternehmen. Dazu brauchen wir ein starkes Verbraucherinformationsgesetz. Wir wollen einen Anspruch der Verbraucher*innen auf kurze, klare und vergleichbare Informationen, zum Beispiel über Kosten und Vertragslaufzeiten bei Krediten und Geldanlagen, bei

Internetverträgen und Versicherungen. Wir wollen strengere Transparenzstandard für Online-Marktplätze und -plattformen.

- Wir wollen eine schrittweise Einschränkung der Produkt- und Markenwerbung im öffentlichen Raum. Sofort fordern wir ein Verbot von Werbung in Schulen und Kitas.
- Verbraucherbildung muss soziale und ökologische Auswirkungen mit einbeziehen.
- Verbraucher*innen müssen das Recht darauf haben, selbst zu bestimmen, was mit ihren oder seinen Daten geschieht, ohne benachteiligt zu werden. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beinhaltet hierfür wichtige Rechte, die bisher jedoch nicht ausreichend geschützt und genutzt werden.
- Guter Verbraucherschutz ist auf Hinweisgeber*innen angewiesen, die auf Missstände in Unternehmen, Behörden und anderen Einrichtungen aufmerksam machen. Wir brauchen ein Whistleblower-Schutzgesetz in Deutschland, damit diese Personen geschützt werden und nicht aus Angst vor Repressalien schweigen.

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten!

- **Unabhängige Beratung statt Drückerkolonnen.** Wir werden den provisionsbasierten Verkauf von Finanz- und Versicherungsprodukten abschaffen. Honorarberatung und unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen müssen gestärkt werden.
- **Zusagen an Verbraucher*innen einhalten.** Wir verpflichten Versicherer und andere Finanzdienstleister, auch unter Niedrigzinsbedingungen die gemachten Garantien und Zusagen ihrer Produkte einzuhalten. Bei klassischen Lebensversicherungen dürfen Bewertungsreserven und Überschüsse, die grundsätzlich den Verbraucher*innen zustehen, nicht gekürzt werden.
- **Den gesamten Kapitalmarkt regulieren und Gebühren begrenzen.** Wir unterstellen den fast unregulierten „grauen“ Kapital- bzw. Kreditmarkt einer wirksamen, einheitlichen Finanzaufsicht und regulieren ihn strikt. Zu einem guten finanziellen Verbraucherschutz gehören auch die Begrenzung unangemessener Gebühren und Entgelte für Bankdienstleistungen. Außerdem begrenzen wir die Vorfälligkeitsentschädigungen bei vorzeitiger Rückzahlung von Darlehen deutlich.

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Eine Zukunft für die Regionen

Die Herausforderungen in Ostdeutschland sind gesamtdeutsche. Sie sind Herausforderungen der sozialen Gerechtigkeit. Noch immer geht es um Anerkennung von und den Respekt für Lebensleistungen einer ganzen Generation, die sich in den Wendejahren neu erfinden musste. Ostdeutschland ist längst weit mehr als die Erinnerung an die Zeiten des demokratischen Neuanfangs: von Energiedörfern über ökologische Landwirtschaft bis zu solidarischer Ökonomie. Ostdeutschland steht für den Lebensmut einer jungen Generation, die nicht mehr gewillt ist, die strukturellen Benachteiligungen hinzunehmen. Viele kennen das Gefühl, dass die eigenen Lebensleistungen – oder die der Eltern – nicht anerkannt werden. Dass der gesellschaftliche Vertrag, nach dem sich harte Arbeit gegen soziale Absicherung tauscht, nicht gilt. Fast jede*r Zweite im Osten fühlt sich in seiner oder ihrer Arbeit nicht wertgeschätzt – auch unter qualifizierten Beschäftigten mit unbefristeten Arbeitsverträgen. Ostdeutsche Beschäftigte waren lang bereit, Leistungen auch unter harten Bedingungen abzuliefern und eigene Interessen zurückzustellen: im Interesse des Betriebs und mit Blick auf die für alle schlechteren Perspektiven im Osten. Jetzt wächst die Bereitschaft zu streiken und zu kämpfen. Der Kampf geht um mehr als „nur“ die Lohnhöhe und Arbeitsplätze: Sie sind zum Symbol geworden für Gerechtigkeit, Anerkennung, mehr Mit- und Selbstbestimmung. Sie kämpfen für die eigenen Rechte und den Eigen-Sinn des Ostens. DIE LINKE ist den Erfahrungen und den Kämpfen der Menschen in Ostdeutschland verbunden. Wir sind die Stimme des Ostens.

Zukunftsirtschaft in Ostdeutschland

Entscheidungen, die die Treuhand und die Politik des so genannten „Aufbau Ost“ getroffen haben, bestimmen noch heute die Entwicklungspfade der ostdeutschen Gesellschaft. Zwar wurden viele Ortskerne restauriert. Strukturell und im Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer immer noch die größte zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Die Löhne im Osten, Einkommen und Vermögen sind geringer, die Netzarbeitung schlechter. Für die Menschen ist die Zukunft vielfach von Sorgen geprägt. Zwar waren in den letzten Jahren höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen, die Haushaltsüberschüsse flossen jedoch oft zur Schuldentlastung an die Banken und nicht in notwendige Investitionen. Der Deckel auf den kommunalen Haushalten vermittelt den Menschen: Für zentrale Bedürfnisse des Lebens ist kein Geld da. Und: dass die Interessen der einen Gruppe immer zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen. Das ist auch ein Nährboden für Missgunst und Rassismus.

Ungleichheit wird vererbt: In der DDR wurde kaum Vermögen in privater Hand gebildet. Das spürt selbst die dritte Generation noch: Sie hat systematisch schlechtere Chancen, die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge privat auszugleichen. Sie kann nicht auf ein Familienerbe hoffen, um dauerhafte prekäre Lebensverhältnisse zumindest in der zweiten Lebenshälfte abzufedern, oder dem angespannten Mietwohnungsmarkt auf eine Eigentumswohnung der Eltern ausweichen.

Die Treuhand hat einen großen Anteil an der dauerhaften Demontage der ostdeutschen Gesellschaft gehabt. Die staatliche „Förderung“ ostdeutscher Wirtschaft wanderte vielfach in den Unternehmenskassen der westdeutschen Konkurrenz (Kalisalz, Vulkan-Werft), die plötzlich „Mutterkonzern“ waren. Der öffentlichen Hand im Osten blieben vor allem Nachsorgekosten und willkürlich festgelegte kommunale „Altschulden“.

- DIE LINKE beantragt im Bundestag einen **Untersuchungsausschuss**, der aufarbeiten soll, wer auf Grundlage welcher Expertisen und zu wessen Gunsten die wirtschaftlichen Entscheidungen gefällt hat.

Für gleichwertige Lebensbedingung im Osten braucht es gezielte Impulse durch Investitionen. Mindestens 50 Milliarden Euro müsste die Wirtschaftsleistung in den Flächenländern Ost höher sein, um an das Westbundesland mit der niedrigsten Wirtschaftsleistung aufzuschließen (Schleswig-Holstein) und damit auch die höheren Löhne tragen zu können. Um knapp 170 Milliarden Euro müsste die ostdeutsche Wirtschaftsleistung ausgeweitet werden, um im Durchschnitt der westlichen Bundesländer zu liegen.

Unser Konzept für eine Zukunftswirtschaft beinhaltet:

- Eine Lohnoffensive Ost und Einsatz für (gleich) gute Renten
- einen Investitionsplan Ost, der die wirtschaftliche Entwicklung voranbringt
- und die Sicherung der Daseinsvorsorge.

Wir setzen auf eine regional verankerte Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in den jeweiligen Regionen ausrichtet. Was in der Region an Waren und Dienstleistungen konsumiert wird, soll viel mehr in der Region produziert werden. DIE LINKE setzt auf die Idee von gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Wirtschaftskonzepten. Gegen die Dominanz marktwirtschaftlicher Verwertungs- und Effizienzlogik setzen wir uns für eine gute Versorgung, eine bedarfsgerechte öffentliche Daseinsvorsorge und den Stopp der Privatisierung von öffentlichem Eigentum ein. Unsere Vision ist ein anderer Entwicklungspfad der im Osten – und in anderen Regionen – eingeschlagen werden muss.

Die öffentliche, soziale wie technische, Infrastruktur hat einen wesentlichen Anteil an der Lebensqualität vor Ort.

- Keine „verlängerte Werkbank“ in Ostdeutschland: Wir stärken regionale Verwertungskreisläufe.
- Den **öffentlichen Nahverkehr ausbauen** und für die Nutzer*innen kostenfrei machen. Stillgelegte Strecken und vom öffentlichen Verkehr abgeschnittene Dörfer darf es nicht geben. Ein kostenfreier Nahverkehr mit guten bezahlbaren Verbindungen in die größeren Zentren stärkt Mobilität und Lebensqualität, er schützt das Klima und schafft **Arbeitsplätze** in der Produktion von Fahrzeugen und Schiene – viele davon liegen im Osten.
- Schub für **Demokratie und Selbstbestimmung**: Wir fördern **Genossenschaften** und belegschaftseigene Betriebe. Das sichert auch die Unternehmensnachfolge, die in Ostdeutschland oft in Frage steht.
- **Die ostdeutschen Flächenländer belegen die hinteren Plätze, wenn es um die Breitbandversorgung der Haushalte mit mehr als 50 Mbit geht.** Die **Kommunen** (Kreise, kreisfreie Städte) müssen das Recht haben, das **Breitbandnetz** in ihrem Gebiet **selbstständig aufzubauen und zu betreiben**, um Versorgungssicherheit bei hoher Qualität der Anschlüsse zu gewährleisten. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen sinnvoll und muss vom Bund finanziell und über Beratungsleistungen gefördert werden.

Der Vorrang privater Anbieter sowohl beim Ausbau als auch beim Betrieb der regionalen Breitbandnetze muss abgeschafft werden.

- Wir wollen **regionale Planungs- und Beratungsstellen** in öffentlicher Hand schaffen, die Kommunen bei Projekten unterstützen oder diese gänzlich für sie durchführen. Insbesondere in kleineren Kommunen werden bestimmt Vorhaben wie der Neubau einer Schule, Kita, Rekommunalisierung von Energie oder ÖPNV nur in größeren zeitlichen Abständen realisiert, trotzdem sollen Kommunen über nötige spezialisierte Planungskapazitäten problemlos zugreifen können.

Genossenschafts-Offensive: Um regionale und kommunale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die Gründung von Genossenschaften fördern. Genossenschaften dürfen dabei nicht als prekäre, „selbstausbeuterische“ Konkurrenz zu guter Arbeit aufgebaut werden, sondern als Teil einer Demokratisierung der Wirtschaft. Sie können als Energiegenossenschaften arbeiten, die die kommunale Energieversorgung ergänzen, bezahlbares Wohnen, Landwirtschaft, Vertrieb, Brauerei, Produktion und Reparatur, Gesundheitsdienstleistungen oder andere Elemente der Daseinsvorsorge garantieren.

- Geförderte Genossenschaften sind an dieselben Kriterien für gute Arbeit gebunden. Sie sollen auf gemeinwohlorientiertes Wirtschaften bezogen sein – das schließt Wirtschaftlichkeit ein, aber nicht Profit. Es braucht ein **neues Verständnis von erfolgreichem Wirtschaften**.
- Wir wollen regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken. Produktionsgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen miteinander verbunden werden.

Tarifverträge und gute Arbeit

Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür durchschnittlich 5000 Euro weniger Gehalt als ihre westdeutschen Kolleg*innen. Die besondere Ost-West-Spaltung, die quer durch Deutschland und Europa geht, bedeutet für viele Menschen eine Erfahrung von Abwertung. Selbst dort, wo Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt herrscht, bleibt Ostdeutschland ein Niedriglohnland mit schlechten Arbeitsbedingungen. Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne liegen drei bis sechs Euro unter den westdeutschen Flächenbundesländern. Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse haben in zehn Jahren um zehn Prozent zugenommen – mehr als jede*r Dritte Beschäftigte ist heute betroffen.

- Wir wollen einheitliche Tarifgebiete in Ost und West. Dass eine Lohnangleichung möglich ist, hat die IG-Bau bewiesen. **Die Ost-West-Lohnmauer lässt sich dort überwinden, wo Gewerkschaften besonders einflussreich sind.**
- In vergleichbaren Branchen müssen bundesweit gleiche Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen gelten.
- Die **Vergabe öffentlicher Aufträge** binden wir an **Kriterien: 1. Tariftreue, 2. ökologisches Wirtschaften, 3. kurze Wege** und Transportvermeidung. Wir wollen einen **Vergabemindestlohn**, der sich an der Höhe der niedrigsten Gehaltsklasse des TVL orientiert, verbindlich für die Vergabe machen.

Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung

30 Jahre nach der Vereinigung ist die Lebensleistung im Osten immer noch nicht gleich viel wert. Die Ostrenten müssen sofort an das Westniveau angepasst werden.

Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung der Ostgehälter erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heutigen Beschäftigten führen.

Für Zeiten des Niedriglohns wollen wir generell für alle Beschäftigten in Ost wie West eine Hochwertung in der Rente einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.

Gutes Leben auch auf dem Land: Soziale Zentren

In den kleineren Gemeinden ist das öffentliche Leben oft weitgehend zum Erliegen gekommen.

Kneipe oder Seniorentreff, Dorfladen, Internetcafé, Räume für Jugendliche, Plattform für die Vermarktung regionaler Produkte – das ist in vielen Orten (inzwischen) unbekannt.

- Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen. Sie dienen als Orte der Begegnung und bieten grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank an. Sie können Räume für zivilgesellschaftliche Initiativen und für gemeinsames Kaffeetrinken bereithalten und einen Dorfladen mit Zugang zu Bestellplattformen der regionalen Produzenten. Hier können Bürger*innen beraten werden, die Genossenschaften gründen wollen. Jugendliche können ihre Ansprüche anmelden: Proberäume für Bands, digitale Werkstätten, Jugendkultur. Die Betreuung der sozialen Zentren findet über tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt.

Starke Kommunen, gute Lebensqualität

Vor Ort, in den Kommunen, entscheidet sich die Lebensqualität im Alltag. Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge haben den Alltag in vielen Kommunen und Nachbarschaften erschwert. Viele Kommunen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen sind überschuldet und unter Zwangsverwaltung. Der Abstand zwischen armen und reichen Kommunen in Deutschland wächst weiter. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität von Menschen mit geringerem Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus. Wenn im Stadt- oder Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und vermeintlicher Sachzwänge entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

Wir wollen die öffentlichen Dienstleistungen zurück in die öffentliche Hand holen und die eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen stärken. Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht auf den Markt geworfen werden!

- Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir re-kommunalisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Re-Kommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Dies kann über einen Re-Kommunalisierungsfonds geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können durch eine Re-Kommunalisierungsagentur organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad neu erfunden werden muss.
- Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen zu schaffen, wollen wir ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene, wenn Gesetzentwürfe und Verordnungen erarbeitet werden, die kommunal relevant sind. Kommunen sollen auch im Bund ein Selbstbefassungsrecht haben.
- Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen vom Bund in einen Altschuldenfonds übernommen und vom Bund getilgt werden. Die – eigentlich als kurzfristige Finanzierung gedachten – Kassenkredite sind in den vergangenen 20 Jahren um 40 Mrd Euro angestiegen. Sie sind oftmals die einzige Möglichkeit, die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen.
- Die kommunalen Haushalte müssen von den **Sozialleistungen** entlastet werden. Diese müssen **in vollem Umfang vom Bund** getragen werden. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).
- DIE LINKE tritt für eine **Reform** der Gewerbesteuer in eine **Gemeindewirtschaftsteuer** ein. Verbunden mit der Umsetzung von Konnexität können die Kommunen wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen.

Mit Steuern Umsteuern

Noch nie waren Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt. Immer größere Vermögen haben sich in immer weniger Händen konzentriert: Zwei Drittel aller Vermögen sind in der Hand der oberen zehn Prozent der Bevölkerung. Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint

rund 35% des Vermögens auf sich, also mehr als ein Drittel. Die reichsten 5% haben mehr als die „restlichen“ 95%.

Wer viel hat, kann es leicht vermehren. Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine Billigsteuer erhoben. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die Mehrwertsteuer trifft prozentual Menschen mit niedrigem Einkommen stärker. Weil öffentliches Eigentum privatisiert wurde, müssen viele Dienstleistungen privat bezahlt werden. Ein Großteil der Vermögen in Deutschland wird vererbt. Hohe Einkommen werden weniger besteuert als noch in den 1990er Jahren. Jahrzehntelang ist in Deutschland eine Vermögensteuer erhoben worden – seit 1997 nicht mehr. Das wollen wir ändern, um die skandalöse Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen.

Dem privaten Reichtum steht eine verarmte öffentliche Infrastruktur gegenüber: Bibliotheken und Schwimmbäder schließen, Personal im Krankenhaus wird gekürzt, um notwendige Reparaturen finanzieren zu können, Bus und Bahn kommen auf dem Land nur noch selten und sind in der Stadt oft überfüllt, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. Hier würden die Einnahmen aus einer Millionärssteuer besonders helfen: Sie geht an die Länder und kann die öffentliche Infrastruktur stärken.

Noch nie war die Armutsgefahr so hoch: Mehr als jede*r Sechste im reichen Deutschland ist arm oder von Armut bedroht. Die Reichen haben viele Verbündete in der Politik. Sie können ihrer Stimme mehr Gewicht verleihen. Wir halten dagegen. Mehr Gerechtigkeit und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn die Unteren entlastet werden – und die Oberen stärker belastet. Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Wir stärken solidarische und ökologische Formen der Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Das ist machbar und wir wissen, wie wir es bezahlen werden. Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern:

- DIE LINKE fordert eine **Vermögensteuer**, die Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer Million Euro mit 5 % belastet. Für Unternehmen und betriebsnotwendiges Vermögen sehen wir Freibeträge von mindestens 5 Millionen Euro vor. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Dadurch würden rund 100 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen durch die Länder zur Verfügung stehen.
- **Starke Schultern tragen mehr:** Für die Bewältigung der Corona-Krise wollen wir eine Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Mio. Euro (für Betriebsvermögen sind 5 Mio. Euro Freibetrag) erhoben werden. Die **Vermögensabgabe** ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über 20 Jahre in Raten gezahlt werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt somit zwischen 0,1 und 1,5 Prozent. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über 20 Jahre.
- **Erbschaftssteuer:** Reichtum wird vererbt – meist ohne, dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.
- Die **Unternehmenssteuern** wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftssteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettkauf

der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Mega-Konzerne wie Amazon wurden in der Corona-Krise noch mächtiger, zahlen aber kaum Unternehmensteuer. Wir brauchen daher eine Steuerreform, die solche Konzerne stärker am Ort der Umsätze besteuert.

- **Umsatzsteuer:** Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen wir ermäßigte Steuersätze.
- **Steuerhinterziehung:** Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen und somit Steueroasen – auch »made in Germany« – austrocknen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.
- **Finanztransaktionssteuer:** Wir dämmen die Spekulationen auf den Finanzmärkten ein. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden.
- **Gemeindewirtschaftssteuer:** Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und Freiberufler einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

Was langfristig wirkt, muss auch langfristig finanziert werden: Die Schuldenbremse und der europäische Fiskalpakt blockieren langfristigen Entwicklungen und sollen Privatisierung vorantreiben.

- Die Schuldenbremse ist volkswirtschaftliche unsinnig und gehört abgeschafft. Solange die Schuldenbremse existiert und Tilgungsverpflichtung besteht, muss die Tilgung auf 50 Jahre gestreckt werden. Aufwendungen für Zinszahlungen dürfen den Verschuldungsspielraum nicht zusätzlich einschränken. Dadurch wird der finanzielle Spielraum auch innerhalb der Schuldenbremse erweitert.

Gerechter Haushalt: Bildung, Gesundheit und Klimaschutz statt Aufrüstung. Der Bundeshaushalt umfasst eine Erhöhung der Militärausgaben. Die Bundesregierung nähert sich weiter der Marke, dass 2 Prozent des BIP für Rüstung ausgegeben werden. Diese Prioritätensetzung ist falsch. Auch der Abbau klimaschädlicher Subventionen können den Bundeshaushalt entlasten. Insgesamt sind Einsparungen im Umfang von 12 Mrd. Euro jährlich problemlos möglich.

Mit diesen Mehreinnahmen können wir den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft finanzieren: bessere soziale Sicherheit, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und einen Neustart im gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und den Einstieg in einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Unsere Forderungen sind gegengerechnet und realistisch.

Einkommensteuer gerecht reformieren

Auch die Besteuerung von Einkommen wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden.

- Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Der Steuerverlauf wird abgeflacht. Gerade mittlere Einkommen profitieren, da ein höherer Freibetrag bedeutet, dass nur auf das darüberhinausgehende Einkommen überhaupt Steuern gezahlt werden müssen.
- Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Zu versteuerndes Einkommen bedeutet: das, was vom Bruttoeinkommen nach den üblichen Abzügen (pauschale Freibeträge und Sonderausgaben) übrigbleibt. 70.000 Euro zu versteuerndes Einkommen entspricht etwa 81.000 Euro Bruttoverdienst eines oder einer Alleinstehenden ohne Kinder. 53 Prozent Steuersatz gilt für das Einkommen ab 70.000 Euro. Der durchschnittliche Steuersatz für 70.000 Euro Einkommen liegt bei ca. 30 Prozent.
- Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Alle haben Vorteile von der verbesserten öffentlichen Daseinsvorsorge und den geringeren Beiträgen zu unserer solidarischen Gesundheitsversicherung.
- Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent werden wir abschaffen, Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen sowie den Sparerpauschbetrag allerdings beibehalten.
- Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern übertragbar sein.
- Bei Entlassungen wollen wir Steuerfreibeträge für Abfindungen wieder einführen.
- Die Entfernungspauschale wird durch ein Mobilitätsgeld ersetzt, dass pro Entfernungskilometer zur Arbeitsstätte allen Arbeitnehmer*innen unabhängig von ihrem Einkommen dieselbe Steuerbegünstigung verschafft.
- DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten und zu einem Solidaritätspakt III umbauen. Der Soli ist die sozial gerechteste Steuer: mit der stärksten Entlastung im unteren Bereich und für Menschen mit Kindern – und der stärksten Belastung für die im oberen Bereich, besonders Menschen ohne Kinder.
- DIE LINKE fordert einen Solidarpakt III zur Bewältigung des Strukturwandels in Regionen in und nach dem industriellen Umbruch. Das finanzielle Volumen muss an den Solidarpakt II anknüpfen, daher fordern wir mindestens 10 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln für den Strukturwandel und Kohäsion zur Verfügung zu stellen. Unser Solidarpakt III richtet sich an alle strukturschwachen Regionen in Deutschland. Wir schlagen für die Planungssicherheit einen Zeitraum bis 2035 für den Solidarpakt III vor und somit ein Gesamtvolume von mindesten 150 Milliarden Euro.

Grunderwerbsteuer und Share Deals. Durch steigende Immobilienpreise und die in fast allen Bundesländern angehobenen Steuersätze der Grunderwerbsteuer ist die Steuerbelastung für die meisten Immobilienerwerbe deutlich gestiegen. Immobilienkonzerne hingegen, die große und sehr große Immobilienpakete kaufen, kommen durch so genannte „Share-Deals“ meist davon ohne Steuern zu zahlen. Sie kaufen formal nicht die Immobilien, sondern die Mehrheit (bis zu 90 Prozent)

der Anteile (engl. „Shares“) an den jeweiligen Firmen, die die Immobilien besitzen. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass auch anteilige Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) dann entsprechend auch anteilig besteuert werden. Dadurch werden Share-Deals weitgehend unattraktiv.

- **Gemeinnützigkeit.** In den vergangenen Jahren haben immer mehr politisch engagierte Vereine vom Finanzamt oder vor Gericht ihre Gemeinnützigkeit aberkannt bekommen. Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigeitsrechts mit einer Ausweitung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke (z.B. die Förderung der Menschen- und Grundrechte, des Friedens, des Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit). Auch darf die Erwähnung eines Vereins in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder der Länder nicht mehr automatisch zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen, wie dies zuletzt im Fall der VVN/BdA passiert ist.
- **Steuervollzug.** Die großen Probleme im Steuervollzug müssen endlich gelöst werden. Dazu braucht es einerseits deutlich mehr Personal und IT-Kapazitäten der Finanzbehörden. Mindestens ebenso wichtig ist aber eine bundesweit einheitliche Umsetzung und Durchsetzung der Steuergesetze des Bundes. Die Frequenz, mit der Großbetriebe und reiche Einzelpersonen durch Betriebs- und Steueraußenprüfungen kontrolliert werden, variiert stark zwischen den Ländern. Wir brauchen viel häufigere und intensivere Steuerprüfungen für Unternehmen und reiche Einzelpersonen. Die wirksame Lösung für diese interessengeleitete Kleinstaaterei wäre die Übertragung des Steuervollzugs auf die Bundesebene („Bundessteuerverwaltung“). Auch bei der Verfolgung und Bekämpfung halblegaler und verbotener Steuergestaltungsmodelle sind die Finanzbehörden oft untätig (siehe auch nächstes Kapitel).

Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen

Mehr als zehn Jahre nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind deren Ursachen nicht überwunden. Die Regierung hat es versäumt, das Finanzsystem grundlegend zu verändern und auf die Interessen der Mehrheit Bevölkerung auszurichten. Dafür braucht es den Mut, sich mit den Großbanken, Hedgefonds und den Multi-Milliardären anzulegen. Wir wollen die Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien:

- Aus kapitalgedeckter Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge zu. Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen (vgl. Kapitel Rente).
- Gerade von den hochkomplexen Finanzinstrumenten (z.B. Derivaten höheren Grades), von denen im Krisenfall die größten Risiken ausgehen, geht kaum ein merklicher Nutzen für das Gemeinwesen aus. Die LINKE will den Finanzsektor daher auf eine dienende Funktion für Gesellschaft und Realwirtschaft zurückführen. Die Finanzmärkte sollen entschleunigt und im Volumen geschrumpft werden.
- Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert werden, dann müssen Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die Kontrolle. Wir wollen Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzerne die Börsenzulassung entziehen.

DIE LINKE will den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben zu konzentrieren. Das sind vor allem Angebote im Bereich Zahlungsverkehr und sicherer Ersparnisbildung sowie die Finanzierung privater und öffentlicher Investitionen. Die Banken sollen auf ein an den Bedürfnissen der Realwirtschaft und der Gesellschaft orientiertes Geschäftsmodell zurückgeführt werden:

- Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie wollen wir fördern. Die Geschäftsbanken müssen wie Sparkassen auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.
- Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen Motiven. Es dient nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der Bevölkerung. Kurzfristig ausgerichtetes Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um schnell hohe Renditen zu erzielen – wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln.
Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst oder streng reguliert werden. In diesem Sinne muss Banking wieder langweilig werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln wollen wir verbieten.
- Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die Ressourcen der Banken dazu genutzt werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Nur so können die Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparern geschützt und Gewerbetreibende mit günstigen Krediten versorgt werden. In den Kontrollgremien müssen auch Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein.
- Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Giro-Konto erhalten. Dispo-Zinsen wollen wir auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank begrenzen.

Finanzkriminalität stoppen!

Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Die privaten Wirtschaftsprüfungsunternehmen haben über Jahre versagt – das zeigt der Wirecard-Skandal. Bei den sogenannten „Cum/Ex“ und „Cum-Cum“-Geschäften ließen sich kriminelle Händler auf dem Finanzmarkt vom Staat Steuern erstatten, die nie bezahlt wurden. Ein Netzwerk aus Banken, Beratern, Anwälten und Investoren bereicherte sich so auf Kosten der Allgemeinheit. Schaden in den letzten 20 Jahren wird auf über 35 Milliarden Euro geschätzt.

Geldwäsche bekämpfen

- Die Strafverfolgung muss verbessert werden. Ohne ein Strafrecht für Unternehmen kommen die großen Banken in Beihilfeverfahren oft glimpflich davon. Wir brauchen ein solches Unternehmensstrafrecht, um nicht nur einzelne Personen, sondern große Konzerne zur Verantwortung zu ziehen. Dies erfordert wirksame Sanktionen und Verschärfungen im Kreditwesengesetz, um Banken bei wiederholter Beihilfe zu Straftaten die Lizenz zu entziehen.
- **Eigentumsstrukturen müssen aufgedeckt werden.** Das 2017 eingeführte Transparenzregister zur zentralen Identifikation der Eigentümer von Firmen und Stiftungen enthält zu viele Schlupflöcher bei den Meldepflichten.
- **Finanzaufsicht reformieren:** Jede Geld- und Vermögensanlage sowie jedes Kreditgeschäft muss erfasst und durch ein laufendes materielles Prüfungsrecht (ProduktAufsicht) der BaFin unterstellt werden.
- **Die Macht der privaten Wirtschaftsprüfer brechen.** Wirtschaftsprüfer dürfen nicht länger gleichzeitig prüfen und beraten. Das Haftungsprivileg der Wirtschaftsprüfer und die damit verbundene Haftungsgrenze von vier Millionen Euro bei Aktiengesellschaften gehören abgeschafft. Wir brauchen ein Vier-Augen-Prinzip (Joint Audits) sowie eine Pool-Finanzierung der Wirtschaftsprüfer, damit nicht das zu prüfende Unternehmen die Prüfer direkt bezahlt. Wirtschaftsprüfer müssen alle 3- 5 Jahre rotieren.
- **Finanz-TÜV einführen:** In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen und -instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken zuzulassen, die nicht ausdrücklich verboten sind, müssen Finanzinstrumente in Zukunft eine ausdrückliche Zulassung durch einen „Finanz-TÜV“ erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.

Steueroasen trockenlegen

Durch Steueroasen und Steuertricks entziehen die Reichen und Konzerne der Allgemeinheit jedes Jahr hunderte Milliarden Euro.

- Geldströme werden oft über Briefkastenfirmen und andere Rechtskonstrukte verschleiert. Das wollen wir unmöglich machen. Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen.
- Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und ihren Finanzinstituten muss die Lizenz in Deutschland entzogen werden. Durch eine Quellensteuer von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließenden Zahlungen, auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir Steuerflucht

unattraktiv machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die Beweislast muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen, durch eine Anrechnung der Quellensteuer nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen.

- Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: Bestehende Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen: Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.
- Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom gesetzlichen Rahmen her in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent zu verfolgen.
- Jede*r Steuerfahnder*in bringt etwa eine Million Euro mehr ein, als sie oder er kostet.
- Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz. Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) werden Finanzinstitute zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen verpflichtet.

Für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt

Die »digitale Agenda« der Bundesregierung ist eine milliardenschwere Subvention für private Konzerne. Die Unternehmerverbände trommeln für weitere »Flexibilisierung der Arbeit«, für den 12-Stunden-Tag. Sie nutzen das Schlagwort »Digitalisierung« für die Aushöhlung von Rechten der Beschäftigten und als Gelegenheit, Gelder für öffentliche Dienstleistungen in ihre privaten Gewinne umzulenken. Auf dem neoliberalen Weg wird Digitalisierung zu mehr prekärer Arbeit führen, die soziale Spaltung vertiefen, werden Überwachungstechnologien und wachsende Konzernmacht die Demokratie weiter aushöhlen. Die Digitalisierung kann Chancen eröffnen für ein selbstbestimmtes Arbeiten und Leben, für neue Formen der Demokratie, die Alltag, Arbeit und Wirtschaft einschließen. Wir wollen die Gestaltung der Digitalisierung den Profitinteressen der Konzerne entziehen, um Wohlstandsgewinn für alle Menschen zu nutzen. Wem die Digitalisierung nutzen wird, wird jetzt entschieden.

Beschäftigte und ihre Rechte stärken

Unternehmen investieren in digitale Arbeitsabläufe, um sich Gewinnmöglichkeiten zu sichern. Dies führt oft zu Leistungsverdichtung und höherem Arbeitsdruck. Die Arbeit in digitalen Umgebungen ermöglicht eine umfassende Leistungs- und Verhaltenssteuerung. Digitale Plattformen werden genutzt, um Arbeitsrechte auszuhebeln. Es geht aber auch anders: Mit erweiterten Mitbestimmungsrechten von Betriebsräten und Beschäftigten können die Arbeitsbedingungen humanisiert und Produktivitätsgewinne zur Arbeitszeitverkürzung genutzt werden.

- Die Arbeitszeiten in Vollzeit wollen wir verkürzen auf **um die 30h pro Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich**. (vgl. Kapitel Arbeit)
- Das **Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten bei der Einführung von IT-Systemen** muss verteidigt und erweitert werden. Betriebsräte müssen über Personalbemessung, Leistungsanforderungen und Weiterbildungsbedarf mitbestimmen können und Initiativrecht erhalten. Die **Auslagerungsmöglichkeit auf Subunternehmen muss eng begrenzt werden** und an die Fortgeltung der bestehenden Tarifverträge gebunden werden. (vgl. Kapitel Arbeit)
- **Beschäftigte über Plattformen müssen die vollen Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie Sozialversicherungsschutz zustehen**. Das betrifft auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Pflicht des Arbeitgebers, die Arbeitsgeräte zu stellen. Der Betriebsbegriff muss angepasst und die Beschäftigteneigenschaft klargestellt werden. Beschäftigte müssen das Recht haben, für mehrere Plattformen gleichzeitig zu arbeiten. Wir wollen Plattformgenossenschaften und städtisch betriebene Plattformen als Alternativen fördern.
- Wir brauchen ein **Beschäftigtendatenschutzgesetz**, was die Verwertung der im Arbeitsprozess digital anfallenden personenbezogenen Daten sowie die Überwachung von Beschäftigten verbietet und Verstöße hart sanktioniert.
- Wir wollen die Rechte von Beschäftigten bei mobilem Arbeiten stärken (vgl. Arbeitskapitel)

Die Macht der Internetkonzerne und Plattformen begrenzen

Technologische, wirtschaftliche und politische Macht ist extrem konzentriert in den Händen einiger weniger Digitalkonzerne. Die „big five“ Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft vereinen enormes Vermögen, Markt- und Monopolmacht und vereinen über 6,4 Billionen US-Dollar (Juli 2020). In der Pandemie habe sie ihre Profite weiter gesteigert.

Wir brauchen ein Kartellrecht, das auch online scharfe Zähne hat: Monopole müssen zerschlagen werden. Wir setzen auf commons-basierte, öffentliche Alternativen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für Richtlinien und Vorgaben zur Entflechtung markbeherrschender Monopole ein. Es darf nicht den Profitinteressen dieser Konzerne überlassen bleiben, über Inhalte und Zugang zum Internet zu entscheiden.

- **Digitalkonzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie wirtschaftlich aktiv sind.** Dazu fordern wir eine stärkere Quellen-Besteuerung der Gewinne am Ort der Umsätze und die Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben (z.B. Lizenzgebühren), die einzig der Gewinnverlagerung dienen. Das Konzept der virtuellen Betriebsstätte muss auch im Steuerrecht verankert werden.
- Wir wollen Plattformgenossenschaften und öffentlich-rechtlich betriebene Plattformen als Alternativen fördern.
- Durch ein **Plattformstrukturgesetz** wollen wir Selbstbegünstigung der IT-Unternehmen verbieten, Datenschutz sicherstellen sowie die Interoperabilität und Portabilität der Nutzerdaten sanktionsbewährt garantieren. Alle Dienste und Software müssen verpflichtet werden, den Import und Export aller persönlichen Inhalte in offenen Formaten anzubieten. Hersteller müssen verpflichtet werden, auf ihren Plattformen die Nutzung von zu ihren Diensten konkurrierenden Angeboten zu ermöglichen. Kommerzielle Softwarehersteller müssen verpflichtet werden, alle gängigen, insbesondere freie, Betriebssysteme und Plattformen zu unterstützen, um fairen Wettbewerb zwischen Betriebssystemen zu ermöglichen und Nutzer*innen die freie Wahl zwischen Betriebssystemen zu lassen. Auch kommerzielle Software muss ihren Quellcode mitliefern.
- Plattformen wie Airbnb müssen verpflichtet werden, ihre Daten mit öffentlichen Behörden zu teilen. Wettbewerber sollen ein **Zugriffsrecht auf Daten von Plattformen bekommen, die auf Datenmonopolen basieren**. Das kann über Treuhänder organisiert werden (vgl. Kap. Keine Profite mit der Miete, Airbnb wollen wir durch eine gemeinwohlorientierte Alternative für rein privaten Wohnungstausch ersetzen)
- Wir brauchen eine spezielle **Regulierungsbehörde, die die Durchsetzung dieser Regeln von Amts wegen überwacht**.
- Den Einsatz von **Uploadfiltern lehnen wir ab**. Plattformbetreiber dürfen nicht das Recht erhalten und verpflichtet werden, ohne richterlichen Beschluss Inhalte zu löschen. Gegen Desinformation brauchen wir eine stärkere Medienbildung statt Zensur.

Digitale Infrastruktur für alle ausbauen

Die profitorientierten Mobilfunkbetreiber haben kein Interesse an einem flächendeckenden Netzausbau. Zahlreiche Menschen leben immer noch in Regionen mit schlechtem Internet. Der Netzausbau muss am Ziel zuverlässiger Versorgung und am Gemeinwohl orientiert erfolgen. Dazu müssen die Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand.

- Wir fördern den Breitbandausbau mit Investitionen von 10 Mrd. Euro jährlich in ganz Deutschland. Die Kommunen sollen die Netze dauerhaft in öffentlicher Hand betreiben können. Alle Wohnungen sollen Breitbandanschluss erhalten.
- Wir wollen ein einheitliches Mobilfunknetz aus einer Hand, das eine Abdeckung der gesamten Fläche sichert. Ein einziges Netz ist kostengünstiger als parallele Netze und mindert die Strahlenbelastung. Die Konkurrenz der Anbieter führt zu unnötigen

Mehrfachstrukturen und an vielen Stellen zu gar keinem Netz. Netzausbau und -betrieb soll deswegen durch die öffentliche Hand erfolgen. Das sichert eine flächendeckend gute Netzqualität sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Die kommunalen Betreiber der Glasfasernetze sind geeignete Betreiber der Mobilfunknetze. Die Telekommunikationsunternehmen können ihre Dienstleistungen über das öffentliche Netz anbieten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen digitale und andere öffentliche Dienstleistungen nutzen können, unabhängig vom Geldbeutel.

- Telefonanschluss und Internet dürfen (wie Strom und Wasser) nicht abgestellt werden, auch nicht bei Zahlungsrückständen.
- Die Kosten dafür müssen in der Mindestsicherung berücksichtigt werden, ebenso für die Endgeräte.
- Jedes Kind braucht von der Schule ein kostenfreies Leihgerät, sofern das für den Unterricht erforderlich ist (vgl. Kap. Eine Schule für alle).
- Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen, die als Orte der Begegnung dienen und grundlegende Dienstleistungen wie Post, Bank und öffentlichen Internetzugang anbieten.
- Es muss immer auch nicht-digitale Arten geben, eine Karte fürs Schwimmbad und einen Termin beim Amt etc. zu bekommen, um sicherzustellen, dass niemand ausgeschlossen wird. Digitale Angebote dürfen nicht zum Personalabbau im Öffentlichen Dienst genutzt werden.
- Netzneutralität muss grundgesetzlich gesichert werden.

Datensicherheit und Datenschutz

Wenn künftig Autos, Kühlschränke und Stromzähler digital gesteuert und ans Internet angeschlossen sein sollen, muss schon bei der Herstellung ausgeschlossen werden, dass Unberechtigte sich Zugriff zu diesen Systemen, den Daten der Nutzer*innen und die Kontrolle über diese Geräte verschaffen können. Dies betrifft besonders IT- und IoT-Geräte in Haushalten und kleinen Betrieben. Die Verantwortung für Sicherheit der Daten muss „by design“ gewährleistet sein und darf nicht auf die Nutzenden abgeschoben werden. Wir müssen darauf vertrauen können, dass unser Online-Banking, unsere elektronische Krankenakte, unsere Daten beim Einwohnermeldeamt sicher sind und nicht in falsche Hände geraten. Anbieter der Technologien müssen die Sicherheit wirksam gewährleisten.

- Die **Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit muss ausgeweitet werden**. Wir brauchen gesetzliche Vorgaben zur Produktlebensdauer, die den verpflichtenden Support und Sicherheitsupdates für diese Zeit vorsehen. Per Verordnung muss Security by Design und by Default vorgeschrieben werden. Das sollte auf europäischer Ebene als Regelung für den Binnenmarkt umgesetzt werden. Eine Sicherheitszertifizierung muss obligatorisch für den Marktzugang werden.
- Der **Aufkauf von Informationen über und Beauftragung von Sicherheitslücken in IT-Systemen durch Geheimdienste muss verboten und unterbunden werden**. Sie gefährden die Datensicherheit für alle, da diese Sicherheitslücken nicht nur vom Staat, sondern auch von Kriminellen ausgenutzt werden. Es muss eine Verpflichtung zur Meldung von Sicherheitslücken geben.
- Im Bereich der Abwehr von Angriffen auf die IT-Sicherheit haben Bundeswehr und Geheimdienste nichts zu suchen, stattdessen werden wir die **Unabhängigkeit des**

- Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) stärken** und dessen Beratungs- und Hilfsangebote ausbauen.
- Wir wollen **Open-Source Betriebssysteme und Anwendungen staatlich fördern**, um die Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Verbesserung der Systeme zu ermöglichen. Open-Source-Software ist nicht per se fehlerfrei, aber durch die Möglichkeit der Überprüfung können Fehler leichter gefunden und ausgebessert werden. Mit der Förderung von Open-Source-Technologien lässt sich auch die Entwicklung von Privacy by Design-Standards verbinden. Öffentliche Stellen müssen zur Anwendung von Open-Source-Technologie verpflichtet werden, um die vollständige Kontrolle der Behörden und der Gesellschaft über die eingesetzte Technologie zu gewährleisten. Der Bund soll Geld zur Verfügung stellen, um auch die Instandhaltung von freien Betriebssystemen zu unterstützen.

Die Interessen von Nutzer*innen und Beschäftigten am **Schutz ihrer Daten und Persönlichkeitsrechte** bei der Nutzung digitaler Systeme müssen gegenüber dem Interesse von Unternehmen, durch Aus- und Verwertung möglichst großer Datenmengen neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, verteidigt werden.

- Die Nutzung öffentlich zugänglicher Angebote muss möglich sein, ohne dass die dabei entstehenden Daten wirtschaftlich verwertet werden. Geschäftsbedingungen müssen allgemeinverständlich sein und die Möglichkeit beinhalten, die Weiterverwendung der anfallenden Daten auszuschließen.
- Die Datenschutzgrundverordnung muss verstärkt werden. Unternehmen, die gegen Datenschutzaflagen verstößen, müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten.
- Es muss möglich sein, Daten zwischen verschiedenen sozialen Netzwerken zu teilen. **Wir wollen eine Wahlfreiheit durch Interoperabilität und Daten-Portabilität zwischen den Diensten.**

Bürger*innenrechte schützen

DIE LINKE steht für eine lebendige Demokratie. Die digitalen technischen Möglichkeiten dürfen nicht zur Überwachung der Bürger*innen und zur Einschränkung der Demokratie genutzt werden.

- Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss beendet werden.** Automatisierte Gesichtserkennung wollen wir verbieten. Wir brauchen stattdessen mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann. Eine Kamera verhindert keine Gewalt und leistet keine Hilfe.
- Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) müssen verboten werden.** Wir wollen das Recht auf Privatsphäre, sichere Kommunikation und Verschlüsselung gesetzlich verankern. Spyware aller Art muss verboten werden.
- Die **Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunk-Verbindungen und -Standorten muss verboten werden.**
- Den **Export von Überwachungstechnologie wollen wir verbieten.** Den Einsatz autonomer Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verhindern.
- Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden.** Dazu muss auch Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden aufgebaut werden. Dies betrifft besonders digitale Gewalt gegen Frauen.

- Die Impressumspflicht für Nicht-kommerzielle Webseiten wollen wir abschaffen, um die Privatsphäre von Webseite-Betreiber*innen zu sichern.
- Nicht-kommerzielle Vervielfältigung und Nutzung urheberrechtlich geschützter Software darf nicht kriminalisiert werden.

Der Einsatz sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) muss gesetzlich reguliert werden, um gemeinwohlorientierte Anwendung sicherzustellen.

- Sämtliche für Entscheidungen eingesetzte **Algorithmen müssen von unabhängigen Stellen geprüft werden auf Diskriminierungsfreiheit**. Der Einsatz diskriminierender Algorithmen ist zu verbieten.
- **Entscheidungen über Sozialleistungsansprüche, Kreditwürdigkeit oder Prognosen über Straffälligkeit dürfen nicht automatisiert getroffen werden.** Sie müssen stets von Menschen verantwortet werden. Die Betroffenen brauchen ein Einspruchsrecht gegenüber menschlichen Entscheidungsbefugten.

Wir wollen Whistleblower schützen. Personen und Strukturen, die Missstände und Verbrechen in der Wirtschaft und demokratischen Institutionen öffentlich machen sind für eine Demokratie lebensnotwendig.

Digitale Zahlungssysteme regulieren

Internetkonzerne entwickeln für ihre Hard- und Softwareprodukte eigene Bezahlsysteme (z.B. ApplePay, AmazonPay, Ebay-Tochter PayPal u.a.) oder denken über die Etablierung eigener Parallel-Währungen nach (vgl. Diem-Pläne von Facebook u.a.).

- Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und Rückschlüsse auf sensible persönliche Informationen. Daher wollen wir das Recht auf Bargeldzahlung gesetzlich verankern.
- Den Datenschutz bei digitalen Zahlungsdiensten regulieren wir streng. Wir setzen eine strikte Trennung zwischen Bezahl- und anderen Diensten der Konzerne durch.
- Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende Privatisierung lehnen wir ab. Innovative Finanz-Technik-Unternehmen (FinTechs) bzw. ihre Plattformen müssen mit ihren Finanzdienstleistungen denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie sie heute für konventionelle Finanzdienstleister (z.B. Banken und Versicherungen) gelten.
- Um im Dickicht der neuen Zahlungsinstrumente das Heft nicht aus der Hand zu geben, soll die Europäische Zentralbank einen „Digitalen Euro“ einführen. Der digitale Euro soll ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB halten können. Nur mit einer öffentlichen Alternative zu den Bezahlsystemen der großen (Internet-)Konzerne und ihrer Daten-Sammelwut lässt sich glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen.

Öffentliche Verwaltung demokratisch und digital

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erleichtert neue Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen, transparente Entscheidungen und schnellere Bearbeitung von Bürgeranliegen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Abhängigkeit von externen Dienstleistern und der Einsatz externer „Berater“ noch steigt. Vielmehr brauchen die öffentlichen Verwaltungen ausreichend kompetentes Personal, um die digitalen Systeme zu warten, Bürger*innen bei der Benutzung zu unterstützen und die persönliche Ansprechbarkeit für alle Anliegen sicherzustellen.

- Wir wollen neue digitale Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen entwickeln.
- Das Informationsfreiheitsgesetz wollen wir zu einem Transparenzgesetz ausbauen. Mit öffentlichen Mitteln erstellte Informationen müssen für die nicht-kommerzielle Nutzung öffentlich zugänglich sein. Im Rahmen kommerzieller Smart City Projekte gesammelte Daten müssen der Allgemeinheit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- In der öffentlichen Verwaltung muss freie Software eingesetzt werden. Dies dient sowohl der Datensicherheit als auch dem Schutz öffentlicher und demokratischer Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit. Das Vergaberecht muss entsprechend angepasst werden. Durch öffentliche Gelder finanzierte Software muss als freie Software veröffentlicht werden und zur Wiederverwendung in anderen Städten und Verwaltungen sowie durch gemeinwohlorientierte Akteure zur Verfügung stehen.
- Öffentliches WLAN in den Kommunen und öffentlichen Gebäuden wollen wir durch Freifunk ausbauen, statt durch kommerzielle Anbieter.
- Öffentliche Verwaltungen und Meldeämter dürfen keine persönlichen Daten von Menschen ohne deren ausdrückliche Zustimmung an Dritte weitergeben.

Schule und Lernen digital unterstützen

Digitale Anwendungen können sowohl bei der Organisation des Schulbetriebs wie z.B. Organisation von Stundenplänen, als auch beim Lernen selbst helfen. Allerdings können und sollen die besten Programme keine Lehrpersonen ersetzen, sondern diese und die Schüler*innen beim Lernen unterstützen. Die Anwendung von Lernsoftware muss deshalb immer in ein pädagogisches Konzept eingebettet sein. Gesundheitliche und lernpsychologische Aspekte sind dabei zu berücksichtigen. Die Auseinandersetzung mit verbreiteten Technologien ist darüber hinaus ein wichtiger Teil des Erlernens gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Digitalisierung in der Bildung darf jedoch nicht zum Einfallstor der Profitinteressen von Unternehmen werden.

- Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte sichergestellt sein. (→ siehe Bildungskapitel) In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur geschaffen werden.
- Die **Lehrer*innen müssen fortgebildet werden** in der Benutzung dieser Technologien und in Datenschutzfragen. Sie müssen die Technik anwenden und verstehen können, um sie mit den Schüler*innen zu benutzen und sie ihnen erklären zu können.
- **Keinesfalls darf Lernsoftware als Ersatz für fehlendes Lehrpersonal eingesetzt werden.** Der Einsatz von Digitaltechnologie in Schulen erfordert einen höheren Personalbedarf für die Betreuung der Schüler*innen wie der Software und Geräte. Dafür müssen zusätzliche Stellen geschaffen werden.
- Bildungspläne, Unterrichtskonzeptionen und Medieneinsatz müssen vom Menschen, von Lernprozessen und von den konkreten Fächern her konzipiert werden. Medien und Digitaltechnik sind Hilfsmittel im Unterricht und kein Selbstzweck. Die Frage ist nicht, was man mit der neusten Digitaltechnik alles machen kann, sondern was die Lehrkraft an medialer und technischer Unterstützung braucht.
- Eingesetzte Lernsoftware darf **keine personenbezogenen Daten der Schüler*innen (wie z.B. Lernfortschritte) außerhalb der Schule speichern**. Sämtliche erhobenen Daten müssen transparent und für alle nachweislich auf den Geräten verbleiben oder im Rahmen der Schule gespeichert werden. Aus diesen Daten dürfen keine Prognosen zum Lernerfolg oder der weiteren schulischen Entwicklung erstellt werden. Schüler*innen haben darüber hinaus ein

Recht auf Vergessen, insbesondere da es sich um Minderjährige und Heranwachsende handelt.

- **Die Abhängigkeit von bestimmten IT-Unternehmen und Produkten muss von vornherein vermieden werden.** Die verwendete Software soll Open-Source-Standards entsprechen. Lernprogramme müssen öffentlich erstellt, verwaltet und gewartet werden.
- **Technikfolgenabschätzung in der Bildungsforschung muss gefördert werden,** um Erfahrungen, Chancen und Risiken beim Lernen mit digitalen Technologien offenzulegen. Die Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen muss möglichst früh gefördert werden.

Auch in der Erwachsenenbildung muss der digitale Kompetenzaufbau gefördert werden. In der Wissenschaft wollen wir Open Access für Forschungsergebnisse standardmäßig durchsetzen. Was mit öffentlichen Geldern gefördert wurde, muss der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Den Einsatz digitaler Anwendungen und Methoden zur bloßen Kostenreduzierung unter Inkaufnahme der Verschlechterung der medizinischen Versorgung lehnen wir ab. Staatliche Gelder sollen zuerst in die Bekämpfung des Pflegenotstands und die Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur fließen, statt sie für die Subventionierung von IT-Konzernen zu nutzen.

- Ein Umlegen der Kosten von digitalen Anwendungen auf die Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen lehnen wir ab. Nur ein radikaler Richtungswechsel in der Finanzierung von Gesundheit und Pflege durch eine Pflegevollversicherung verhindert, dass die Digitalisierung für einen Abbau von Stellen genutzt wird.
- Krankenkassen dürfen die von den Versicherten eingezahlten Rücklagen nicht für die Spekulation auf Erfolge von IT-Konzernen nutzen!
- Für eHealth-Anwendungen brauchen wir evidenzbasierte Bewertungsverfahren analog zu anderen medizinischen Behandlungsmethoden. Routinedaten der Krankenkassen, Registerdaten oder andere Daten, die direkt im Behandlungsalltag anfallen („real world data“) sind dafür nicht geeignet. Für Gesundheits-Apps braucht es eine Zertifizierung nach staatlichen Vorgaben.
- Die informationelle Selbstbestimmung von Patient*innen und Versicherten muss jederzeit gewahrt werden. Die Weitergabe der sensiblen Daten durch die Anwender*innen muss immer wohl informiert und freiwillig erfolgen und darf auch langfristig nicht Grund für Diskriminierung oder Voraussetzung für den Zugang zu einer wirksamen Behandlung sein.
- Daten, die mit der elektronischen Gesundheitskarte erhoben werden, dürfen nicht zentral gespeichert oder online weitergegeben werden. Eine Einsicht Dritter in die dezentralen Datenspeicher ohne Zustimmung der Versicherten muss verboten bleiben.
- Digitale Gesundheitstechnologien sollen barrierefrei gestaltet und allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein, dies geht Hand in Hand mit angemessenen Weiterbildungs- und Informationsmöglichkeiten für die Versicherten, Patient*innen und Heilmittelerbringer. Die Mitsprache der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf, einschließlich eines Vetorechts für z.B. den Robotereinsatz, ist zu definieren.

ÖPNV für alle durch Digitalisierung verbessern

Die Auto- und IT-Konzerne sind dabei, sich mit digitalen Mobilitätsangeboten neue Profitquellen zu erschließen. Sie wollen ihre Angebote als Teil des ÖPNV definieren und Gelder für den öffentlichen

Nahverkehr in ihre Kassen umleiten. Dabei kann der öffentliche Verkehr durch eine digitale Verkehrssteuerung attraktiver werden. Die Übersicht und Buchbarkeit aller Verkehrsangebote in einer App sind überfällig. Der Einsatz geteilter Kleinfahrzeuge (Ride-Sharing) kann eine sinnvolle Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs sein. Auch autonom fahrende Fahrzeuge können unter Umständen nützlich sein. Kurzfristig sind sie jedoch keine Alternative, da für die Ermöglichung autonomen Fahrens enorme Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erforderlich sind (flächendeckendes 5G-Netz, digitale Ausstattung von Ampeln und Verkehrsschildern, Abtrennung von Radwegen und Gehwegen etc.). Dieses Geld wird stattdessen dringend für eine wirkliche Verkehrswende hin zu mehr Bussen, Straßenbahnen, Zügen, häufigeren Takten, mehr Personal und guten Arbeitsbedingungen benötigt. Entscheidend ist der Wille, öffentliche Mobilität für alle verfügbar zu machen und aus Steuermitteln so zu finanzieren, dass es nicht auf den Geldbeutel des Einzelnen ankommt, ob ökologische Alternativen erschwinglich sind. Und dass Kommunen nicht auf Grund leerer Kassen auf profitorientierte Angebote der Konzerne zurückgreifen müssen. Denn wirklicher Klimaschutz im Verkehr lässt sich nicht mit digitalen PKW-Flotten erreichen.

- Wir setzen uns ein für eine **öffentliche Mobilitätsplattform**, auf der alle Angebote aus allen Verkehrsverbünden sichtbar und buchbar sind. Perspektivisch muss diese Plattform alle europäischen Regionen einbeziehen.
- **Die dabei anfallenden Daten dürfen nur aggregiert öffentlich gemacht werden.** Keinesfalls dürfen anonymisierte Daten der Nutzer*innen öffentlich gemacht werden, da auch anonymisierte Bewegungsprofile Rückschlüsse auf konkrete Personen erlauben. Die Pflicht zur Bereitstellung von aggregierten Verkehrsdaten betrifft selbstverständlich auch alle privaten Anbieter von Verkehrsdienstleistungen.
- **Die Zugänglichkeit zu allen Verkehrsangeboten auch ohne Smartphone und App** muss möglich bleiben, um nicht Menschen auszuschließen, die Smartphones und Computer nicht nutzen können oder möchten. In zu regelmäßigen Zeiten verkehrende Straßenbahnen und Busse können auch Kinder und Behinderte selbständig einsteigen. Das muss auch in einer digitalisierten Verkehrswelt erhalten bleiben.
- Preissysteme, die im ÖPNV nach gefahrenen Kilometern und Tageszeit abrechnen, lehnen wir ab. Sie ermöglichen gewinnorientierten und (teil)privaten Anbietern wie Moia höhere Profite, aber machen die Nutzung für die meisten Menschen teurer. Das Auch die sogenannte „letzte Meile“ muss im ÖPNV-Ticket inbegriffen sein. **Ticketpreise müssen sinken**, perspektivisch für alle kostenlos sein.
- Bei Ausschreibungen bzw. Vergabe öffentlichen Verkehrs an private Anbieter sind zwingend geltende **Tarifverträge einzuhalten**, um gute Arbeitsbedingungen zu sichern. DIE LINKE setzt sich für bundesweit gültige Flächentarifverträge im Nahverkehr ein.
- Soweit selbstfahrende Fahrzeuge eingesetzt werden, muss die **Begleitung durch menschliches Personal** zwingend sichergestellt werden, dass in Notsituation unmittelbar Hilfe leisten kann und Menschen mit Behinderung beim Besteigen und Verlassen des Fahrzeugs helfen kann. Wir brauchen auch endlich wieder Personal auf allen Bahnhöfen. Kameras und Informationssäulen bieten keine Unterstützung und keinen Schutz in Notfällen!

Nachhaltige Digitalisierung: ökologisch und sozial

Die Digitalisierung erfordert einen hohen Energie- und Ressourcenverbrauch für Rechenzentren und Endgeräte. Dies betrifft sowohl den benötigten Strom als auch die erforderlichen Rohstoffe. Zudem sind die Arbeitsbedingungen in vielen Ländern im Rohstoffabbau, in der Herstellung der Geräte und

auch im IT-Service oft schlecht. Viele neue Technologien sind zwar energieeffizient, doch werden die Einsparungen durch größere Endgeräte, höhere Auflösung, stärkere Nutzung und kürzere Lebensdauer der Geräte wieder aufgefressen. Durch diesen „Rebound-Effekt“ steigen sowohl der Rohstoffbedarf als auch der Stromverbrauch deutlich an. Soll dieser zunehmende Stromverbrauch ökologisch erzeugt werden, um das Klima nicht weiter zu schädigen, werden umso mehr Windkraftanlagen, Solarfelder und Wasserkraftwerke gebaut werden müssen – die ihrerseits Flächen, Material, seltene Metalle und Energie für ihre Herstellung verbrauchen. Ein zunehmender Bedarf an Rohstoffen, die aus anderen Ländern kommen, erhöht in einer kapitalistischen Welt auch die Kriegsgefahr. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine gesellschaftliche Diskussion darüber ein, in welchen Bereichen wir digitale Anwendungen nutzen wollen, und wo dies im Sinne des Umweltschutzes, des Schutzes der Arbeits- und Menschenrechte sowie im Rahmen einer international gerechten Handelspolitik neu geregelt werden muss.

- Für die **öffentliche Beschaffung** müssen strenge sozial-ökologische Vorgaben gelten in Bezug auf Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und Reparierbarkeit. Unternehmen, die gegen ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette verstossen, müssen von öffentlichen Aufträgen und der Außenwirtschaftsförderung ausgeschlossen werden (vgl. Lieferkettengesetz im Kap. Global gerecht)
- Für digitale Endgeräte brauchen wir gesetzliche Vorgaben zur Mindestlebensdauer, Energieeffizienz, modularem Aufbau, Reparierbarkeit durch Nutzer*innen und Werkstätten sowie verpflichtenden Software-Updates und Ersatzteilverfügbarkeit. (Ökodesignvorgaben, vgl. Kap. Verbraucherschutz). Bei Streaming- und Video-on-Demand-Diensten müssen Vorgaben für energiesparende Standard-Einstellungen gemacht werden.
- Für Batterien und Elektrogeräte soll durch Einführung eines Pfandsystems die wirksame **Rückführung der Rohstoffe in den Produktionskreislauf** und Wiederverwertung der Bestandteile ermöglicht werden. Reparatur und Wiedernutzung müssen Vorrang vor Recycling der Materialien haben. (vgl. Kapitel Klima- und Umweltschutz))
- Die Abwärme von **Rechenzentren** muss verpflichtend zur Gebäudeheizung (Nah- und FernwärmeverSORGUNG) eingesetzt werden.
- Für die **Softwarereprogrammierung** müssen Vorgaben zur energiesparenden Programmierung erfolgen. Das Prinzip der Datensparsamkeit muss gesetzlich wirksam verankert werden. Neben der Erfüllung des Datenschutzes senkt dies auch den Stromverbrauch digitaler Anwendungen.

Für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Vielfalt der Geschlechter

Geld, Zeit, Anerkennung und Macht sind zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Wir wollen nicht länger zulassen, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung abgewertet werden – auch nicht, dass Menschen gezwungen werden, einer bestimmten Norm zu entsprechen. Im Kampf für Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit stehen Frauen und LSBTIQ* auf einer Seite gegen Ausbeutung, Abwertung und Gewalt. Jeder Mensch ist gleich viel wert und „all genders are beautiful“.

Linker Feminismus – Zeit für ein selbstbestimmtes, sicheres und gerechtes Leben

Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der an die Wurzeln geht. Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei, sicher und selbstbestimmt leben können, Zeit für Familie und Freund*innen haben und gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen genauso an politischen Entscheidungen mitwirken können wie Männer und in der sich das Leben nicht nur um die Lohnarbeit dreht.

(Sorge)Arbeit und Zeit umverteilen

Frauen erhalten im Durchschnitt niedrigere Löhne und dann auch weniger Rente, und sie verfügen über ein geringeres Vermögen als Männer (*Gender Pay Gap*). Sorgearbeit, die als die Sache von Frauen gilt, wird in der kapitalistischen Ökonomie systematisch abgewertet. Frauen machen den Großteil der nicht entlohnnten Pflege- und Erziehungsarbeit, sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten Jobs. Wer wegen Elternzeit länger ausfällt und im Job zurücksteckt, findet seltener eine gute und sichere Anstellung und kann schlechter aufsteigen. Auch deshalb ist der Großteil der Arbeiter*innen im Niedriglohnsektor weiblich. Viele von ihnen haben eine Migrationsgeschichte. In Ostdeutschland sind die Lohnunterschiede zwar geringer, aber die Löhne insgesamt viel niedriger – mehr als jede*r Dritte arbeitet für Niedriglohn.

In Deutschland leisten Frauen 50 Prozent mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer (*Gender Care Gap*). Entsprechend haben Frauen weniger Zeit für andere Tätigkeiten oder sind gezwungen, sich zwischen Familie, Job und Freizeit aufzutreiben. Nicht selten endet diese Vielfachbelastung in Burnout und anderen Krankheiten. Es geht nicht nur um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Frauen Kinder und Karriere noch schneller jonglieren können. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle – und zwar für alle! Deshalb streiten wir für eine Gesellschaft, in der alle Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen und nicht die Erwerbsarbeit den Takt vorgibt. DIE LINKE fordert deswegen ein **Neues Normalarbeitsverhältnis, mit um die 30 Stunden für alle**, zum Beispiel eine **Vier-Tage-Woche** (vgl. Kapitel Arbeit). So bleibt allen mehr Zeit für Familie, für sich selbst und für die Beteiligung an Politik und Gesellschaft. Dazu gehört auch die Begrenzung von Überstunden ebenso wie ein Anspruch auf familienfreundliche Schichtzeiten und ein Mindestlohn von 13 Euro. Besonders Pflege-, Sorge- und Dienstleistungsberufe, in denen besonders viele Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten und endlich anständig bezahlen. Den Niedriglohnsektor schaffen wir ab, so dass alle von ihrer Arbeit leben können (vgl. Kap. Gute Arbeit). Das nützt vor allem Frauen.

Wir wollen unsere Wirtschaft grundsätzlich umstrukturieren. Sie soll nicht nur nachhaltiger und demokratischer werden, sondern die **Sorgearbeit (Care-Arbeit) muss ins Zentrum gestellt werden**. Denn, dass Kranken- oder Altenpfleger*innen, Erzieher*innen oder

Beschäftigte in haushaltsnahen Dienstleistungen häufig schlecht entlohnt und unter miserablen Bedingungen arbeiten, hat System. **Wir brauchen nicht nur besser bezahlte Pflegekräfte und Erzieher*innen, sondern auch mehr von ihnen!** 100 000 Pflegekräfte werden jeweils in den Krankenhäusern und Altenheimen gebraucht, damit die Pflegenden endlich wieder Zeit für die von ihnen gepflegten Menschen haben. Durch eine solidarische Gesundheitsversicherung und eine solidarische Pflegevollversicherung können wir das finanzieren. Fallpauschalen schaffen wir ab und überführen Krankenhäuser und Pflegeheime wieder in gemeinnützige Hand, jenseits von Markt und Profitmacherei (vgl. Kapitel Gesundheit). Wir wollen die **Kindertagesbetreuung flächendeckend auszubauen, die Qualität zu verbessern und mehr Erzieher*innen einzustellen**. Und natürlich müssen Erzieher*innen gut bezahlt werden, damit der Beruf attraktiv für viele ist. Denn nur mit flächendeckender Ganztagsbetreuung müssen Eltern sich nicht zwischen der Betreuung ihrer Kinder und ihrem Beruf entscheiden (vgl. Kapitel Bildung).

Mit würdigen Löhnen für alle beenden wir auch endlich die unwürdigen Renten, von denen vor allem viele Frauen leben müssen. Durch die **bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten** wird auch unbezahlte Sorgearbeit entsprechend wertgeschätzt (vergl. Rentenkapitel). Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegenden Angehörige, die noch im Beruf stehen. Wir wollen **sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich** (vgl. Kapitel Gesundheit und Pflege) und unabhängig vom Verwandtschaftsgrad.

- Wir wollen: **gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!** Dafür werden wir ein verbindliches Entgeltgleichheitgesetz samt Verbandsklagerecht einführen, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen. Unsere Forderung, die Grundgehälter in der Pflege um 500 Euro anzuheben ist ein Beitrag Aufwertung.
- Wir wissen: Männer wollen und würden sich mehr an der Familienarbeit beteiligen, wenn die Arbeitsverhältnisse und die ökonomische Situation dies zuließen. Deshalb belohnen wir Väter mit einem **zusätzlichen Monat Elterngeld**, wenn sie mindestens ein Drittel der Elternzeit übernehmen. Teilen Eltern sich diese Zeit hälftig auf, erhalten beide einen zusätzlichen Monat Elterngeld.
- In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten. Das muss sich ändern. Deswegen fordern wir eine echte **Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent** (im Gegensatz zur 30 Prozentquote der Großen Koalition).

Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Sexarbeit nieder. In der LINKEN werden unterschiedliche Wege diskutiert, mit Prostitution politisch umzugehen. Einig sind wir uns darin, dass wir die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen ablehnen. Wir fordern einen Anspruch auf Sozialleistungen und Arbeitslosengeld, auf Umschulungen, Weiterbildung und Fortbildung, sowie freien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und das Recht, sich selbst zu organisieren.

Niemals am Leben sparen – keine Kürzungen zu Lasten von Frauen und Familien
Privatisierung und Kürzungsmaßnahmen treffen insbesondere **Erziehung, Pflege, soziale Arbeit und Bildung**. Darunter leiden Frauen doppelt: als **Beschäftigte und als unbezahlte Care-Arbeiterinnen** in

den Familien, wo sie die Kürzungen durch Mehrarbeit auffangen müssen. Das führt nicht zu Mehrbelastung und verstärkt alte Rollenbilder.

Die milliardenschweren Rettungspakete für Unternehmen in der Corona-Krise dürfen nicht durch Kürzungen im Sozialbereich aufgefangen werden. Im Gegenteil: Wir treten für einen sozialen und ökologischen Systemwechsel ein, der die Bereiche in Wirtschaft und Beschäftigung stärkt, die klimafreundlich sind und das Leben für alle besser machen: personennahen Dienstleistungen, Bildung, Erziehung, eine Ausweitung des Schienen- und öffentlichen Nahverkehrs. Unser Umbau von **Wirtschaft und Sozialstaates** macht **unsere Gesellschaft in Zukunft krisenfest** und befördert die Lebensmöglichkeiten (nicht nur) von Frauen:

- Die **Schuldenbremse** schaffen wir ab. Stattdessen fördern wir **Investitionen in den Ausbau sozialer Dienstleistungen in öffentlicher Hand, jenseits von Markt und Profit**. Die notwendigen Mittel dafür nehmen wir durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein. Von guten und kostenfreien sozialen Infrastrukturen profitieren Frauen, Alleinerziehende und Kinder am meisten – und Menschen mit geringem Einkommen.
- Die Sozial- und Haushaltspolitik muss auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin geprüft und entsprechend verändert werden im Sinne eines Gender-Budgeting.

Gewalt an Frauen beenden

Wir wollen, dass jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Lebensentwurf – ohne Angst vor Gewalt leben kann. Durch das Grundgesetz und durch internationale Abkommen muss der Staat dafür Sorge zu tragen, tut es aber nicht ausreichend. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und Folge einer gesellschaftlichen Abwertung und Unterdrückung von Frauen, von hierarchischen und patriarchalen Geschlechterverhältnisse. Sie hat viele Formen und kommt in Familien genauso vor, wie im öffentlichen Raum. Gewalt gegen Frauen hängt nicht vom sozialen Status ab, es gibt sie in der digitalen Welt wie im analogen Leben. Viel zu oft endet sie für Frauen tödlich. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Diese Gewalt als „eskalierten Beziehungsstreit“ oder Privatangelegenheit abzutun, verkennt das strukturelle Problem: Den Mord an Frauen, weil sie Frauen sind, nennen wir Femizid. Um Frauen effektiv vor Gewalt zu schützen, brauchen wir gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Frauen unabhängig und selbstbestimmt leben können – dazu gehört auch ökonomische Unabhängigkeit. Wenn Frauen Gewalt erleben, brauchen sie schnellen und bedarfsgerechten Schutz und qualifizierte Hilfe, in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen. Beratungsstellen müssen leicht zugänglich sein – unabhängig von körperlichen Beeinträchtigungen, dem Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation der Betroffenen. Wir wollen die patriarchalen Strukturen verändern, nur so kann Gewalt gegen Frauen nachhaltig verhindert werden:

- Zur Ermordung von Frauen und Mädchen fehlen in Deutschland Daten, Forschung, Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern eine unabhängige Beobachtungsstelle, die jeden potenziellen Femizid erfasst, die Daten tagesaktuell sowie in einem jährlichen Lagebericht veröffentlicht und Forschung zu Femiziden, den Ursachen und der Bedeutung von Risikofaktoren betreibt.
- Die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, muss konsequent und vollständig umgesetzt werden. Die durch die Bundesregierung bei der Ratifizierung vorgenommen Einschränkungen wollen wir zurücknehmen, damit zahlreichen geflüchteten oder migrierten Frauen nicht der Zugang zu Schutz verweigert wird.

- Strukturen des Gewaltschutzes und Hilfesysteme wollen wir ausbauen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Die Finanzierung von Frauenhäusern darf nicht länger eine freiwillige Leistung sein. Hier brauchen wir eine bundeseinheitliche Finanzierung, an der sich der Bund beteiligt.
- Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter sowie medizinisches Personal müssen für das Thema Gewalt gegen Frauen – auch in digitaler Form – sensibilisiert werden.
- Geflüchtete Frauen erleben häufig sexualisierte Gewalt, nicht nur im Herkunftsland und auf der Flucht, sondern auch im Zufluchtsland. Im Fall von Partnerschaftsgewalt muss das bisher vom Ehemann abhängige Aufenthaltsrecht aufgehoben und in einen eigenständigen Aufenthaltstitel umgewandelt werden.
- Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft bekämpfen, ohne die Betroffenen zu kriminalisieren und zu stigmatisieren! Solange die Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch die Angst der Opfer geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der Bereitschaft der Opfer, als Zeug*in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden. Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangeboten.
- Auf der Flucht, nach Zurückweisung und Push-Backs an der europäischen Grenze und in den Lagern sind Frauen oft massiver sexueller Gewalt und Vergewaltigungen ausgesetzt. Eine offene, solidarische und humane Flüchtlingspolitik ist die einzige wirksame Maßnahme gegen die systematische Gewalt gegen Frauen.
- Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichung gegen Frauen, Kinder und LSBTIQ* konsequent ahnden. Die öffentliche Filmförderung braucht eine Geschlechterquotierung und die Einrichtung einer wirksamen unabhängigen Kontrolle außerhalb des Deutschen Werberats zur Unterbindung sexistischer Werbung.

Unser Feminismus: solidarisch und international

Ob in Brasilien oder Polen, Indien oder Nigeria, Deutschland oder Irland, gehen Frauen für ihre Rechte auf die Straße. Sie prangern Gewalt gegen Frauen an, sie streiten für ihr Recht auf Abtreibung und gegen Rassismus. Sie eint die gemeinsame Erfahrung von sexistischen Strukturen und Gewalt – und sie vereinen sich im Kampf dagegen: Im Netz, auf der Straße, im Arbeitsalltag, vor Gericht, zu Hause, in den Mühlen der Ebene. Frauen und Kinder weltweit sind besonders vom Klimawandel betroffen und machen den Großteil der Menschen auf der Flucht aus. Aber sie sind nicht nur Opfer, sondern auch wichtige klimapolitische Akteurinnen und kämpfen gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur. Linker Feminismus ist immer konkret vor Ort und gleichzeitig im Bewusstsein internationaler Verantwortung und Solidarität.

- Bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen müssen Werte wie Fürsorge, Nachhaltigkeit und Gesundheit im Zentrum stehen.
- Wir fordern die Anwendung ziviler Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktlösung. Deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss Friedenspolitik und Geschlechtergerechtigkeit weltweit voranbringen. Die UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ muss umgesetzt werden.
- Wir wollen den Internationalen Frauentag am 8. März zum Feiertag zu machen, um der weltweiten Kämpfe von Frauen an unterschiedlichsten Orten, bei unterschiedlichsten

Voraussetzungen zu gedenken und den gemeinsamen Kampf für die Überwindung von Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt zu würdigen – Berlin hat's vorgemacht.

- Zu einer gendergerechten Klimapolitik gehört, die besondere Gefährdung von Frauen durch die Klimakrise einzubeziehen.
- Eine menschenwürdige Unterbringung an den Grenzregionen Europas funktionierenden und abschließbare sanitären Einrichtungen, Schutzzonen sowie guter Gesundheits- und Lebensmittelversorgung.

Reproduktive Gerechtigkeit: Freie Entscheidung für ein Leben mit und ohne Kinder für alle

Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen* tatsächliche Wahlmöglichkeiten haben. Wir wollen, dass jede Frau* entscheiden kann, ob und wie sie mit Kindern leben möchte. Erst dann können wir reproduktive, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung für Frauen* erreichen. Dazu gehört eine umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen* sich ohne Zwängen für oder gegen eine Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine selbstbestimmte Familienplanung möglich. Aber auch ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich abgesichert werden: Das beginnt mit einer guten gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung während einer Schwangerschaft und Geburt. Mit Kindern zu leben darf kein Armutsrisiko sein und Eltern müssen Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen können (#vgl. Kapitel Familie?#).

- Legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Paragraphen §§ 218-219b Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir streichen. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür zu sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und müssen wie andere medizinische Leistungen geregelt werden.
- Sämtliche Verhütungsmethoden müssen von der Krankenkasse bezahlt werden.
- Frauen*hygieneprodukte müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in öffentlichen Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- Künstliche Befruchtung muss auch nicht verheirateten, lesbischen und Single-Frauen* durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen.
- Frauen* mit Behinderungen haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und Elternschaft. Dazu gehört das Recht auf Erhalt und Förderung ihre Fruchtbarkeit sowie der Zugang zu Unterstützungsangeboten wie z.B. Assistenz zur Elternschaft und der barrierefreie Zugang zu umfassender, unabhängiger Beratung. Zur Umsetzung des Rechts auf Elternschaft müssen flächendeckend Wohn- und Unterstützungsleistungen im Rahmen der begleiteten Elternschaft zur Verfügung gestellt werden

Für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und Gleichstellung aller Lebensweisen

Wir wollen, dass die vielfältigen Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden. Der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft sollen in Zukunft nicht Ehepaaren vorerthalten sein, sondern denjenigen zugutekommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben – unabhängig von

ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Lebensweisen, die Verantwortung für andere übernehmen.

- Wir fordern ein **Wahlverwandtschaftsrecht**, in dem nicht nur Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Dies kann auch eine mehr als zwei Personen umfassende Beziehung meinen (z.B. eine Mehrelternfamilie mit zwei lesbischen Müttern und zwei schwulen Vätern). Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Zuwendungen fällig, wenn ein Angehöriger (nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden muss oder sich Kinder in einer Wahlverwandtschaft befinden.
- Das **Recht der Eltern-Kind-Zuordnung** wollen wir so **reformieren**, dass bestehende Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Ehen und Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von trans*- und intergeschlechtlichen Eltern.
- Das Ehegattensplitting werden wir durch **familienfreundliche Steuermodelle** und frei übertragbares Existenzminimum ersetzen (vgl. Kapitel Steuern).
- In den **Lehrplänen der Schulen** muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen sowie geschlechtlicher und sexueller Identitäten umfassend abbilden. Aufklärungsinitiativen zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) in Schulen, Arbeitswelt, Gesellschaft und den queeren Szenen müssen gestärkt werden.

Offensiv und sozial für LSBTIQ*

Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* sowie intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) sind für uns nicht verhandelbar. Wir wollen, dass LSBTIQ* als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Realität anerkannt werden. Deshalb wollen wir mehr queere Bildungsangebote in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir treten für eine diskriminierungsfreie Sprache ein, die der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht wird.

Gegen Armut und soziale Ausgrenzung: queere Communities stärken

Jede dritte queere Person in Europa kommt finanziell nur mit Mühe über die Runden. Für intergeschlechtliche und trans* Personen ist die Situation noch prekärer. Queere Jugendliche sind häufig von Wohnungslosigkeit betroffen. Zwischen einem Coming-out und der Straße liegen nicht selten nur ein paar Stunden.

- Wir wollen **Zufluchs- und Wohnorte für obdachlose junge und ältere queere Menschen**. Die aufsuchende Jugendarbeit und Wohnungslosenhilfe müssen die spezifischen (Not-) Lagen von LSBTIQ* im Blick haben.

Vereinsräume, Clubs, Bars und Cafés erfüllen für queere Menschen eine wichtige soziale Funktion. Wir fordern einen Schutzschild und Mietendeckel für Kleingewerbe und Gemeinnützige Einrichtungen (vg. Kap. Wohnen). Queer-emancipatorische Projekte und Angebote müssen finanziert werden. Wir wollen einen **Runden Tisch mit zivilgesellschaftlichen LSBTIQ*-Verbänden und -**

Organisationen, der die spezifischen Problemlagen queerer Menschen und Infrastrukturen durch die Corona-Krise berät.

- Für queere Menschen im Alter wollen wir mehr Angebote für **selbstbestimmtes Wohnen im Alter** mit entsprechenden Pflege- und Unterstützungsmöglichkeiten. Vor allem nichtkommerzielle, gemeinwirtschaftliche und alternative Wohn- und Hausprojekte wie z.B. Mehrgenerationenhäuser oder Wohngenossenschaften sollen gefördert werden.

Diskriminierung bekämpfen

Diskriminierungen und gewalttätige Übergriffe gehören für queere Menschen weiterhin zum Alltag. Die offizielle Kriminalstatistik bildet nur einen Bruchteil davon ab.

- DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von **Präventionsprojekten** und Organisationen ein, die sich mit der **Hilfe für Gewaltpatienten** beschäftigen. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss stärker verfolgt und geahndet werden als bisher.
- Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communities oder ihre Unterstützer*innen im Internet muss **strafrechtlich** verfolgt werden.
- Die **Selbsthilfe- und Aufklärungsprojekte** der LSBTIQ*-Communities müssen unterstützt und gefördert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.

Queere Menschen erleben noch immer Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Trans* Personen sind überdurchschnittlich häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Auch Menschen mit HIV erleben Diskriminierung im Beruf. Die strukturellen Ausschlüsse verstärken sich für Menschen, die Mehrfachdiskriminierung erleben, etwa Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit.

- Wir wollen den **Diskriminierungsschutz für trans* und intergeschlechtliche Personen** stärken. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll finanziell so ausgestattet werden, dass sie Beratungsangebote zielgruppengerecht, mehrsprachig und barrierefrei in die Arbeitswelt hineinragen kann.
- Ein wichtiger Schlüssel im Kampf gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz ist die **Selbstorganisation der Beschäftigten**. Wir wollen mehr queere Bildungsangebote, die Impulse zur Selbstorganisation in der Arbeitswelt geben. Initiativen, die sich für einen offenen, angst- und diskriminierungsfreien Arbeitsplatz in den Betrieben einsetzen, müssen gefördert werden.

Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche Menschen

Wir wollen einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für alle. Eine Vornamens- und Personenstandsänderung muss mit einer einfachen Erklärung beim Standesamt möglich werden – ohne die bisherigen Zwangsberatungen, Gutachten, ärztlichen Atteste und Gerichtsverfahren.

- Das pathologisierende Transsexuellengesetz (TSG) wollen wir abschaffen und durch ein **Selbstbestimmungsrecht** ersetzen.
- Die fremdbestimmten Operationen an trans* Personen und intergeschlechtlichen Menschen aufgrund der gesetzlichen OP- und Sterilisationspflicht im TSG zwischen 1981 und 2011 müssen historisch aufgearbeitet werden. Die davon betroffenen Menschen müssen angemessen entschädigt werden. Wir wollen einen **Entschädigungsfonds** einrichten.

- Wir wollen die **Rechte von trans* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen** stärken. Dazu gehört die Anerkennung der von ihnen selbst benannten Geschlechtszugehörigkeit.
- Trans* Personen brauchen **freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen** (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine Krankenversicherung haben und unabhängig des aktuellen Aufenthaltsstatus.
- Höheres Alter beim Schutz vor so genannten „Konversionstherapien“: Bisher sind nur Minderjährige bis 18 Jahre davor geschützt. Wir wollen das Schutzalter auf 27 Jahre anzuheben. Ebenfalls muss gestrichen werden, dass Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte straffrei bleiben, sofern sie ihre Fürsorge- oder Erziehungspflicht nicht gröslich verletzen.
- Wir wollen uns für **queere Gesundheitszentren** mit Schwerpunkt trans* und inter* auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten einsetzen.
- Die Rechte und besonderen Belange von trans* und intergeschlechtlichen Personen müssen auch im Strafvollzug und bei polizeilicher Durchsuchung gewahrt bleiben.
- Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen und ein Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Queere Geflüchtete absichern und stärken!

Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Die COVID-19 Pandemie hat das Recht auf Asyl noch mehr eingeschränkt und die prekäre Situation vieler Geflüchteter verschärft. Die Forderung nach physischer Distanz in Zeiten einer Pandemie stellt sich für Massenunterkünfte als besonders drastisch heraus. Die noch verstärkte Isolation fordert die psychische Gesundheit vieler Geflüchteter (vgl. Kapitel Solidarische Einwanderungsgesellschaft)

- Wir fordern **geschützte Einzelzimmer** für besonders schutzbedürftige Geflüchtete wie LSBTIQ*-Geflüchtete, Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche Versorgung unabhängig von Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete.
- Wir wollen, flächendeckend **Fachstellen für LSBTIQ* Geflüchtete** eingerichten. Dort können sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete. Für LSBTIQ*-Geflüchtete in Not wollen wir geschützte Unterkünfte.

Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft

Rund 16 Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag – z.B. in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen, Arztpraxen, Behörden oder im digitalen Bereich – ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich. Der allgemeine Arbeitsmarkt ist auch über zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) nicht barrierefrei und inklusiv. Vielmehr droht den Betroffenen eine Armutsspirale. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgesgrenzt wird. Dafür treten wir an.

Politik für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen muss als menschenrechtliche Aufgabe gestaltet werden – die Konvention der Vereinten Nationen macht hier klare Vorgaben. Die sind auch für Deutschland verbindlich und müssen umgesetzt werden. Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Deshalb wollen wir Selbstbestimmung als wichtigstes Prinzip in die Behindertenpolitik verankern und einklagbar machen. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen haben einen Anspruch auf Selbstverwirklichung. Barrieren müssen abgebaut werden – auch in den Köpfen und in der digitalen Welt. Barrierefreiheit ist Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt.

- Wir wollen ein garantiertes **Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen** für ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Bildung, Wohnen, Freizeit und im Ehrenamt. Auch für diejenigen, die ihre persönliche Assistenz-/Unterstützungskräfte nicht über das Arbeitgebermodell selbst organisieren, muss es möglich sein, die persönlichen Assistent*innen bei einem notwendigen Aufenthalt im Krankenhaus sowie in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mitzunehmen.
- Wir wollen die **Arbeitsbedingungen der Assistenz- und Unterstützungskräfte verbessern**. Ihre Arbeit soll tariflich entlohnt werden, auch wenn sie im so genannten Arbeitgebermodell direkt bei den Assistenznehmer*innen beschäftigt sind. Damit das funktionieren kann, müssen die kommunalen Kostenträger dazu verpflichtet werden, die Tariflöhne zu refinanzieren. Die Tariflöhne sollen mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sein. Zudem soll für öffentliche Aufträge eine Tariftreue-Regelung gelten.
- Wir wollen die bundesweit ca. 500 **Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung** (EUTB), die seit Januar 2018 aus Bundesmitteln zunächst befristet gefördert werden, finanziell und personell so ausstatten, dass sie ihre Beratungsdienste langfristig und barrierefrei anbieten können. Die dort tätigen Beschäftigten wollen wir nach Tarif entlohen. Insbesondere Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sollen als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berater*innen tätig sein. Die Antragsverfahren zur Mittelbewilligung müssen vereinfacht werden.
- **Gute Arbeit und Einkommen, von denen man leben kann**, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Werkstattbeschäftigen. Das „Budget für Arbeit“ muss

bedarfsdeckend und ohne finanzielle Deckelung der Zuschüsse sowie mit einem Arbeitslosenversicherungsschutz ausgestaltet werden. Beschäftigte mit Behinderungen in Werkstätten müssen besser und barrierefrei über dieses Angebot informiert und individuell beraten sowie unterstützt werden. Ihre Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt muss stärker gefördert werden.

- Nur noch so wenig „Sonderarbeitswelten“ (Werkstätten für behinderte Menschen) wie nötig! Stattdessen wollen wir **Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung** für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen deutlich stärker fördern und ausweiten.
- In Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) muss der **gesetzliche Mindestlohn** gezahlt werden. Der öffentliche Dienst soll bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion einnehmen und damit seiner besonderen Verantwortung gerecht werden.
- Die gesetzliche **Beschäftigungsquote für Unternehmen** wollen wir wieder auf sechs Prozent anheben. Die **Ausgleichsabgabe** wollen wir entsprechende der Umsätze des Unternehmens erhöhen – und so, dass es weh tut. Unternehmen dürfen die Ausgleichsabgabe nicht reduzieren und so die Beschäftigungspflicht faktisch auszuhebeln.
- Auch die **Privatwirtschaft muss umfassende Barrierefreiheit ermöglichen**. Wir wollen dazu verbindliche und wirksame Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie in alle ebenfalls betroffenen Gesetze aufnehmen, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß UN-BRK verpflichtet werden. Wir wollen ein Verbandsklagerecht einführen, damit Antidiskriminierungsverbände klagen können.
- Wir wollen ein **bedarfsdeckendes Angebot an barrierefreien Wohnungen** auch im Bestand. Dazu bedarf es einer Investitionsoffensive für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau mit barrierefreien und inklusiven Wohnangeboten. Öffentliche Investitionen, Fördergelder und Vergabe müssen an Barrierefreiheit gebunden werden. Vermieter*innen dürfen die Zustimmung zu einem behindertengerechten Umbau ihrer Wohnung nicht mehr verweigern können.
- Die Städtebauförderung muss auf die Entwicklung von inklusiven und umfassend barrierefreien Lebensräumen und Stadtquartieren ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes, am Sozialraum orientiertes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderungen erreicht wird: eine „**Universelles Design**“ („Design für Alle“ bzw. „Nutzen-für-alle-Konzept“) gemäß Artikel 2 der UN-BRK.
- **Eine Schule für Alle!** Wir wollen inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen mit entsprechender Qualifizierung des Personals und ausreichender Personal- und Sachausstattung der Einrichtungen (vgl. Kapitel Bildung)
- **Alle Gesetze und Verordnungen** müssen überprüft werden, ob sie der UN-BRK entsprechen und bei Bedarf entsprechend geändert werden. Dabei soll auch die Stellung von Menschen mit schweren sog. geistigen und Mehrfachbehinderungen, psychischen Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen verbessert werden.
- Ein menschenrechtskonformes Bundesteilhabegesetz, das keine Kostenvorbehalte, Einkommens- sowie Vermögensanrechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht und so tatsächliche Chancengerechtigkeit schafft. Wir wollen, dass die **Teilhabeleistungen** für

Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen **bedarfsdeckend sowie einkommens- und vermögensunabhängig** in allen Lebensbereichen nach bundesweit einheitlichen Kriterien und durch Bundesmittel finanziert werden. Auch wollen wir ein Teilhabegeld einführen.

Für Frieden und Abrüstung. Waffenexporte verbieten

DIE LINKE verteidigt das Prinzip des Friedens als Modus internationaler Politik. Die Kriegsgefahr war seit Jahrzehnten nicht so groß wie heute. Geopolitischen Rivalitäten und Wirtschaftskriege nehmen zu, wir setzen auf Entspannungspolitik und gerechte Weltwirtschaftsstrukturen. DIE LINKE steht für Entspannungspolitik und für multilaterale Zusammenarbeit ein. Ein Blick auf die globalen Verhältnisse zeigt, in welche Richtungen es gehen kann: Eine neue Austerität mit autoritarem Staat, auch innerhalb der Europäischen Union.

Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Doch die Bundesregierung setzt weiter auf die einseitige Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen in der Standortkonkurrenz. Das zementiert die weltweite Ungleichheit und schwächt ausgerechnet in Zeiten der Klimakatastrophe Formen und Foren grenzübergreifender Kooperation. Internationalen Beziehungen sind – oder waren mit Trump – auf Eis gelegt. Die USA und die EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und China zu verteidigen. Längst ist daraus ein neuer Kalter Krieg geworden, der eskalieren kann. Aber Bundesregierung und EU rüsten auf – und verschärfen so die Konflikte. Wir wollen dagegen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für Frieden und Stabilität brauchen wir in der internationalen Politik ein verbindliches Regelwerk, das immer gilt. Unsere Basis hierfür ist das Völkerrecht. Wir wollen Waffenexporte verbieten. Mehr Investitionen in Militarisierung und Aufrüstung lehnen wir ab. DIE LINKE ist die Friedenspartei und verlässliche Stimme der Friedensbewegung im Bundestag. An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, werden wir uns nicht beteiligen. Wir stehen als Partei des Völkerrechts für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und einen solidarischen Multilateralismus.

Die Ausgaben der Bundesregierung für Rüstung und die Bundeswehr steigen stetig an. Die Kosten für Rüstungsbeschaffung sind im vergangenen Jahr um über 70 Prozent gestiegen. Die Bundesregierung steuert weiter auf das Ziel der NATO zu, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben. Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik. Wir wollen die nukleare Teilhabe Deutschlands beenden und fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag der UN zu unterzeichnen.

Außerdem die Ausgaben für Rüstung senken. Das von der NATO ausgegebene Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Staatshaushalt für Verteidigung zu halten, lehnen wir ab.

Rüstungsexporte stoppen

Deutschland ist die Nummer vier unter den weltweit führenden Ländern im Bereich von Rüstungsproduktion und -export. Laut ihren Rüstungsexportrichtlinien will die Bundesregierung Lieferungen in Staaten außerhalb von EU und NATO restriktiv handhaben. 2020 wurden milliardenschwere Ausfuhren in besonders konfliktreiche Regionen genehmigt. Über Tochterfirmen umgehen Unternehmen wie Rheinmetall oder Thyssen-Krupp die

Ausfuhrbeschränkungen, indem sie zum Beispiel die Produktion von Munition in Länder verlagern, in denen weniger Exportkontrollen gelten, um dann an kriegsführende Länder zu liefern. Wir fordern einen Stopp von Rüstungsexporten, sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle.

- Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Stopp aller Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten.
- Wir wollen den Export von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten, da der Endverbleib nicht kontrolliert werden kann und immer wieder umgangen wurde.
- Rüstungsexporten dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften.
- Europäische Rüstungskonzerne wie Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in autoritäre Regime einzustellen. Gleiches muss für digitale Technik gelten, die in Konflikten als Waffe eingesetzt werden kann oder die Überwachung und Kontrolle von Telekommunikation und Endgeräten ermöglicht wollen. Wir wollen Gesetzeslücken schließen, die es deutschen Unternehmen ermöglichen, die deutschen Gesetze zu umgehen.
- Die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern muss deutlich gekennzeichnet und klar reguliert werden. Technische Bauteile, deren Endnutzung sowohl zivil als auch militärisch möglich ist, dürfen nur exportiert werden, wenn deren Weiterverarbeitung nachweislich zivilen Zwecken dient.
- Biowaffen- und Chemiewaffen müssen verboten werden. Die Ausfuhr von Stoffen, die zur Herstellung von Chemiewaffen geeignet sind, müssen stärker kontrolliert werden.

Perspektivisch wollen wir alle Rüstungsexporte aus Deutschland einstellen.

- Wir wollen mit gesellschaftlichen Partner*innen aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Förderprogramme in der Wirtschaft sowie für Forschung an den Hochschulen sollen nur noch der zivilen Produktion dienen.

Keine Drohnen für den Krieg

Die Bundesregierung plant, die Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zu bewaffnen. Parallel dazu wird am Bau und Einsatz der sogenannten Eurodrohne gearbeitet, die neben Raketen auch Lenkbomben abwerfen soll. Doch bewaffnete Drohnen führen vor allem zu mehr zivilen Opfern und einer Beschleunigung der Aufrüstungsspirale. Drohnenkriege der Zukunft könnten mit teil- oder vollautomatisierten Waffensystemen geführt werden. Die Entscheidung über militärische Ziele und über Menschenleben darf niemals einer „künstlichen Intelligenz“ überlassen werden.

- Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir sagen Nein zu Kampfdrohnen, auch nach der Wahl!
- Für eine weltweite Ächtung bewaffneter Drohnen muss Deutschland einen ersten Schritt tun, generell auf die Bewaffnung von Drohnen verzichten und sich international für eine völkerrechtlich bindende Ächtung dieser Waffen einzusetzen.

- Wir fordern eine weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die Bundesregierung muss eine internationale Initiative dafür starten. In Deutschland soll es keine Forschung mehr für autonome Waffensysteme geben.
- Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-Armee wollen wir endlich stoppen. Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden!
- Eine Endverbleibskontrolle für Bauteile und Software muss eingeführt werden, die als Bestandteil autonomer Waffensysteme verwendet werden können.

Für eine atomwaffenfreie Welt

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die Bundesregierung hat ihn nicht unterzeichnet. Doch das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist noch fern. In Deutschland lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO noch immer Atomwaffen. Die Bundeswehr stellt dafür Kampfflugzeuge bereit, die diese Waffen transportieren können, die Bundesregierung plant sogar deren Aufrüstung. DIE LINKE steht dagegen für eine atomwaffenfreie Welt:

- Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen.
- Atomwaffen raus aus Deutschland. Nukleare Teilhabe beenden. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Es dürfen keine weiteren Atomwaffen in Deutschland stationiert werden. Die Bundesregierung darf keine Trägersysteme und Pilot*innen dafür bereitstellen.
- In Deutschland haben sich mehr als 600 Städte und Gemeinden der Kampagne Mayors for Peace angeschlossen, die zum Ziel hat, Atomwaffen weltweit abzuschaffen. Diesen Appell muss die Bundesregierung ernst nehmen und die weltweite Ächtung von Atomwaffen vorantreiben.
- Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass die Verhandlung über das Atomabkommen mit dem Iran wieder aufgenommen wird, dass die USA diesem wieder beitreten, und alle Beteiligten sich zur Einhaltung verpflichten.
- Deutschland soll sich für einen Vertrag zur Ächtung von Mittelstreckenraketen einsetzen, der die USA, China und Russland mit einbezieht.

Bundeswehr umbauen

Der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Einsatzarmee dient nicht unserer Sicherheit, sondern den Interessen von Großkonzernen und Eliten im globalen Kampf um Rohstoffe, Einflusssphären und Absatzmärkte. Der Preis für eine hochgerüstete Bundeswehr: Steuermilliarden fehlen beim Ausbau des Gesundheitssystems, der sozialen Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz. Die Aufrüstung der Bundeswehr wird von einer Militarisierung der Gesellschaft begleitet.

- Die Wehrpflicht ist in Deutschland seit 2011 nur ausgesetzt. Wir wollen sie ganz abschaffen.
- Die Ausrichtung der Bundeswehr als Einsatzarmee lehnen wir ab. Sie muss zurückgebaut werden zu einer Verteidigungsarmee, wie es das Grundgesetz vorsieht. DIE LINKE setzt sich schrittweise für eine Abrüstung der Bundeswehr ein – hin zu einer strikten Defensivverteidigung, Angriffswaffen sollen zuerst abgerüstet werden.

- Der Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr muss aufgelöst werden. Bekämpfung von Kriminalität im Netz und Schutz kritischer Infrastruktur sind Aufgabe der Sicherheitsbehörden im Inneren, nicht der Bundeswehr. (vgl. Kapitel Digitalisierung).
- Extrem rechtes, rassistisches und demokratiegefährdendes Gedankengut in der Bundeswehr sowie in für die Bundesrepublik tätigen Sicherheitsunternehmen muss untersucht und aufgedeckt werden. Daher fordern wir auch eine Studie zu Rassismus und rechtem Gedankengut für die Bundeswehr. (Vgl. Kapitel Sicherheit für alle)
- Wir wollen die Spezialeinheit (Kommando Spezialkräfte (KSK) auflösen. Der Skandal um die rechten Netzwerke dort zeigt, welche Gefahr für die Demokratie selbst aus der Ausrichtung der Bundeswehr auf Kriegseinsätze erwächst.
- Kein Werben fürs Sterben! Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und Hochschulen ab. Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen aufnehmen – auch nicht im Rahmen des sogenannten „freiwilligen Heimatschutzes“.
- Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Für Katastrophenschutz oder zusätzliches Personal bei Notlagen wie beispielsweise bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie in den Gesundheitsämtern müssen die Einrichtungen des Katastrophenschutzes aufgewertet und endlich besser ausgestattet werden.

Auslandseinsätze beenden

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme investieren.

- Wir lehnen Ausbildungsmisionen für Soldat*innen und Sicherheitskräften, die ihrerseits direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind, ab.
- Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und Söldnerfirmen.
- Wir wollen keine Beteiligung an internationalen Polizei- und Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmisionen, die der Unterstützung autoritärer Regime wie Saudi-Arabien, Marokko, Türkei, Sudan und Ägypten dienen.
- Wir lehnen Civil-militärische Kooperationen ab. Wichtige zivile Hilfe darf nicht mit militärischen Maßnahmen verknüpft werden.

Kooperation statt Konfrontation: für ein inklusives Sicherheitssystem

Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und so agiert sie auch heute noch. Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Konfrontation ist keine Grundlage für Sicherheit. Auch der „Krieg gegen den Terror“ der NATO-Staaten hat keine Sicherheit geschaffen – im Gegenteil. Zeit endlich umzusteuren.

- Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.
- Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.
- Eine Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Kriegseinsätzen lehnen wir ab.
- Auf dem NATO-Stützpunkt Ramstein wird derzeit ein Weltraumcenter der NATO aufgebaut. Damit sollen nicht nur Satelliten verteidigt werden, die für unser Alltagsleben unentbehrlich geworden sind, sondern die militärische Handlungs- und Angriffsfähigkeit abgesichert

werden. Die scheinbar passive Komponente der “Verteidigung im Weltall” hat einen offensiven Hintergrund. DIE LINKE lehnt die Militarisierung des Alls ab.

Zivile Konfliktlösung und Konfliktprävention

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden zu schaffen und zu bewahren, bedeutet, die Bedingungen sicher zu stellen, in denen ein Leben in Würde und Sicherheit möglich ist. Dabei umfasst Sicherheit mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Sicherheit bedeutet auch, dass die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet ist, dass es Zugang zu medizinischer Versorgung gibt, zu Wohnraum, Bildung und Ausbildung.

- Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Wir wollen, dass die Bundesregierung sich innerhalb der UN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago Deklaration durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einsetzt und diesen in allem politischen Handeln konsequent umsetzt.
- Die Bundesregierung muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen wie die Einbindung von Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Abgabe von Schusswaffen und zivile Vermittler richten. Wir wollen diese Ansätze im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern und die Ausbildung dafür stärken. Auch ausländischen Friedenskräften wollen wir die Möglichkeit eröffnen, ihre Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

Soziale Gerechtigkeit weltweit

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas: Soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu. Etwa 1 Prozent der Menschheit besitzt 45 Prozent des globalen Vermögens. Die ärmeren Hälften der Weltbevölkerung hat so gut wie nichts, während die Reichen immer reicher werden, dieser Trend beschleunigt sich in der Corona-Krise dramatisch. Die UNO rechnet das erste Mal seit 1990 wieder mit einem weltweiten Anstieg der Armut.

Bundesregierung und EU verschärfen mit ihrer Handelspolitik und Standortkonkurrenz die internationalen Gegensätze, schwächen internationale Abkommen und Institutionen. Längst gibt es einen neuen Rüstungswettlauf, die Rüstungsexporte in alle Welt haben den höchsten Stand seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht. Die Militarisierung der Außenpolitik hat weder den Terror nachhaltig bekämpft noch mehr Sicherheit geschaffen. Demokratie und Menschenrechte ruft die Bundesregierung zwar gerne an, im politischen Alltag zählen andere Ziele: wirtschaftliche Interessen durchzusetzen oder Europa gegen Geflüchtete abzuschotten.

Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit – weltweit! Wir wollen die Krise nicht nur für Deutschland oder Europa überwinden, sondern global. Den entfesselten Raubtierkapitalismus wollen wir endlich an die Leine nehmen. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Geflüchtete. Unsere Außenpolitik muss Demokratie, Menschenrechte und Frieden fördern, die Zivilgesellschaft unterstützen, statt nur Wirtschaftsinteressen zu dienen und Deals mit Diktatoren zu machen. Sie muss feministisch, sozial und ökologisch werden – also Frauenorganisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einbeziehen. Wir kämpfen gemeinsam mit Partnerparteien, mit Gewerkschafter*innen und sozialen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz, Demokratie und gegen Rassismus. Starke Bewegungen geben uns Hoffnung, wie Fridays for Future oder die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA. Gemeinsam können wir die Welt verändern.

Sozial und ökologisch gerechte Weltwirtschaft –Fluchtursachen bekämpfen

Eine gerechte Handelspolitik ist eine Voraussetzung für eine friedliche Welt und für mehr globale soziale Gerechtigkeit. Deutsche und europäische Außenwirtschaftspolitik darf nicht länger von dem bornierten Ziel geprägt sein, kurzfristige Eigeninteressen nach vorne zu stellen: Wer andere arm macht und bleiben lässt, kann nicht gewinnen. Und wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss aufhören sie immer wieder neu zu schaffen und zu exportieren. Partnerländer müssen eigene Volkswirtschaften und Wertschöpfungsketten aufbauen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) bis 2030 erreichen können. Wir wollen die Handelspolitik daher endlich zu einem Instrument der weltweiten Kooperation, des sozial-ökologischen Fortschritts und der Demokratisierung machen.

- Handelskonflikte beenden! Handelskonflikte wie jene zwischen den USA und China bzw. der EU haben wirtschaftliche und soziale Schäden angerichtet und die Standortkonkurrenz verschärft. Handelspolitik darf nicht mehr zur politischen Erpressung benutzt werden.
- Kooperations- statt Freihandelsabkommen! Wirtschaftsabkommen müssen ein Regelwerk für die Produktionsbedingungen enthalten. So wollen wir gute Arbeit und Umweltschutz entlang der globalen Produktions- und Lieferketten sicherstellen. Die europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zementieren Abhängigkeiten des globalen Südens als Rohstofflieferant und müssen durch faire Handelsabkommen ersetzt werden.

- Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das den Namen verdient. Das von der Bundesregierung geplante Gesetz lässt zu viele Lücken. Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus. Die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisierung muss Teil des Gesetzes werden.
- Arbeitsrecht globalisieren! Wir unterstützen das “UN-Treaty”-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt, die Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten dadurch die Möglichkeit am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte einklagen zu können. Fairer Handel soll die normale Form von Handel werden, international wie auf lokalen Wochenmärkten.
- Der UN-Migrationspakt will die Rechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen stärken. Als Land mit dem weltweit größten Überschuss im Warenhandel und Kapitalverkehr muss sich Deutschland für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum Schutz der globalen Wanderarbeiter*innen einsetzen. Wir fordern, dass die globalen Rekrutierungsagenturen für Arbeitsmigration nur noch lizenziert arbeiten dürfen, ihre Gebühren und Verträge müssen transparent sein und Anwerbegebühren von Arbeitgebern getragen werden.
- Nachhaltige Wirtschaftspolitik statt nationaler Standortkonkurrenz! Es braucht einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet. So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren ausgerichtet. Dafür braucht es ein Ende der Kürzungspolitik, die den Niedriglohnsektor befördert und Löhne in Europa künstlich niedrig hält. Das exportiert weltweit Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.
- Nicht schon wieder! Hunderttausende wehrten sich gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, weil es vor allem die Interessen der exportorientierten Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks diente. Wir wollen, dass TTIP endgültig aufgegeben wird. Auch das Abkommen mit Kanada (CETA) und mit südamerikanischen Staaten (Mercosur) lehnen wir ab. Ökologische und soziale Standards dürfen nicht mehr zu kurz kommen, Sonderklagerechte, die Demokratie und Grundrechte den Profitinteressen unterordnen, lehnen wir ab.
- Zugang zu einer universellen Gesundheitsversorgung! Die Entwicklung von Impfstoffen kann nur gemeinschaftlich entstehen und darf nicht von Pharmakonzernen zur Profitmaximierung oder nur auf nationaler Ebene gedacht werden. Der Weltgesundheitsorganisation WHO muss eine breite finanzielle Basis zur Verfügung gestellt werden. Medikamente, die über Steuergelder finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenfrei zur Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden. Die Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung der tödlichsten Infektionskrankheiten und häufig vernachlässigten Krankheiten, wie HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose wollen wir ausbauen.
- Landraub und die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten! Seit 2014 steigt die Zahl der hungernden Menschen weltweit wieder an, diese Krise wird durch die Corona-Pandemie noch verschärft. Unser Ziel ist: Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität für alle! Für

Nahrungsmittelhandel sollte nicht mehr die Welthandelsorganisation zuständig sein, sondern die Welternährungsorganisation der UNO.

- Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche Betriebe weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen, Landwirtschaft nicht vorrangig für den Export zu betreiben. Es muss Schluss damit sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit Lebensmitteln – wie durch in der EU subventionierte Lebensmittel – überschwemmt werden.
- Wir wollen die ökologische Produktion in aller Welt fördern und dafür international Systeme vereinbaren, die vor Preisverfall schützen. Es braucht eine Senkung des Rohstoffverbrauchs, dafür fordern wir eine neue europäische Rohstoffstrategie. Die Abhängigkeit der Länder des Südens von Rohstoffexporten muss beendet werden. Die von der Bundesregierung vorgelegte Rohstoffstrategie folgt vor allem den Interessen der Industrie.
- Eigenständige Entwicklung ermöglichen! Internationale Kooperation kann Armut durch Technologietransfer und gezielten Aufbau von Unternehmen vor Ort überwinden helfen. Rohstoffe sollen dort weiterverarbeitet werden, wo sie aus der Erde geholt werden. Es gibt kein Anrecht europäischer Konzerne auf Zugang zu Rohstoffen. Wertschöpfung muss in den Ländern des globalen Südens ermöglicht und gefördert werden.
- Wir wollen Datenschutz und Transparenz weltweit! In allen Technologiebereichen brauchen wir globale Kooperation, um ein Regelwerk zu schaffen, dass verbindliche Datenschutzregeln für Robotik, Datenflüsse und künstliche Intelligenz schafft und die Algorithmen transparent macht.

Entwicklung durch Gerechtigkeit

Die Ungleichheit nimmt – trotz Jahrzehnten westlicher „Entwicklungsarbeit“ – weltweit zu und hemmt wirtschaftliche wie soziale Entwicklung. Die bisherige Entwicklungspolitik ist nicht einfach gescheitert. Sie ist ein Instrument (post-)kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung.

Entwicklungszusammenarbeit muss endlich Würde und Solidarität in den Mittelpunkt stellen – und die zerstörerischen Dynamiken der grenzenlosen Kapitalverwertung durchbrechen. Dafür wollen wir öffentliche und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Entwicklungszusammenarbeit muss sich an den Zielen der Partnerländer und ihrer Gesellschaften orientieren und sie dabei unterstützen, eigenständige Entwicklungswege zu beschreiten. Die ungleiche Einbindung der Länder in den Weltmarkt verstärkt die wirtschaftlichen Krisen und schwächt die Länder des Globalen Südens auch politisch.

Unser Plan für eine solidarische Entwicklungsarbeit:

- Recht auf Nahrung und sauberes Wasser für alle! Ernährungssouveränität und soziale Sicherheit sind das Fundament von Sicherheit und Stabilität. Dazu müssen Nahrungsmittelmärkte vor Ort gestärkt werden, die Vielfalt an Pflanzen- und Tierwelt erhalten bleiben und der Missbrauch von Agrarentwicklungsprogrammen durch transnationale Konzerne beendet werden. Der Export von hochgefährlichen Pestiziden muss verboten werden.
- Entwicklungsgelder dürfen nicht mehr als Investitionsanreize für deutsches oder internationales Kapital missbraucht werden. Initiativen wie Marshall-Plan mit Afrika oder Compact with Africa wollen wir einstellen.

- Entwicklungsförderung aus öffentlicher Hand! Das Geld für Entwicklungszusammenarbeit muss aus öffentlichen Mitteln stammen. Den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen und großer Kapitalgeber wollen wir ebenso beenden wie öffentlich-private Partnerschaften. Das Instrument der Budgethilfe wollen wir stärken. Die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit wollen wir auf die zugesagten Summen anheben.
- Nicht nur mehr, sondern anders! Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den Bedürfnissen der Menschen in den ärmeren Ländern orientiert – anstatt weiter vor allem den Interessen europäischer Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, im Sinne des so genannten Grenzschutzes und der Migrationskontrolle, lehnen wir ab. Abschottung ist keine Entwicklungspolitik! Geld soll den Ländern des globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.

Klimagerechtigkeit global

Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders stark betroffen, obwohl die Hauptverursacher*innen im globalen Norden liegen. Dabei verursachen laut Oxfam die reichsten 10% der Weltbevölkerung genauso viel CO₂ Emissionen wie die ärmeren 50% der Bevölkerung. Die weltweiten Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt katastrophal. Wassermangel, Dürre, Überschwemmungen nehmen Menschen ihre Lebensgrundlage, Folgen sind Verteilungskämpfe um schwindende Ressourcen, die immer mehr Menschen zur Flucht zwingen. Damit muss Schluss sein: Die Reichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Handelspolitik und beim Rohstoffverbrauch. Das Pariser-Klimaabkommen war ein Minimalkonsens zwischen den Staaten. Die bislang von den einzelnen Ländern zugesagten Minderungsvolumen sind aber längst nicht ausreichend, um diese Ziele zu erreichen (vgl. Klimakapitel).

- Auch Deutschland muss nachlegen und – als einer der Hauptverursacher für den Klimawandel – mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen, damit dieser seine Entwicklung klimaneutral und gerecht gestalten kann.
- Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte mehr einzahlen als andere Staaten. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich erhöhen.
- Solange die Länder im globalen Süden ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir daher Wasserstoffimporte aus diesen Ländern ab (vgl. Kapitel Energiewende).
- Klimagerechtigkeit statt Greenwashing und Ablasshandel! Immer häufiger lagern Industrieländer Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, z.B. Waldschutzinitiativen in den Globalen Süden aus und entziehen sich so ihrer Verantwortung.

Gerechte Steuern weltweit

Reiche und Konzerne müssen an den globalen Kosten von Krisen und Klimawandel beteiligt werden. Es braucht ein gerechtes internationales Steuersystem mit einer Finanztransaktionssteuer. Steueroasen müssen trockengelegt werden, um transnationale Konzerne endlich stärker an der

Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren Ausbeutung und Ressourcen sie profitieren (vgl. Kapitel gerechte Steuern und Kapitel Banken und Finanzen).

- Doppelbesteuerungsabkommen, die Deutschland mit vielen Ländern des globalen Südens abgeschlossen hat, verhindern oft eine faire Besteuerung vor Ort, das meiste Geld fließt nach Deutschland. Das muss beendet werden!
- Wir wollen, dass die ärmsten Länder entschuldet werden, ihre Schuldenlast erdrückt sie und macht jeden Fortschritt unmöglich. Dafür braucht es ein internationales Schiedsgericht. Wir fordern die Einführung eines Staatsinsolvenzverfahrens.

UNO und internationale Zusammenarbeit stärken

Es braucht auf der internationalen Ebene ein System stärkerer Zusammenarbeit, doch der Multilateralismus ist in der Krise. In den internationalen Beziehungen gibt es eine Eiszeit. Die USA und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben den Sicherheitsrat und die Vereinte Nationen (UNO) in den vergangenen Jahren blockiert. Zum Fundament der UNO gehören die Friedenssicherung und Verhinderung von Konflikten, die Wahrung von Menschenrechten, Förderung gesellschaftlichen Fortschritts und sozialer Entwicklung sowie die internationale Zusammenarbeit. Die UNO soll den Rahmen für Staaten geben, in dem die Regeln festgelegt werden. Ihre 17 Entwicklungsziele (SDG), darunter Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung, Bildung und Gesundheit, sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Doch davon ist die Welt heute weit entfernt. Armut und Hunger wachsen durch die Corona-Pandemie rasant: bis zu 235 Millionen Menschen werden im Jahr 2021 laut Schätzungen der UNO nicht ausreichenden Zugang zu Nahrung und Trinkwasser haben. Während sich auf den Finanzmärkten der Reichtum ballt, fehlt es der UNO überall an Geld. Das macht sie abhängig von der Unterstützung durch private Unternehmen und Stiftungen, die vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen. Die Unabhängigkeit und Neutralität der UNO wird so unterlaufen.

- Rückbesinnung auf die Charta der Vereinten Nationen, auf das Gewaltverbot, auf die Verbindlichkeit des Völkerrechts. Für uns gilt nur ein Standard: Völkerrechtsbrüche verurteilen wir, im Unterschied zu anderen Bundestagsparteien, egal von wem sie ausgehen.
- Stärkung und Demokratisierung der UNO! Die Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden. Die Forderung nach einem ständigen Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir daher ab.
- Die Länder des globalen Südens brauchen mehr Einfluss! Die sozial- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen, wie im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC), müssen gestärkt werden. Exklusive Foren wie die G7 sollen darin aufgehen.
- Die Sonderorganisationen der UNO, wie das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation oder das Flüchtlingshilfswerk sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der Lage, der Krise angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es um knapp vier Milliarden Euro, also nur einen Bruchteil der deutschen Rüstungsausgaben.
- Um den Einfluss privater Akteure zurückzudrängen, wollen wir die Basisbeiträge anheben. Die Ausgaben der UNO für Militäreinsätze müssen zugunsten der Mittel für Hungerbekämpfung, friedlicher Konfliktbearbeitung und ziviler Krisenprävention umverteilt werden.

- Wir unterstützen den Appell des UNO Generalsekretärs António Guterres nach einem globalen Waffenstillstand.
- Wirtschaftssanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung und müssen beendet werden.

Menschenrechte durchsetzen

Menschenrechte sind universell und verpflichten zu politischem Handeln. Alle Menschenrechte sind für uns gleich wichtig: soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische. Den Bruch von Menschenrechten kritisieren wir als LINKE überall. Den doppelten Standards der Bundesregierung stellen wir uns entgegen.

- Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür muss die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden.
- Frieden ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte und umfassende menschliche Entwicklung. Wir wollen, dass im Völkerrecht das Recht auf Frieden verankert wird. Menschenrechte dürfen nicht zur Kriegsführung instrumentalisiert werden.
- Wir wollen, dass die Bundesregierung das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über Menschenrechte unterzeichnet, damit Einzelpersonen die Möglichkeit des Beschwerdewegs bei der UNO haben.
- Wir wollen Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Dazu werden wir einen Fonds auflegen zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich weltweit für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Den Fonds wollen wir mit substanziellem finanziellen Mitteln ausstatten.
- Deutschland muss sich aktiv für die Freilassung politischer Gefangener einsetzen. Die willkürliche Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen, auch durch Behörden hierzulande, wollen wir beenden.

Deutschen und Europäischen Kolonialismus aufarbeiten

DIE LINKE fordert, dass der deutsche Kolonialismus und seine Wirkung in den internationalen Beziehungen bis heute aufgearbeitet werden. Kolonialismus muss endlich als Unrechtsherrschaft anerkannt werden.

- Wir wollen eine öffentliche Debatte innerhalb bundesdeutscher Einrichtungen sowie eine Unterstützung der antikolonialen Erinnerungskultur in den ehemaligen Kolonien. Dazu fordern wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Bundestages.
- Die Bundesregierung muss sich für den Völkermord an den OvaHerero und Nama in der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika entschuldigen. Beratungen über angemessene Entschädigung müssen mit Vertreter*innen der Gemeinschaften in Namibia beginnen. Entwicklungsprojekte des BMZ sind keine Entschädigungsleistungen.
- Kultur- und Naturobjekte müssen in die Herkunftsländer zurückgeführt werden. Nur nach offizieller Genehmigung dürfen Artefakte als Leihgaben in der Bundesrepublik ausgestellt werden. Sterbliche Überreste müssen an die Herkunfts-Communities übergeben werden. Forschungen an unrechtmäßig erworbenen Sammlungen müssen gestoppt werden.

Für ein solidarisches Europa!

Wir kämpfen für ein soziales Europa, für eine andere Europäische Union, in der alle gut leben und arbeiten können. Ein solidarisches Europa, in dem alle Menschen vor Armut geschützt sind. In dem nicht Standortkonkurrenz und Profit, sondern Demokratie und Solidarität an erster Stelle stehen. Ein Europa, in dem Konzerne und Reiche endlich ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Für eine EU, die keine Deals mit Diktator*innen macht und die ihren Werten gerecht wird: die verhindert, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken. Wir wollen eine Union, die Klimaschutz sowie eine Energie- und Verkehrswende endlich voranbringt, anstatt sie zu blockieren. Wir wollen ein friedliches Europa ohne Rüstungswettlauf. Wir fordern soziale Mindeststandards, gute Gesundheitsversorgung und Bildung für alle.

Wir müssen die ökologischen Herausforderungen mit einer Antwort auf die sozialen Probleme verbinden. Doch die EU-Kommission hat einen „Green Deal“ aufgelegt, der nicht mal in der Lage ist, die Klimaziele der EU zu erreichen. Deshalb wollen wir umsteuern - mit einem sozialen und ökologischen Systemwechsel in Europa, für einen wirklichen Europäischen Green New Deal. Der muss den Umbau der Wirtschaft mit massiven öffentlichen Investitionen in gute Jobs, Innovation für klimaneutrale Produktion und Infrastruktur schaffen. Die natürlichen Lebensgrundlagen und Gemeinschaftsgüter wie Wasser, Energie, Luft, eine saubere Umwelt und unsere Gesundheit dürfen nicht mehr den Profitinteressen einiger Weniger untergeordnet werden. Es braucht in Europa endlich höhere Steuern für Reiche und Konzerne. Gelder aus dem EU-Haushalt müssten umgewidmet werden: weniger Ausgaben für militärische Aufrüstung – mehr für solidarische und ökologische Zukunftsprojekte. Denn wir brauchen eine historische Kraftanstrengung, um die Klimakrise aufzuhalten und gleichzeitig alle Menschen mitzunehmen. Wir streiten für Umverteilung des Reichtums, für Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie, für eine neue Industriestrategie und eine tragfähige öffentliche Infrastruktur in Europa - für eine gute Zukunft für alle.

Für die EU ist die Corona-Pandemie der zweite schwere Schock nach der Finanzkrise. Für zahllose Menschen bedeutet er erneut Einkommensverluste, Existenzangst und zerstörte Lebensplanungen. Die Mitgliedsländer haben versucht, die Krise durch wirtschaftliche Maßnahmen in Schach zu halten und sozial abzufedern. Die EU-Kommission setzte die Defizitbeschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU aus. Doch aufgrund der Kürzungspolitik der vergangenen Jahre ist die öffentliche Daseinsvorsorge unterfinanziert. Banken wurden mit Milliarden gerettet, aber Krankenhäuser kaputtgespart. Hunderttausende Menschen starben, auch weil sie nicht ausreichend behandelt werden konnten. Die Spaltung zwischen Nord- und Süd-, Ost- und Westeuropa wächst. Die deutsche Politik von Niedriglöhnen und Exporterfolgen um jeden Preis hat die Krise mitverursacht und auch innerhalb der EU Ungleichheit und Konkurrenz verstärkt. Die Politik von Austerität, Privatisierung, Sozialabbau und De-Industrialisierung hat dem Rechtspopulismus Auftrieb gegeben. Die Herausforderungen von Klimawandel und globaler sozialer Gerechtigkeit kann kein Land alleine stemmen. Wir müssen grenzübergreifende – globale – Lösungen finden. All das zeigt: Es ist höchste Zeit für einen Neustart in Europa!

Anders als noch bei der Finanzkrise 08/09 reagierte die EU bisher nicht mit einem Kürzungsdiktat auf die Krise. Aber die Gefahr ist groß, dass die EU nach der Krise wieder in die alte Kürzungspolitik zurückfällt. Denn das Diktat der schwarzen Null ist nur ausgesetzt. Klar ist daher: Wir brauchen wir einen Paradigmenwechsel, weg von Kürzungen, Freihandelsabkommen und Marktradikalismus hin zu öffentlichen Investitionen, grenzübergreifender Kooperation und Solidarität. Weg von Aufrüstung, hin zu sinnvollen Investitionen und konsequenter Entspannungs- und Friedenspolitik. Dieser Politikwechsel muss in Berlin beginnen.

Wir wollen eine EU, die sich für ein System der internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe einsetzt. Angesichts der Konfrontation zwischen Russland, China und den USA brauchen wir eine EU, deren Außenpolitik von friedlicher Kooperation geprägt ist und nicht von der gewalttätigen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Die Verträge von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der Union eingeschrieben. Wir wollen neue Verträge, um die EU sozialer, gerechter und ökologischer zu machen. Nur so hat die Union eine gemeinsame Zukunft. Für diese Zukunft setzen wir uns zusammen mit sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften, mit der Europäischen Linken und anderen Parteien ein. Gewerkschaften und Bewegungen, der Einsatz für das Klima, für Demokratie und Frauenrechte und gegen Rassismus überall in Europa zeigen: gemeinsam können wir Europa verändern.

Investieren statt Zukunft blockieren!

Der EU-Haushalt und die Wiederaufbaumittel und Hilfsgelder bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen und für eine gerechte und klimaneutrale Zukunft umzusteuern. Teile des EU-Haushaltes sind versteckte Subventionen für Großkonzerne. Profitiert haben davon vor allem die Reichen. Besonders fahrlässig ist, dass Investitionen und Gesundheitsausgaben aus dem Wiederaufbaupaket gekürzt wurden. Denn die Wirtschaft lahmt, viele Länder sind von Massenerwerbslosigkeit geplagt und die Infrastruktur wird schon lange auf Verschleiß gefahren. Wir wollen dagegen weniger Geld für Aufrüstung und mehr Geld für öffentliche Investitionen. Was einzelne Staaten überfordern könnte, ist für die europäische Staatengemeinschaft insgesamt gut leistbar, denn mit ihrer großen Wirtschaftskraft und der Europäischen Zentralbank (EZB) im Rücken verfügt sie über ausreichend wirtschaftliche Stärke.

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschneidet die Demokratie in den einzelnen Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberalen Finanzpolitik fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne Handbremse.
- Die Defizit- und Schuldenregeln müssen angepasst werden. Damit die EU eine Zukunft hat, müssen wir uns um die Defizite kümmern, die wirklich zählen: Den Investitionsstau im Sozialstaat, in der Bildung, der Infrastruktur, auf dem Arbeitsmarkt und beim Klimaschutz.
- Angesichts der Herausforderungen durch Corona und Klimakatastrophe muss der EU-Haushalt durch die Ausgabe europäischer Anleihen ausgeweitet werden. Angesichts des größten Einbruchs der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten ist ein Umfang von einer bis zwei Billion Euro für das europäische Investitions- und Ausgabenprogramm erforderlich.
- Es braucht ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm! Die finanziellen Mittel der EU müssen ausgeweitet und gezielt für die wirtschaftlich schwächeren Länder, Regionen, Branchen und für Zukunftsaufgaben wie eine sozial-ökologische Industriepolitik, das Gesundheitswesen, die digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie die Energie- und Verkehrswende, eingesetzt werden.
- Die Kompetenzen der EU-Kommission zur Kontrolle und Lenkung der Mittelvergabe müssen beschränkt und das Europäische Parlament stärker einbezogen werden. Die demokratische Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln muss auf europäischer Ebene erfolgen. Dabei dürfen keine Kürzungsauflagen, wie etwa der Abbau von Arbeitsrechten, mehr verhängt werden.

Europaweit: Reichtum von oben nach unten verteilen

Investitionen für die Zukunft kosten Geld. Aber die gute Nachricht ist: Geld ist da – es ist nur falsch verteilt. Denn die Unternehmen, die die größten Gewinne machen, zahlen in Europa immer noch am

wenigsten Steuern. Auch große Vermögen werden kaum besteuert. Steuervermeidung und Steueroasen boomen. Das Ergebnis: Während gerade in der Corona-Krise die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut der Mehrheit der Menschen. Schluss damit!

- Es braucht einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen.
- Wir fordern gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und Spitzeneinkommen.
- Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden. Banken, die in Steueroasen operieren, werden wir die Lizenz entziehen.
- Es braucht europäische Eigenmittel, etwa aus einer Finanztransaktionssteuer.
- Digitalkonzernen wie Google und Amazon machen Milliardengewinne und zahlen kaum Steuern. Wir werden sie endlich zur Kasse bitten!

Europäische Zentralbank demokratisch kontrollieren und sozial & ökologisch nutzen

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss endlich am Gemeinwohl statt am Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Die EZB muss sozialen und ökologischen Investitionen der Mitgliedstaaten ermöglichen und diese vom Wohlwollen der Finanzmärkte unabhängig machen. Dafür würde es schon ausreichen, wenn die EZB die Solvenz der Mitgliedsstaaten garantiert, indem sie verpflichtet wird, Kreditgeber in letzter Instanz zu sein. Ein inflationäres Risiko gibt es nicht, weil die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel verpflichtet ist.

- Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen
- Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird - anstatt weiter dem Einfluss von Finanzlobbyisten ausgeliefert zu sein.
- Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen mit hohen CO2-Emissionen aufkaufen und dadurch den Klimaschutz unterlaufen. Sie braucht starke soziale und ökologische Standards. Das gilt auch für die Corona-Hilfen.

Die Wirtschaft umbauen

Wir dürfen nach der Krise nicht weitermachen wie bisher, um Europa mit einem Green New Deal gerechter zu machen und einen sozial-ökologischen Systemwechsel voranzubringen. Wir wollen, dass der sozial-ökologische Umbau in allen Mitgliedstaaten möglich ist. Unser Ziel ist, Stromerzeugung, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft klimaneutral zu machen, ohne Menschen oder Regionen abzuhängen (vgl. Klimakapitel). Die jüngste Anhebung des Treibhausgasminderungsziels der EU von 40 auf 55 Prozent gegenüber 1990 ist immer noch zu niedrig, um kompatibel mit dem Pariser Klimaschutzabkommen zu sein. Wir wollen die EU bis spätestens 2040 klimaneutral machen.

- **Investitionen:** Die EU hat die Programme für einen gerechten Umbau von 40 Milliarden Euro auf 17,5 Milliarden Euro geschrumpft – so kann der Umbau nicht gelingen. Wir wollen den „Just Transition Fonds“ – den Fonds des „Gerechten Übergangs“ – stärken. Er soll Menschen, die in Bereichen wie Bergbau und klimaschädlichen Industrien tätig sind, vor allem in benachteiligten Regionen, sozial absichern und ihnen neue berufliche Perspektive eröffnen.
- Um Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit zu bekämpfen, braucht es eine konsequente europäische **Vollbeschäftigungspolitik und eine echte Industriestrategie**. Sie muss Klimaneutralität zum Ziel haben und vor allem deindustrialisierten Regionen eine Zukunft geben.
- **Energiewende:** Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut

werden – bürgerlich und in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum. Wir setzen uns für die Einrichtung einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung« ein. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.

- **Verkehrswende:** Es braucht eine europäische Mobilitätsrevolution. Das geht, wenn wir Bus und Bahn ausbauen und die Preise drastisch senken, vernetzte Mobilität schaffen und kurze Wege fördern. Statt Flugstrecken wollen wir Bahnverbindungen ausbauen. Ein Großteil des Güterverkehrs und des innereuropäischen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert werden.
- **Agrarwende:** Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transportwege und industrielle Massenproduktion. Das System der EU-Agrar-Subventionen ist nicht nachhaltig, wir wollen Subventionen an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren und nicht mehr an der Fläche.

Soziale Absicherung und Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Doch die Politik in der EU stellt die Interessen der Unternehmen vor die der meisten Menschen. Das Ergebnis ist Armut, Lohndumping und Ausbeutung. Dramatisch ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, in Spanien und Griechenland droht sie in Folge der Corona-Krise auf 40% zu steigen. Fast jede*r zweite Jugendliche, der/die einen Job sucht, geht leer aus. Die Profite der Unternehmen dürfen nicht mehr über den Arbeitsrechten der Beschäftigten und den sozialen Grundrechten der Menschen stehen.

- Wir fordern für alle Bürger*innen in der EU soziale Rechte und Mindestlöhne, die die Existenz sichern.
- Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss rechtlich verankert werden, um Lohndumping zu unterbinden. Wir wollen, dass Mitbestimmungsrechte und Rechte von Gewerkschaften wie Beschäftigten wiederhergestellt und ausgebaut werden.
- Soziale Sicherheit durchsetzen! Wir wollen soziale Sicherheit mit verbindlicher sozialer Mindestsicherung und sozialen Mindeststandards – im Zweifel gilt der bessere Standard (Günstigkeitsklausel).
- Freizügigkeit für alle! Ungleiche Lebensverhältnisse zwingen vor allem junge Menschen zur Abwanderung. Niemand darf deswegen von Sozialleistungen ausgeschlossen werden, Menschenrechte sind unteilbar und das Existenzminimum nicht verhandelbar. Wir wollen die Menschen dabei unterstützt, gute Arbeit zu finden.

Demokratie statt Herrschaft der Lobbyisten

Wir brauchen mehr Demokratie in Europa. Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren enttäuscht von der EU abgewandt. Es fehlt an Vertrauen, für viele Menschen ist die EU weit weg. Denn Demokratie ist mehr als eine Wahl alle fünf Jahre. Wir wollen eine Europäische Union, die Grundrechte ernst nimmt und verteidigt. Die Demokratie darf nicht mehr den Finanzmärkten untergeordnet werden. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationale Haushalte, zurück. Wir brauchen eine friedliche, soziale, demokratische und ökologische EU – mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Das meint ein starkes Europa-Parlament und umfassende Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir eine neue Verfassung für Europa, die von den Bürger*innen mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in Volksabstimmungen entscheiden können.

- Wir wollen, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht bekommt und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom Europaparlament getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission, Eurogruppe oder Rat. Außerdem sollen die Abgeordneten den Kommissionspräsidenten und die Kommissare wählen und abwählen können.
- Der Europäische Rat bestimmt maßgeblich die Gesetzgebungsverfahren in der EU, arbeitet aber intransparent, im Ergebnis agieren nationale Regierungen hier oft ohne demokratische Kontrolle. Wir wollen den Rat endlich zur Transparenz verpflichten.
- Wir wollen, dass Entscheidungen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen, bundesweite Angelegenheiten in den nationalen Parlamenten, europäische Angelegenheiten im EU-Parlament.
- Keine Grenzen für die Demokratie! Die hohen Hürden für Europäische Bürgerinitiativen müssen gesenkt werden: Wir wollen EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen. Alle Menschen sollen in den EU-Staaten, in denen sie leben, die gleiche Rechte haben.
- Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten der EU regelmäßig evaluiert und Verstöße sanktioniert werden. Es braucht mehr Verbindlichkeit für die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten in allen Mitgliedsstaaten.
- Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalte zu Demokratie und Menschenrechten bekennen. Das gilt insbesondere für den Beitrittskandidaten Türkei. Die aktuelle Regierung der Türkei muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren, die Verfolgung der demokratischen Opposition beenden, sowie alle inhaftierten Parlamentarier*innen und Bürgermeister*innen der oppositionellen kurdischen HDP-Partei freilassen.
- Wir wollen, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitritt. Auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kontrolliert werden. Soziale Grundrechte müssen von einzelnen Personen beim Europäischen Gerichtshof einklagbar werden.
- Wir wollen, dass alle Entscheidungen und die dahin führenden Prozesse transparent gemacht werden. Bisher nehmen Lobbyisten oft Einfluss auf politische Entscheidungen in der EU, ohne dass die Bürgerinnen davon erfahren können. Wir fordern ein EU-Transparenzregister und eine Transparenz-Verordnung.

Europäische Entspannungspolitik statt Aufrüstung

Auf die Krisen reagiert die EU ausgerechnet mit Aufrüstung. Wirtschaftliche Entwicklung wird als Rüstungsförderung betrieben. Diktatoren sind Geschäftspartner bei Rüstungsdeals und werden zu Stabilitätsankern erklärt. Der Ausbau einer »Militärunion«, die Schaffung einer zusätzlichen europäischen Armee und Rüstungsexporte, führen aber nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen. Die sogenannte „Ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit“ (engl. kurz: PESCO) soll dafür sorgen, dass Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, während es einen enormen Mangel an Rüstungskontrolle und zivilem Konfliktmanagement gibt. Die beteiligten Staaten werden zur ständigen Steigerung der Verteidigungshaushalte und Rüstungsinvestitionen, einer Beteiligung an Rüstungsgroßprojekten und der Aufstellung europäischer Truppenverbände verpflichtet.

Wir wollen ein friedliches Europa und eine Union der Abrüstung, die Demokratie fördert, statt mit Diktatoren Geschäfte zu machen. Wir treten für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.

- Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein. Exporte in autoritäre Regime wie Ägypten und die Türkei müssen sofort gestoppt werden.
- Wir lehnen die Pläne zu einer europäischen Verteidigungsunion und einer stärkeren Kooperation von EU und NATO-Kooperation ab. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« mit eigenständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern nur Konzerninteressen militärisch ab.
- Wir wollen den EURATOM-Vertrag auflösen und von den vertraglichen Grundlagen der EU entflechten, denn er blockiert eine nachhaltige, sozial und demokratisch gestaltete Energiewende.
- Wir lehnen den Europäischen Verteidigungsfonds ab. Durch ihn sollen Milliardenbeträge aus dem gemeinsamen EU-Haushalt in Rüstungsforschung und -entwicklung fließen. Das nützt nur der Rüstungsindustrie und fördert weder Sicherheit noch Frieden.
- Wir fordern die Beendigung von PESCO und aller militärbezogenen EU-Programme. Die Gelder wollen wir in sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit investieren.
- Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Wir wollen einen EU-Fonds zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Menschenrechte statt Festung Europa

Die EU-Kommission will einen „Migrationspakt“ durchsetzen, der weiter auf Abschottung, Abschiebung und Entrechtung zielt. Die Bundesregierung unterstützt dieses Vorgehen. Wir stellen uns dagegen. Es ist mit einem solidarischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in Auffanglagern und Abschiebezentren an und vor den Grenzen der EU gefangen gehalten werden. Der Kooperation mit autoritären Regimen zum Zweck der Abschottung der EU stellen wir uns entgegen: Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems (vgl. Kapitel Für eine solidarische Einwanderungspolitik). DIE LINKE will Menschen retten, Fluchtwege frei machen und Fluchtursachen bekämpfen (vgl. Kap. Solidarische Einwanderungsgesellschaft): Ohne die Grenzschutzagentur und Küstenwache Frontex, mit legalen Fluchtwegen. Mit Rechtssicherheit und Durchsetzung von Flüchtlings-, Kinderrechts- und Europäischer Menschenrechtskonvention. Ohne Freiheitsberaubung und Push-Back in Folter und Tod (vgl. Kapitel Menschlichkeit verteidigen).

Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag für Viele, Chance für unsere Gesellschaft und Recht jedes einzelnen Menschen. Unser Land ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Orten, mit unterschiedlichen Geschichten und so vielfältig wie noch nie. Wir leben, lieben und arbeiten zusammen. Wir machen nicht mit, wenn Beschäftigte und Rentner*innen in Deutschland ausgespielt werden gegen Menschen, die vor Armut, Unterdrückung und Krieg fliehen. Würde der Reichtum gerechter verteilt, gäbe es genug für gutes Leben, Wohnen und Arbeiten – für alle.

Die Wirtschaft basiert vielfach auf der Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen von Migrant*innen mit oft prekärem Aufenthaltsstatus und teilweise eingeschränkter gesundheitlicher Versorgung, z.B. in Schlachthöfen, auf Spargelfeldern und in der Pflege. Menschen mit Migrationsgeschichte sind nach Generationen noch häufiger von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Kinder werden im Bildungssystem systematisch benachteiligt, wer einen migrantisch klingenden Nachnamen trägt, hat häufig Probleme bei der Wohnungs- und Jobsuche. Rechtliche und soziale Diskriminierung müssen abgebaut werden.

Doch die Bundesregierung setzt stattdessen weiter auf Abschreckung, Spaltung und Abschottung. Das Ergebnis: Wachsender Rassismus in Gesellschaft und staatlichen Institutionen, wie der Polizei, wo extrem rechte Netzwerke (Stichwort NSU 2.0) ihr Unwesen treiben. Und immer wieder rechter Terror.

Unsere Agenda gegen Rassismus: soziale Offensive und gleiche Rechte für alle

Um Rassismus und Diskriminierung zu überwinden, braucht es eine gerechte Verteilung von Rechten, Reichtum und Ressourcen. Integration ist keine Bringschuld der einzelnen, sondern Merkmal einer Gesellschaft, ein beidseitiger Prozess. Demokratie setzt Teilhabe im Alltag voraus. Wir wollen, dass alle Menschen, die hier leben, im Rahmen einer Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden. Zusammen mit zahlreichen Bewegungen und antirassistischen Initiativen, wie Seebrücke und Blacklivesmatter, stehen wir #unteilbar gegen unsoziale Spaltung und rechte Hetze. Antirassismus ist für uns viel mehr als Symbolpolitik. Es braucht Investitionen in Zusammenhalt und Integration statt in Ausgrenzung und Abschottung. Unser Ziel ist ein grundlegender Politikwechsel – in Richtung globale Bewegungsfreiheit, gleiche Rechte für alle und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft. DIE LINKE steht für offene Grenzen für alle Menschen in einem solidarischen Europa, das sich nicht abschottet. Wir streiten für sichere Fluchtwiege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern zu bauen und Grundrechte der aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen.

- Es braucht **Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer** und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns von 13 Euro für alle Menschen (vgl. Kapitel Arbeit). Gegen einen eventuellen Fachkräftemangel braucht es keine gezielte Abwerbung von qualifizierten Menschen im Ausland, sondern anständige Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlungen für alle Menschen hierzulande.
- Es braucht eine bessere **Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse** von Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürgern, damit diese ihre Berufe weiter ausüben können.
- Den Einschränkungen sozialer Sicherheiten für Migrant*innen aus EU-Ländern und anderen Staaten durch die Bundesregierung stellen wir uns entgegen. Gesundheitsschutz darf nicht eingeschränkt werden: Es braucht einen **bundesweiten Härtefallfonds** und einen anonymen Krankenschein für die Behandlung von Menschen ohne Absicherung, Ausnahmen von der Versicherungspflicht wollen wir aufheben (vgl. Kapitel Gesundheit).

- Wir wollen das **aktive und passive Wahlrecht** auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebende Migrant*innen, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant*innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen **Rechtsanspruch auf Einbürgerung** haben.
- Wir fordern **Legalisierungsmöglichkeiten** für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldungen leben müssen. Für sie wollen wir einen sicheren Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen.
- **Abschiebungen**, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab – im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Wir haben hier immer dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.
- Antirassismus ins Gesetz: Es braucht, wie in Thüringen, eine klare Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und ein **Verbandsklagerecht**. Es braucht einen Diskriminierungsschutz, der auch staatliches Handeln einbezieht. Wir fordern ein Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Es braucht einen **Antirassismus-Beauftragten** mit echten Befugnissen.
- Rassismus und Korpsgeist in den Behörden müssen endlich angegangen werden! Dafür braucht es eine **interkulturelle Öffnung** der gesamten Verwaltung und eine Polizeireform. (vgl. Kapitel Sicherheit für alle).
- Wir fordern ein humanitäres **Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt** ohne festen Aufenthaltsstatus. Opfer von Rassismus und ihre Angehörige müssen besser unterstützt werden. Es braucht eine Ausweitung der Entschädigungsleistungen für Betroffene von rassistisch und antisemitisch motivierten Attacken.
- Migrant*innen sind kein Sicherheitsproblem — Schluss mit dem institutionalisierten Misstrauen! Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein **Bundesministerium für Migration und Integration**, ähnlich dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz oder der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.
- Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, religiösen Fundamentalismus und für mehr Demokratie engagieren sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein **Demokratiefördergesetz** stärker und endlich dauerhaft fördern (vgl. Kap. Gegen rechte Gewalt).
- Antirassistische Fan-Initiativen sollen mehr **finanzielle Unterstützung** erhalten. Trainer*innen, Betreuer*innen und ehrenamtliche Verantwortliche in Vereinen und Fanprojekten, die Integrationsarbeit leisten, müssen stärker unterstützt werden.

Es braucht deutlich mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt, d.h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel Investitionen). Niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Migrant*innen und geflüchtete Frauen sowie queere Geflüchtete und Migrant*innen, wollen wir ausbauen und sie unterstützen.

- Wir wollen einen »**Fonds für Willkommenskommunen**«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.
- Wir werden ein **Sofortprogramm** auflegen, um zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen und Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Die **Schulpflicht** muss für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten, auch der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagesplätze. Qualifikationen für die Berufsausbildung müssen unabhängig vom Alter angeboten werden. Bildungs- und Integrationsangebote wollen wir unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status gewähren.
- Geflüchtete wollen wir bundesweit **dezentral** und in **Wohnungen** unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.

Menschlichkeit verteidigen: Menschen retten, Fluchtwege frei machen, Fluchtursachen bekämpfen

Deutsche Konzerne exportieren Waffen in die ganze Welt, aber Menschen, die vor diesen Waffen und den mit ihnen geführten Kriegen fliehen, sollen ausgesperrt werden. Viele flüchten, weil westliche Konzerne ihre Länder zerstören. Doch ihre Einreise nach Europa wird mit unmenschlichen Mitteln erschwert. Mehr als 20 000 Menschen sind in den vergangenen sieben Jahren auf dem Weg nach Europa gestorben, ertrunken im Mittelmeer, verdurstet in der Wüste. In den Lagern an den Grenzen, auf dem Boden der EU, gibt es unerträgliches Elend. Deutschland macht sich politisch abhängig von Diktatoren, die den Job der Flüchtlingsabwehr an den europäischen Außengrenzen übernehmen; im Innern macht die extreme Rechte mobil.

Dabei würde es anders gehen. Denn Platz und Ressourcen sind genug vorhanden. Würde der Reichtum gerechter verteilt, gäbe es genug für alle. Menschenleben und Würde dürfen nicht vom Pass oder Aufenthaltstiteln abhängen. Deswegen stehen wir auf gegen Abschottung und Abschiebungen, für das Recht zu gehen, zu kommen und zu bleiben. Und für eine Überwindung der wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und der Ideologien der Ungleichheit wie Rassismus und Nationalismus, die immer wieder zu populären Waffen in der Konkurrenz um Ressourcen, Reichtum und Lebenschancen werden. Schluss damit! Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, wollen wir gemeinsam für Gerechtigkeit eintreten: die Menschen zu retten, soziale Gerechtigkeit globalisieren und Fluchtursachen – nicht die Geflüchteten – tatsächlich bekämpfen.

- Schluss mit den Ausreden: Die Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches **Seenotrettungsprogramm** ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Alle europäischen „Hotspots“, wie das Elendlager Moria und seine Nachfolger, müssen aufgelöst werden. Es braucht ein humanitäres **Sofortprogramm** zur Aufnahme der Menschen. Solange eine europäische Lösung nicht durchsetzbar ist, muss die Bundesregierung mit einer Koalition der Willigen vorangehen.

- Wir wollen **legale und sichere Einreisemöglichkeiten** in die EU. Das entzieht Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Die UNO hat im Januar 2021 die Praxis der Zurückweisung an Europa Grenzen angeprangert und sieht das Asylrecht in Gefahr. Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss ohne Einschränkung befolgt werden! Der **Flüchtlings-Deal** mit der Türkei und ähnliche Abkommen mit Milizen und Diktatoren in Staaten, wie Libyen, Ägypten, Sudan und Marokko, müssen aufgekündigt werden.
- Flucht ist kein Verbrechen! Der **individuelle Zugang** zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kinder, religiöse und ethnische Minderheiten sowie Menschen mit Behinderung und queere Menschen brauchen besonderen Schutz vor Gewalt, Elend und Ausbeutung. Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden (ob in sogenannten »Rückkehr-«, »Transit-«, »kontrollierten Zentren« oder »Hotspots«) lehnen wir ab.
- Asylrecht ausweiten und durchsetzen! Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsänderregelungen wollen wir beenden. Das **Dublin-System** muss ein **Ende** haben. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) muss als Asylgrund anerkannt werden. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten gehört abgeschafft!
- Wir fordern eine flächendeckende **unabhängige Asylverfahrensberatung** durch Wohlfahrtsverbände und Vereine, die öffentlich finanziert sein muss; pauschale Asyl-Widerrufsprüfungen soll es nicht geben; die Qualität der Asylprüfung und internen Kontrolle muss deutlich verbessert werden, um die Vielzahl der rechtswidrigen und fehlerhaften Bescheide des BAMF wirksam zu reduzieren
- Es gibt keine „Wirtschaftsflüchtlinge“ – niemand flieht freiwillig! Wir fordern die **Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte** auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge sowie eine entsprechende **humanitäre Visa-Vergabe**. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumzwangs für Schutzsuchende.
- Die Bundesregierung muss endlich darauf drängen, dass die EU gegen Mitgliedsstaaten vorgeht, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten. Für eine faire Verteilung von Geflüchteten wollen wir eine **europäische Fluchtmilage**: Alle Mitgliedsstaaten sollen entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen. Die Mitgliedstaaten, die überproportional viele Flüchtenden aufnehmen, sollen entsprechend große Ausgleichssummen erhalten.
- Das Recht auf Familiennachzug muss effektiv umgesetzt werden - auch für »subsidiär« Schutzberechtigte. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen muss es ein Recht auf Nachzug der Geschwisterkinder geben.

- Wir fordern, dass die **Kommunen** selbst entscheiden dürfen, ob sie über die ihnen zugeteilten Kontingente hinaus weitere Geflüchtete aufnehmen. Auch communal verankerte Gremien sollen künftig **Härtefallerlaubnisse** anordnen können.
- Kein Mensch ist illegal! Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des Geburtsortes oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich für eine umfassende Visa-Liberalisierung sowie ein **offenes und solidarisches Einwanderungsrecht** ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.

Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss endlich die Verhältnisse verändern, die immer wieder zur Flucht zwingen und Hilfe notwendig machen. Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir daher globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen (vgl. Kapitel Soziale Gerechtigkeit global).

Die Demokratie stärken

Rechten Terror und Gewalt stoppen

Die extreme Rechte hat die Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter Attentate aus den letzten zwei Jahren ist lang. Rechte begehen Mordanschläge gegen Migrant*innen, Jüd*innen, Linke und Andersdenkende; die Sicherheitsbehörden erweisen sich immer wieder als unfähig, die Täter zu fassen. Das hat in der Bundesrepublik eine schreckliche Tradition, vom Attentat auf das Münchner Oktoberfest bis zu den Morden des NSU. Deutschland gehört in Europa zu den Ländern mit dem gewalttätigsten Rechtsterrorismus. Diese Taten sind nicht vom Himmel gefallen: Die Täter werden durch ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem der Wert von Menschenleben in Frage gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten beginnt mit Hetze im Alltag.

Rechte Gruppen und Parteien versuchen, Ängste und Nöte der Menschen angesichts der Folgen neoliberaler Politik zu bedienen. Sie deuten soziale Auseinandersetzungen in ethnische, religiöse und kulturelle Konflikte um, bekämpfen die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Vielfalt. Und sie verbreiten - gerade angesichts der Corona-Pandemie - antisemitische Verschwörungstheorien.

Weil der Verfassungsschutz dem Schutz von Informanten Vorrang einräumt, behindert er immer wieder polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung – und baut extrem rechte Strukturen sogar mit auf. Aufklärung und Widerstand gegen rechts wird von anderen geleistet: Meist sind es ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft und Antifa-Initiativen, die Aufklärungsarbeit betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und dahingehen, wo es weh tut. Dafür werden sie von Konservativen als "Nestbeschmutzer" beschimpft, ihnen werden öffentliche Gelder entzogen und sie werden als "Linksextremisten" kriminalisiert. Die AfD versucht missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zur Landeszentrale für politische Bildung zu diskreditieren. Konservativen fordern Grundrechte einzuschränken und (noch) mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Offensichtlich gibt es bei diesen aber kein Defizit an Informationen, Ausrüstung und Befugnissen - wohl aber ein Haltungsproblem.

DIE LINKE hält dagegen - auf der Straße, in den Betrieben, in den Parlamenten. Zusammen mit breiten Bündnissen blockieren wir Naziaufmärsche und kämpfen gegen rechte Angriffe und für die gesellschaftliche Ächtung von rechtem Gedankengut. Wir stellen uns gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit, egal ob vom rechten Rand oder aus der vermeintlich seriösen Mitte der Gesellschaft. Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest und darf nicht kriminalisiert werden. Die Große Koalition hat mit ihrer Politik den Nährboden bereitet, auf dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis dieser verfehlten Politik. Eine wirksame Politik muss Ursachen bekämpfen und aufklären: Armut und Niedriglöhne zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

- **Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken!** Protest und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten **Demokratiefördergesetz** stärker und langfristig finanziell unterstützt werden. Dabei darf es kein
- strukturelles Misstrauen und keinen Kooperationszwang mit Polizei und Verfassungsschutz geben. Zivilgesellschaftliche Vereine, wie die VVN, Campact und Attac, müssen durch eine Reform der Abgabenordnung (wieder) als gemeinnützig gelten.
- **Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen!** Der Verfassungsschutz ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Er muss durch eine unabhängige

„Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzt werden. Diese soll Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, religiösen Fundamentalismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachten und darüber aufklären (Vgl. Sicherheit für alle). Als erster Schritt muss das V-Leute System des Verfassungsschutzes und seine Verstrickungen mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

- **Den Rechten den sozialen Nährboden entziehen!** Die Zustimmung zu rechter Politik baut auf Rassismus und der Erfahrung auf, dass Interessen nur gegen Andere durchgesetzt werden können. Dass die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat sie stärker gemacht, nicht schwächer. Die Spaltung der Gesellschaft stärkt zudem religiöse Fundamentalisten. Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle Menschen: Mit gleichen Rechten für alle und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält - bezahlbarer Wohnraum, kostenfreier ÖPNV, gute Gesundheitsversorgung, Arbeit und Bildung (vgl. Für eine Solidarische Einwanderungsgesellschaft).
- **Entwaffnung der rechten Strukturen und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror!** Ermittlungsschwerpunkte bei BKA und Bundesanwaltschaft müssen die Vernetzung der militärtanten Naziszenen, insbesondere entsprechende Netzwerke bei Polizei, Bundeswehr und Spezialeinheiten, stärker in den Blick nehmen. Sie dürfen Fälle rechter Gewalt nicht mehr als Einzelfälle verharmlosen. Reichsbürgern und Neonazis müssen endlich die **waffenrechtlichen Erlaubnisse** entzogen werden.
- Wir wollen ein **Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt**, um der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter entgegenzutreten und verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen sowie andere sakrale oder symbolische Orte. Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und sind **solidarisch mit Opfern rechter Gewalt und ihren Angehörigen**. Sie müssen besser und langfristig unterstützt werden.
- **Demokratisierung der Sicherheitsbehörden!** Es braucht eine wissenschaftliche Untersuchung extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei Polizei und Bundeswehr. Gegen Rassismus und Korpsgeist bei der Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle auf Bundesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der Ausbildung sowie Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische, antisemitische, homo- und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden aktiv bekämpft werden (vgl. Sicherheit für alle!).
- Wir fordern die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zum Rechtsterrorismus, um die Aufklärung fortzusetzen und die lange Geschichte rechtsterroristischer Strukturen in der Bundesrepublik sowie die Verantwortung staatlicher Stellen aufzuarbeiten.
- Wir setzen uns **für eine antifaschistische Erinnerungskultur** ein, um das Gedenken an die Opfer von damals und heute zu bewahren. Der **8. Mai** soll als Tag der Befreiung vom Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die **politische Bildung** an den Schulen sowie **kritische Sozialwissenschaften** an den Hochschulen wollen wir stärken.

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an Jüdinnen und Juden, wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und den Verbrechen an den Völkern Europas – vor allem an Polen, den Völkern der Sowjetunion, an den Sinti und Roma, an politisch Andersdenkenden, behinderten Menschen und Homosexuellen – **eine besondere Verantwortung** und muss jeder Art von Menschenfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem und anderem Rassismus entgegentreten.

Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat

Gewaltkriminalität geht seit Jahren zurück. Aber das Gefühl der Verunsicherung wächst. Bei jedem Bericht über Straftaten fordern Innenpolitiker der Regierung Gesetzverschärfungen und Einschränkung von Grundrechten. Diese Sicherheitspolitik verwaltet die Probleme, anstatt sie zu lösen. Genutzt hat das vor allem dem Machtstreben der Konservativen und den Profiten der Sicherheitsbranche.

Die herrschende Sicherheitspolitik ist ungerecht. Sie trifft Menschen mit wenig Geld und ohne Lobby härter. Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte, wie z.B. Fahren ohne Fahrschein, bringen jedes Jahr tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung werden hingegen runtergefahren – die Großen lässt man laufen. Für viele Menschen bedeuten die Einschränkungen von Grundrechten und die Aufrüstung der Polizei neue Unsicherheiten. So werden Spaltung und Aggression im Alltag verstärkt. Umso mehr, als immer mehr extrem rechte Netzwerke in Polizei und Justiz aufgedeckt werden.

Auch das Vorgehen Bundesregierung in der Corona-Pandemie entsprach viel zu oft falschen Maßstäben. Die Einschränkungen von Bürgerrechten und Versammlungsfreiheit waren schwerwiegend, oft wurde die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt. Der Arbeitsschutz bei großen Konzernen wie Tönnies und Amazon wurde nur mangelhaft durchgesetzt, dagegen wurden Menschen im Park polizeilich schikaniert. Menschen mit niedrigen Einkommen und in kleinen Wohnungen waren von dieser Schieflage der Krisenpolitik besonders betroffen.

Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern eine Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Der Vollzug bestehenden Rechts und die Abwendung von Gefahren muss ebenso gewährleistet sein wie der Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte – für alle! Wir wollen daher einen Politikwechsel - weg von der einseitigen Fokussierung auf repressive Maßnahmen und Symbolpolitik, hin zum umfassenden Ansatz einer demokratischen Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Prävention stärkt, soziale Sicherheiten ausbaut, in das Öffentliche investiert und die Sicherheitsbehörden demokratisiert. Staatliche Gewalt wollen wir als Mittel zur Konfliktlösung langfristig zurückdrängen und durch zivilgesellschaftliche Prävention und Kooperation ersetzen.

- Grundrechte umfassend durchsetzen! Es braucht ein bundesweit wirksames Antidiskriminierungsrecht, das sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert. Wir stellen uns gegen rechte Kampagnen, die versuchen Minderheiten zu kriminalisieren und soziale Probleme in ethnische bzw. kulturelle Konflikte umdeuten wollen.
- Mehr Sicherheit durch mehr Beteiligung! Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die keine autoritäre Schlagseite hat, sondern alle Betroffenen mit einbezieht. Im Pandemiefall braucht es in Zukunft etwa Pandemie- und Gesundheitsräte, die bundesweit und kommunal die Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt in Umsetzung und Konzeption von Infektionsschutzmaßnahmen einbezieht.
- Die Verhältnismäßigkeit wahren! Bagatelldelikte, wie „Fahren ohne Fahrschein“ und „Containern“ sowie opferlose Vergehen wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz oder „illegaler Einreise“, müssen endlich entkriminalisiert werden. Ersatzfreiheitsstrafen für Geldstrafen sind sozial ungerecht, sie gehören abgeschafft!
- Rechtsstaat stärken! Geheimdienste sind Fremdkörper in der Demokratie. Durch ihre Intransparenz und den Vorrang des Informant*innen-Schutzes behindern sie polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung. Dabei ist Abwehr von Gefahren Aufgabe einer demokratisch kontrollierten Polizei. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz und

perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle „Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzen. Als erstes muss der Einsatz von V-Leuten beendet werden (vgl. Rechten Terror und Gewalt stoppen).

- Datenschutz wirksam machen! Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung.
- Gerade in Krisenzeiten: Kein Lockdown für die Demokratie – Bürgerrechte sind systemrelevant! Es darf keine Entmachtung der Parlamente geben, keine (Selbst-) Ermächtigung der Exekutive. Politische Betätigung und Versammlungen müssen möglich bleiben. Allgemeine Versammlungsverbote sind Gift für die Demokratie. Auch das Arbeitsrecht darf nicht ausgehebelt werden.
- Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte. Dies gilt schon für den Schutz gegen Videoüberwachung am Arbeitsplatz, den Einsatz von Detektiven oder der Überwachung des E-Mail-Verkehrs. Angesichts neuer Möglichkeiten zur digitalen Leistungsüberwachung fordern wir ein Beschäftigtendatenschutzgesetz.
- Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe! Die Privatisierung von Sicherheit durch private Sicherheitsdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.
- Sonderstrafrecht stoppen! Die Anti-Terrorgesetzgebung der Bundesregierungen aus den vergangenen 20 Jahren gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür braucht es kein politisches Sonderstrafrecht (wie die §§ 129a und 129b StGB), wir wollen diese Paragraphen abschaffen. Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbotes.
- Staatliche und zivile Organisationen dürfen nicht militarisiert werden. Wir wollen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zugunsten einer Stärkung des Technischen Hilfswerkes und des Katastrophenschutzes beenden. Die schon bestehenden Strukturen der ZMZ sowie die in Aufbau befindlichen Strukturen der Reservekräfte der Bundeswehr müssen aufgelöst werden.
- Gewalt stoppen - Opfer schützen! Um die Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen braucht es endlich eine Vollfinanzierung von Frauenberatungsstellen und -notrufen, ausreichend Frauenhausplätze und Präventionsprogramme für gewalttätige Männer (Vgl. Kapitel Feminismus).
- Waffenbesitz erschweren! Waffen- und Munitionsbesitz sollen strenger reglementiert werden. Gegen Gewalttäter müssen konsequent Waffenverbote ausgesprochen werden.

Für eine demokratische Polizei!

Die Arbeitsbedingungen für viele Polizist*innen sind von Belastungen und Überstunden geprägt. Das liegt auch daran, dass ihnen immer neue Aufgaben zugewiesen werden. Das wollen wir ändern und Arbeitsbedingungen verbessern.

Im Rechtsstaat darf die Polizei nicht als Universalmittel zur Bearbeitung von Problemen eingesetzt werden, sie sollte auf die Kernaufgaben der Abwehr konkreter Gefahren und der Straftatenbekämpfung unter strikter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beschränkt sein. Die dokumentierten Fälle von Diskriminierung durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt.

Jedes Jahr gibt es hunderte Fälle von rechtswidriger Polizeigewalt, für die sich niemand verantworten muss – eine strafrechtliche Verfolgung findet kaum statt. Übergriffe werden selten angezeigt und noch seltener angeklagt. Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt und befördert. Hier braucht es ein Umsteuern!

Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols muss besser kontrolliert werden. Gerade für die vielen Polizist*innen, die rechtsstaatlich handeln und sich dem Schutz aller Menschen verpflichtet fühlen, müssen die Strukturen so verändert werden, dass alle diesem Anspruch gerecht werden. Weniger Übergriffe sind nur durch einen Wandel des polizeilichen Selbstverständnisses, von Einsatzformen und Polizeikultur zu erreichen. Neben einer Aufgabenstraffung braucht die Polizei daher ein modernes, menschenrechtsorientiertes Leitbild, das auf den Grundlagen von Verhältnismäßigkeit, Deeskalation und demokratischer Kontrolle aufbaut. Eine bürgernahe Polizei muss die Rechte von Migrant*innen und Demonstrant*innen genauso schützen wie für die Menschen erreichbar und ansprechbar sein. DIE LINKE steht an der Seite von allen, die sich gegen Polizeigewalt und Rassismus einsetzen und für den Ausbau von Grundrechten und Demokratie eintreten. Die Bewegungen gegen Polizeigewalt, #blacklivesmatter sowie die migrantischen Initiativen und Verbänden sind unsere Verbündeten (vgl. Kap. Solidarische Einwanderungsgesellschaft).

- Gute Arbeitsbedingungen! Polizist*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung. Zudem benötigen wir eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei.
- Die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen gegen Polizeigewalt! Wirksame Kontrolle kann nur durch eine unabhängige Instanz erfolgen. Sie erfordert einen kritischen Blick, institutionelle Unabhängigkeit von Polizei und Innenverwaltung sowie eine hinreichende Ausstattung mit Befugnissen und Ressourcen.
- Vielfalt leben! Die Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln. Mittel dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.
- Sicherheit durch Nachvollziehbarkeit! Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.
- Transparenz jetzt! Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss sofort und überall eingeführt werden. Es muss selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt*innen den Bürger*innen individuell erkennbar gegenübertreten.
- Rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen! Die Polizeigesetze der letzten Jahre haben die Grenzen aufgeweicht. Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir rückgängig machen. Auch die Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei lehnen wir ab.
- Probleme angehen! In der Polizei muss menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt werden. Menschenfeindliche Einstellungen müssen mit Hilfe von unabhängigen Studien festgestellt, eingestanden und bekämpft werden.
- Klarheit schaffen! Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern: verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagraphen, wie im Bundespolizeigesetz, müssen gestrichen werden.
- Keine Toleranz für Intoleranz im Staatsdienst! Polizist*innen, denen rassistisches, sexistisches oder homofeindliches Verhalten nachgewiesen wird, müssen konsequent disziplinarisch verfolgt werden, ggf. bis hin zur Entlassung aus dem Dienst.

- Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmend flächendeckende Ausstattung mit Maschinengewehren und „weniger tödlichen Waffen“ wie z.B. Taser, den Einsatz von Gummigeschossen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen lehnen wir ab.
- Die Ausbildung muss sich ändern! Die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes sollte überwiegend in den allgemeinen Hochschulen erfolgen. Es braucht mehr kritische Polizeiforschung und Lehre, sowie eine fort dauernde Evaluation polizeilichen Handelns.
- Unterstützung geben! Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen, Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische Betreuung. Ziel ist Beamt*innen bei der Bewältigung der Erfahrungen zu unterstützen und die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.
- Bürgernähe statt Kasernierung! Beamt*innen in geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um die Herausbildung von Korpsgeist zu erschweren. Insgesamt wollen wir deutlich weniger geschlossene Einheiten und stattdessen eine bürger nahe Polizei.

Unabhängigkeit der Politik sichern

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen, Banken, Versicherungen oder Lobbyisten erhält. Dabei bleibt es. Der Einfluss des Lobbyismus auf die gesamte Politik muss zurückgedrängt werden. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen.

- Wir wollen ein verbindliches, maschinenlesbares und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und – bei Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten als bezahlte Interessenvertreter für Dritte ein. Wir brauchen ein*e unabhängige*r Lobbybeauftragte*r zur Aufsicht und Kontrolle des Registers, die vom Bundestag gewählt wird.
- Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der Interessenvertreter*innen sowie der Sachverständigen beigefügt werden, deren Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die sonst mitgewirkt haben (legislative Fußspur).
- Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.
- Ach nachträgliche „Dankeschön-Spenden“ und Bestechung mit dem Ziel der Imagepflege des Lobbyisten müssen uneingeschränkt als Abgeordnetenbestechung strafbar sein.
- Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen. Unternehmens- und Lobbyistenspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie Unternehmensstände auf Parteitagen, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen.
- Der Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen wollen wir Einhalt gebieten: Bundesminister*innen, parlamentarische Staatssekretär*innen müssen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen Anspruchs

auf Übergangsgeld warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

- Wir wollen die europäische Anti-Korruptionsbehörde OLAF ausbauen und stärken.

Die Demokratie demokratisieren!

Demokratie ist mehr als alle vier Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen auf allen Ebenen und in allen Bereichen – europäische, internationale wie kommunale Ebene bis hin zum Betrieb, zur Wirtschaft in der Kommune – Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden. Deshalb fordert DIE LINKE seit Jahren, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene möglich sein müssen.

- Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie alle öffentliche-privaten Partnerschaften (PPP). Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürger*innen zur direkten Abstimmung per Volksentscheid vorgelegt werden
- Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die Freiheit der Bürger von staatlicher Ausspähung (vgl. Kapitel Datensicherheit und Datenschutz)
- Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d.h. die Bürger*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.
- Wir wollen verbindliche Bürger*innenforen einrichten. Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahren zulasten von Bürgerbeteiligung lehnen wir ab.
- Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger*innenräte, wonach zufällig geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen, wollen wir unterstützen und fördern.
- Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.
- Die Oppositionsrechte in allen Parlamenten, Plenaren und Ausschüssen wollen wir stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- DIE LINKE setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16 Jahre ein. Das schließt für uns das Wahlrecht für langfristig hier lebende Migrant*innen ein. (Vgl. Kapitel Solidarische Einwanderungsgesellschaft).
- Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, dürfen nicht von Wahlen ausgeschlossen werden. Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen muss gewährleistet werden.

Kultur: Vielfältig und für alle zugänglich

Kultur und Kunst in ihren vielfältigen Formen sind unverzichtbar. Kürzungen der Kulturförderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver Personalabbau haben den öffentlichen Kultursektor geschwächt.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Kultur häufig unter so prekären Bedingungen stattfindet, dass jede Krise zur Existenzbedrohung wird. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von Projektförderung lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als krisenanfällig heraus. Die Corona-Hilfen gehen an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden vorbei. Besonders darstellenden Künstler*innen und Musiker*innen und die Beschäftigten in der Veranstaltungswirtschaft verzeichnen horrende Verluste durch die pandemiebedingten Absagen von Veranstaltungen und Aufführungen.

Wir wollen Kultur und Kulturförderung erhalten und für die Zukunft krisenfest gestalten. DIE LINKE tritt für eine vielfältige und partizipative Kultur, die allen zugänglich und für alle erschwinglich ist. In Metropolen wie in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene.

- Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Archive, Bibliotheken, Kinos, Museen, Musik- und andere Kunstschulen, Opernhäuser, Orchester, soziokulturelle Zentren, Theater, Tanz, Volkshochschulen und die vielfältigen Vereine schaffen.
- Kulturförderung muss nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert gestaltet werden. Ziel der Förderung muss es sein, Kultureinrichtungen, freier Szene und den vielfältigen Akteuren kultureller Bildung kontinuierliches künstlerisches Arbeiten zu ermöglichen.
- Ergänzend zur Förderung sind spartenübergreifende, langfristige Stipendienprogramme sinnvoll, die auch die Bildung von Rücklagen ermöglicht. Auf diese Aspekte müssen die Kriterien des Konjunkturprogrammes angepasst werden.
- Für öffentliche Bibliotheken muss der Medienerwerb in den Händen der jeweiligen Einrichtung liegen. Eine Privatisierung durch Überlassung dieser Aufgabe an externe Dienstleister lehnen wir ab.

Kulturförderung muss nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert gestaltet werden. Ziel muss sein, kontinuierliches künstlerisches Arbeiten zu ermöglichen und Produktionsdruck zu verringern, z.B. durch langfristige Stipendienprogramme sinnvoll.

Wir streiten für gute, existenzsichernde Arbeit, ein neues Normalarbeitsverhältnis und soziale Sicherung im Kulturbereich (vgl. Kapitel „Arbeit“).

- Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit außerhalb von Hartz IV koppeln. Wir streiten für branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler. Wir unterstützen den Erhalt von Ensemble-Theatern, damit Theater konstante politische Akteure in der Stadtgesellschaft bleiben können.
- Wir wollen die Verhandlungsmacht der Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.
- Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen.
- Wir streben die Einbeziehung von (Solo-)Selbstständigen in unsere solidarischen Versicherungsmodelle (Gesundheit, Erwerbslosigkeit, Rente, Pflege) an.

- Die Verwertungsgesellschaften wollen wir reformieren und die Mitbestimmungsrechte der Kreativen verbessern.

Wir wollen Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

- Wir setzen uns für eine Open-Access-Strategie auch im Kulturbereich ein. Wir schaffen Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freie Lizenzen zu stellen. Die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek wollen wir ausbauen.
- Wir wollen Filme auf Dauer bewahren und zugänglich machen.
- Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

DIE LINKE steht für einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur. Wir wollen Räume für Dialog und Austausch schaffen. Wir wollen Unterschiede nicht leugnen, sondern produktiv machen. Wir wollen das gegenseitige Verständnis und einen Perspektivwechsel befördern.

- Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch kostenfrei sein. Wir wollen das museumspädagogische Personal aufstocken.
- Kultureinrichtungen müssen barrierefreie und inklusive Angebote unterbreiten.
- Die Erfahrungen von Kultureinrichtungen und Projekten mit inter- bzw. transkulturellen Vermittlungskonzepten gilt es zu nutzen und zu verbreiten.
- Wir fördern und fordern die Produktion und den Schutz von temporären und nichtinstitutionellen, frei zugänglichen Künsten, wie Street Art und Kunst im öffentlichen Raum, in soziokulturellen und selbstverwalteten Zentren.
- Wir setzen uns ein für flächendeckende Kooperationen zwischen Schulen und Kunst-Institutionen sowie freien Künstlerinnen und Künstlern.

Wir wollen die Bundeskulturförderung neu strukturieren. DIE LINKE stellt sich gegen die Ökonomisierung und Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Wir bestehen auf der Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei internationalen Handelsabkommen.

- Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz. Damit wollen wir den kooperativen Kulturföderalismus stärken.
- Wir wollen einen Bundeskulturminister bzw. eine -ministerin mit Kabinettsrang und ein Kulturministerium, um die Belange der Kultur gegenüber anderen Ressorts sowie auf europäischer Ebene wirksamer vertreten zu können.
- Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der Kulturflege und Kulturförderung nachkommen und eine große Vielfalt der kulturellen Angebote sichern können.
- Wir wollen die Kulturförderfonds bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument der freien Szene stärken.
- DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Förderprogramme des Bundes besser mit Landesprogrammen verzahnt werden können.

DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik. Wir wollen zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert anregen, insbesondere zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Aufarbeitung und Erinnerung an den Kolonialismus muss präsenter werden. Wir engagieren uns für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR.

- Gedenkstätten wollen wir als Orte des Gedenkens und als zeithistorische Museen stärken. Die Arbeitsbedingungen vor allem des pädagogischen Personals müssen verbessert werden. Wir wollen einen zentralen Gedenkort für die Millionen Opfer der deutschen Besatzungspolitik und des Vernichtungskrieges in Osteuropa.
- Wir wollen lebendige Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert sind.
- Wir engagieren uns für demokratische, antifaschistische Kultur und einen kritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit, Sklavenhandel und Sklaverei.
- Raubkunst der Nazis muss zurückgegeben werden. Dazu bedarf es einer besseren Erforschung der Herkunft der Kunst- und Kulturgüter (Provenienz-Forschung).
- Wenn die Stasi-Unterlagen in die Zuständigkeit des Bundesarchivs übergehen, müssen sie als historische Quellen für ein breites Forschungsinteresse frei zugänglich sein.

Demokratisierung der Medien

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität gesichert ist und sich jede*r einbringen kann. Desinformationen (Fake News) und daraus resultierende Manipulationen der demokratischen Debatten müssen bekämpft werden.

Der Öffentlich-Rechtliche ist als Mediengrundversorgung für alle unentbehrlich. Der gesamtgesellschaftliche, demokratisch Auftrag muss erfüllt werden. Er muss technisch auf dem Stand veränderter Mediennutzungen sein, journalistisch hohe Qualität und gute Unterhaltungswerte liefern, als gemeinsame Plattform auftreten und erkennbarer werden.

Der Empfang der Öffentlich-rechtlichen muss für die Bürger*innen bezahlbar bleiben. Das öffentlich-rechtlichen Programmangebots darf nicht kommerzialisiert werden. Öffentlich-rechtliche Sender geraten unter Druck von Quoten oder parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus werden so erschwert. Für Journalist*innen in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Aushöhlung der Demokratie beitragen.

Eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik, Texten, Bildern und Filmen sowie bei Bildung, Forschung und Wissenschaft im digitalen Zeitalter ist dringend erforderlich. Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf Nutzung mit den Rechten der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke solidarisch in Einklang zu bringen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit für Medien- und Filmemacherinnen und -macher.

- Digitalen Medien müssen Kommunikations-, Medien- und barrierefrei sein.

- Medienschaffende müssen vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt werden.
- DIE LINKE steht für ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, in dem die festen und freien Beschäftigten mehr und die Verwaltungen weniger zu sagen haben.
- Die Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen transparent sein. Die Rundfunkräte müssen demokratisiert und quotiert werden. In den Redaktionsstatuten wird eine hohe Mitbestimmung der Beschäftigten verankert. Zuschauer*innen müssen dafür Mitspracherechte haben.
- Sozialleistungsbezieher*innen und Menschen mit Behinderungen, gemeinnützigen Einrichtungen u.a. müssen vom GEZ-Beitrag freigestellt werden.
- Produktionen, die die Rundfunkanstalten selbst produziert oder in Auftrag gegeben haben, sollen zeitlich unbegrenzt in den Mediatheken abrufbar sein.
- Ein Teil der Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag sollte dafür genutzt werden, um nicht-kommerzielle Angebote Dritter, die einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung, Kultur, Bildung und Information leisten, zu finanzieren.
- DIE LINKE setzt sich für eine echte Reform des Urhebervertragsrechts ein, die Urheber*innen und Urhebern den Rücken stärkt und das Leistungsschutzrecht der EU abschafft (vgl. Kapitel Europa und Digitalisierung).

Wir verteidigen die Freiheit zur und von der Religion und die Trennung von Staat und Kirche

Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: Es ist das Recht der Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir unterstützen den Kampf von Menschen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden unabhängig von ihren Weltanschauungen und Religionen. Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Religion ein.

Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Schutz gerade für Minderheiten. Deshalb verteidigen wir Jüdi*innen und Muslim*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Drohungen, Übergriffe und Anschläge richten sich alltäglich gegenüber Muslim*innen und Jüd*innen und gegen Synagogen und Moscheen. Sie sind alltäglich geworden. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus, wie jede andere Form des Rassismus, dürfen keinen Platz in der Gesellschaft haben. Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen mit den christlichen Kirchen ein.

- DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den erwerbsarbeitsfreien Sonntag.
- Wir fordern die Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechts für die Beschäftigten in den Kirchen, Diakonie und Caritas.
- Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches Bekenntnis zu einer Religion ein. DIE LINKE verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von muslimischen Frauen, spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.

- Das Unterrichtsfach Ethik muss mit dem Religionsunterricht und Unterricht für Mitglieder von Weltanschauungsgemeinschaften gleichbehandelt werden.
- Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir abschaffen. Sie ist auch innerhalb der Kirchen umstritten. Sie muss durch einen Seelsorgevertrag für alle Angehörigen der Bundeswehr ersetzt werden, der eine gleichberechtigte Betreuung durch alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften garantiert. Die kirchlichen oder weltanschaulichen Betreuungspersonen sollen bei der Bundeswehr weder angestellt noch verbeamtet sein.
- DIE LINKE fordert, dass die Kirchen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig einziehen sollen. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und religiös vielfältigen Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der Finanzierung haben.
- DIE LINKE ist gegen ein Bauverbot von Sakralbauten.
- Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften.
- DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein.

Sport ist kein Luxus

Sport ist für alle da. Dafür müssen wir die Zugangsbedingungen zum Sport verbessern. Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Wir fördern inklusiven, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport. Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht sein.

- Viele Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind baufällig, teilweise bereits gesperrt. Der Sanierungsbedarf beträgt rund 31 Mrd. Euro. Unser Zukunftsprogramm sieht ausreichende Investitionen vor, um die Einrichtungen barrierefrei und ökologisch sinnvoll zu sanieren. Damit alle Kinder schwimmen lernen können, müssen die Eintrittspreise in die Schwimmbäder für alle erschwinglich sein.
- Anerkannte Sportorganisationen, Schulen und Hochschulen sollen das Recht bekommen, Spiel- und Sportanlagen öffentlicher Träger unentgeltlich zu nutzen, wie es etwa im neuen Thüringer Sportfördergesetz geregelt ist.
- An allen Schulen sollen von der ersten Jahrgangsstufe bis zum Schulabschluss drei Unterrichtsstunden Sport pro Woche erteilt werden. Alle Schüler*innen soll die Teilnahme am Schwimmunterricht ermöglicht werden. Bis zum Ende der Primarstufe sollen sie das Niveau des sicheren Schwimmens erreichen.
- DIE LINKE sieht Breitensport und Spitzensport als wechselseitiges Verhältnis. Sie will sowohl den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung fördern als auch mögliche Sportkarrieren unterstützen. Sport muss kommunale Pflichtaufgabe werden.
- Doping, Korruption und andere Manipulationen müssen bekämpft werden. Die Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung muss zurückgedrängt und die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness gestärkt werden.

- Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen extreme Rechte, Diskriminierung und Gewalt sowie für die integrative Wirkung der Sportvereine sollen erhöht und nachhaltig festgeschrieben werden.

Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen

DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumententscheidung, ähnlich wie bei Tabak und Alkohol, zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten; er ist ein Bestandteil der Kultur. Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel, noch senkt es wirksam den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der Mafia, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/AIDS und Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Abhängigkeit ist ein alltägliches Phänomen. Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder legalen Substanzen, Tabak oder Alkohol, sondern z. B. auch von Glücksspiel, Arbeit, Essen. Sie hat vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht als Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.

- Substitutionstherapie muss allen Opiat-abhängigen offenstehen. Bisherige politische Vorgaben in Gesetzen und Verordnungen behindern eine gute Substitutionstherapie. Sie gehören gestrichen.
- DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.
- Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Höchstmengen festgelegt werden, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. So werden Mittel frei, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie Hilfe und Prävention zu stärken.
- Wir wollen für Cannabis eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Das Bundesbetäubungsmittelrecht soll so geändert werden, dass Bundesländer eigenständig über wissenschaftliche Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis entscheiden können.
- Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht zu konsumieren. Die Drogen sollen auf Verschnitt und schädliche Wirkungen getestet werden können (drug checking).
- Wir wollen die Regelungen zu Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht angetastet werden. Cannabis- und alkoholkonsumierenden Führerscheinhaber*innen wollen wir gleichstellen.
- Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir verbieten. Wir stehen für ein umfassendes Tabakwerbeverbot. Wir wollen den Nichtraucherschutz weiter ausbauen.

- Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. Für gastronomische Einrichtungen wollen wir ein Automatenverbot.

Wie wir das Land verändern

DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, wie streiten für einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt: die Beschäftigten, Rentner*innen, die Erwerbslosen – und die Menschen von morgen, unsere Kinder und Enkel. Ihnen wollen wir eine lebenswerte, inklusive und klimagerechte Gesellschaft übergeben. Mit einer gut ausgestatteten öffentlichen Daseinsvorsorge, in der was für alle da ist auch allen gehört. Mit Orten, die den demokratischen Austausch befördern, gesellschaftlichen Zusammenhalt erfahrbar machen und die allen Zugang und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum eröffnen. Auf einem lebensfähigen Planeten, mit guter Luft zum Atmen. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, zu erreichen - und die Wirtschaft und Gesellschaft sozial- und klimagerecht zu verändern.

Eine andere Politik wird nicht allein im Parlament gemacht. Sie braucht Druck aus der Gesellschaft, aus Gewerkschaften, sozialen und Klima-Bewegungen, aus NGOs, Sozial- und Umweltverbänden und der Friedensbewegung. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE ist in diesen Bewegungen verankert. Gemeinsam können wir die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nach links verschieben. Wir sind die Adresse im Parlament, die frei von Konzern- und Lobbyinteressen ist. Wir geben denen einen Stimme, die von den anderen Parteien überhört werden.

Wir versprechen: DIE LINKE akzeptiert keine Unternehmensspenden, kein Parteiensponsoring und keine privaten Großspenden. Die Abgeordneten der LINKEN stehen für die hier vorgestellten Ziele und Projekte. Sie erklären,

- dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen. Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse! Nebeneinkünfte werden alle offenlegen.
- dass sie nicht mit Geheimdiensten zusammenarbeiten.

- dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen Interesse einsetzen. Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt Geheimniskrämerei!

- dass sie Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung, sozialen Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung stellen.

Die Abgeordneten werden sich dafür einsetzen, dass sie in Zukunft mit Selbständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen und in eine solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung und dass die Bemessungsgrenzen abgeschafft werden.

FridaysforFuture hat weltweit Klimagerechtigkeit und den Umbau der Wirtschaft eingefordert. Die Proteste der Pflegekräfte haben den Pflegenotstand auf die Tagesordnung gesetzt. Beschäftigte organisieren sich unter widrigen Bedingungen und streiken für ihre Interessen, für gute Arbeit, die zum Leben passt und eine planbare Zukunft. An vielen Orten wehren sich Mieter*innen gegen steigende Mieten und Wohnungsnot. Wir setzen diese Anliegen auf die Tagesordnung. Wir wollen Verbesserungen im Alltag der großen Mehrheit der Menschen durchsetzen und uns gemeinsam mit ihnen auf den Weg zu einer sozialen, klimagerechten Gesellschaft machen. Lassen Sie uns gemeinsam das Land verändern. Geben Sie der LINKEN die Stimme: gemeinsam sind wir stark, um die Interessen der Vielen gegen die Profitinteressen der Wenigen durchzusetzen. Kämpfen wir gemeinsam für neue gesellschaftliche Mehrheiten. Für einen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Aufbruch!

www.die-linke.de